

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein Schlag ins Wasser.

Die politische Reaktion hat einen neuen Streich gegen die Sozialdemokratie geführt. Unsere Partei kann keinen Schritt nach vorwärts tun, ohne daß die Regierung dem holden Bahn verfallt, mit ihren Polizeimitteln den Fortschritt der Arbeiterbewegung hindern zu können. Diesmal galt's der neuen Waffe, die das Proletariat sich geschmiebelt hat: die wissenschaftliche Ausbildung sollte gehemmt, die Parteischule getroffen werden. Vor einigen Tagen wurde der Lehrer der deutschen Wirtschaftsgeschichte und Rationalökonomie, Rudolf Hilferding, vor die politische Polizei geladen. Hier wurde ihm eröffnet, daß er bei Wiederaufnahme seiner Tätigkeit an der Schule die Ausweisung aus Preußen zu gewärtigen habe. Dasselbe hat offenbar auch der Lehrer der sozialen Theorie und des historischen Materialismus, Anton Pannekoek, der gegenwärtig von Berlin abwesend ist, zu erwarten.

Hat die Regierung gemeint, die Partei mit diesem Meisterstück der Reaktion in Verlegenheit gebracht zu haben, so beneiden wir sie nicht um ihren Irrtum. Freilich es ist ein Meisterstück der Reaktion. Schon das ist eine echt preussische Leistung, daß die Polizei mit ihrem Streich bis jetzt gewartet hat. Wenige Tage nur trennen uns von der Eröffnung der Schule. Vordhafte Freude mag die reaktionären Herzen erfüllt haben bei dem Gedanken, diese Eröffnung unmöglich gemacht zu haben. Nun dieser Vorfreude ist keine Erfüllung beschieden!

So arm an Kräften ist fürwahr der wissenschaftliche Sozialismus nicht!

Pünktlich am 1. Oktober wird die Parteischule ihre Tätigkeit wieder aufnehmen und anstelle der Lehrer, die man gezwungen hat, ihre Tätigkeit einzustellen, werden andere die Grundzüge des wissenschaftlichen Sozialismus den Hörern verkünden. Ja wir fürchten, daß nicht nur der Erfolg, sondern auch die Art des Erfolges bei der hohen Behörde nicht gerade angenehme Gefühle auslösen wird: Franz Mehring wird die Stundenzahl seines Unterrichts in deutscher Geschichte verdoppeln. Rosa Luxemburg wird theoretische Defonomie, Heinrich Cunow die Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung, Hermann Duncker Geschichte des Sozialismus vortragen. Der Schlag gegen die Parteischule ist also vergeblich gewesen. So zerstückt stets das dürre Holz des Polizeinüppels in tausend Splitter, wenn es gegen den Schild des Proletariats schlägt.

Aber ist auch der Streich pariert worden, für die politische Beurteilung tut dies nichts zur Sache: da bleibt er ein Meisterstück der Reaktion. Die Tätigkeit des Lehrers an der Parteischule ist eine streng wissenschaftliche. Unsere Schule ist keine Dressuranstalt, in der den Schülern dogmatische Resultate oder gar agitatorische Schlagworte beigebracht werden. Sie hat die Aufgabe — dieser zu genügen war der Ehrgeiz aller Lehrer — die Schüler auf dem Gebiet der Geisteswissenschaft zu eigenem kritischen und systematischem Denken zu erziehen. Die wissenschaftliche Methode selbst sollte ihnen gegeben werden. Doch allerdings, das eine war sicher, daß das, was hier gelehrt wurde, kein toter Buchstabe bleiben wird, sondern lebendigstes Leben sein werde. Was fürchten aber die Herrschenden mehr als das eigene Denken der Beherrschten. Freilich — die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei, so haben uns die Herren immer stolz versichert. Aber in Preußen-Deutschland ist frei nur die Wissenschaft, die sich selbst vorher gebunden, die aus der voranschreitenden Führerin die arm-selige Macht der herrschenden Interessen geworden ist. Wir wissen ja längst, daß an deutschen Universitäten kein Platz ist für freie Wissenschaft, daß der Marxismus, der ja doch trotz allen Zeugens heute im Mittelpunkt des sozialdemokratischen Denkens und Forschens steht, ausgeschlossen ist von den Universitäten, nicht zum Schaden des Marxismus, wohl aber zum Schaden der Universitäten. Da lärmt's und tobt's fast täglich in dem regierungsfreundlichen Blätterwald: der Marxismus ist tot. Die Regierung selbst gibt durch ihr Vorgehen aber die antilige Versätigung, wie sehr er lebt, wie gefährlich er ist. Ein prächtiger Humor liegt in der offiziellen Bekräftigung: der Marxismus kann nicht wissenschaftlich widerlegt werden, darum versuchen wir wenigstens, seine Träger durch die Polizei von der Verbreitung der gefährlichen Lehre abzuhalten, und ginge darüber auch der letzte Rest des Ansehens zugrunde, dessen sich Preußen irgendwo im Auslande noch erfreuen mag. Die Wissenschaft ist frei — ist Verfassungsgrundsatz — es ist ganz gleichgültig, wer der Träger dieser Wissenschaft ist. Die Wissenschaft soll ja geschützt, von allen Schranken befreit werden, nicht ihre wechselnden individuellen Vertreter. Deswegen heißt es: Die Wissenschaft ist frei — und nichts weiter. Es ist ganz gleichgültig, ob diese Wissenschaft von Inländern oder Ausländern gelehrt wird. Die Wissenschaft ist international — sie kennt nur eine Sprache, die der Wissenschaft. Wer diese spricht, ist geschützt vor der plumpen Einnischung der Polizei, die alle Sprachen verstehen mag, nur nicht die Sprache der Wissenschaft. Indem sich Preußen darüber hinwegsetzt, indem es sich herausnimmt, die Wissen-

schaft einzuschränken, setzt es sich über seine Verfassung und über das durch Staatsverträge anerkannte Gastrecht hinweg. Auch das Gastrecht der Bürger, mit deren Vaterland Deutschland im Kriege lebt, hieß es vor 37 Jahren, ist ein Recht, „welches auf einer anten allen Umständen heiligen und ehrwürdigen Sitte unserer Vorfahren beruht, dessen Verletzung der eigenen Würde und Ehre widerspricht“. Heute setzt sich die Blockpolitik über solche Grundsätze hinweg, wiewohl die Staatsverträge das Aufenthaltsrecht den Fremden feierlich versprechen. Die Angst und Furcht vor dem wissenschaftlichen Marxismus und seiner Ausbreitung wirft alle Scheu vor der „heiligen und ehrwürdigen Sitte unserer Vorfahren“, vor „der eigenen Würde und Ehre“ zu Boden.

Die Behinderung der wissenschaftlichen Tätigkeit unserer Lehrer verstößt gegen die elementarste Gleichberechtigung. Wir sehen nicht ein, warum es unserm Parteivorstand verboten sein soll, sich seine Lehrer aus Oesterreich oder Holland zu holen, wenn sich die deutsche Regierung auf Anregung Wilhelm II. Professoren aus Amerika holt.

Wichtiger dünkt uns die neueste Maßregel der Regierung, wenn wir sie als Symptom für die künftige Gestaltung der inneren Politik betrachten. Die Zeichen mehren sich, als ob der neueste Kurs, nachdem das Niederretten so schmählich mißglückt ist, es wieder mal mit dem Niederknütteln probieren wollte. Die Herren fühlen sich ja so sicher, haben sie doch den — Block. Der Block aber bedeutet nicht mehr Liberalismus, sondern mehr Reaktion. Liberale Phrasen, reaktionäre Taten, das ist die Blockpolitik! Der politische Eingriff in die wissenschaftliche Lehre hätte vor einem Jahre den liberalen Geistesfreieren so schöne Gelegenheiten gegeben, ihre Kulturpauken zu halten. Jetzt sind die Herren im Block und ihre einzige Sorge ist, die Konkurrenz mit dem Zentrum in den Helfershelferdiensten für die Reaktion zu schlagen. Wir wissen, die Regierung wird sehr milde Richter finden.

Uns sind diese Perspektiven herzlich gleichgültig. Was vor Jahrzehnten, wenn auch keine Gefahr, aber doch ein ernstes Hemmnis für die Arbeiterbewegung gewesen wäre, das sind heute kaum mehr Nadelstiche, die die Haut reizen, aber nicht ernstlich verwunden. Wir sind zu groß geworden, und wenn Einer momentan aus der Kampfesreihe gedrängt wird, da warten bereits zehn andere begierig, den Kampf weiter zu führen.

Wir können den hohen Herren die Versicherung geben, daß wir uns durch derartige Polizeimaßregeln wirklich nicht werden ablenken lassen. Diese kleinen Nadeln zur Eindämmung der sozialistischen Bewegung erscheinen uns in ihrer Raivität geradezu lächerlich. Uns schaden sie nicht — sondern nur dem Ansehen des preussischen Staates.

Kapitalistische Abenteuerpolitik und sozialistische Friedenspolitik.

Paris, 23. September. (Fig. Ver.)

Die kapitalistische Presse treibt nun schon ohne jede Scheu zur „großen“ Aktion in Marokko. Die Regierung möge sich nur nicht durch den „von außen kommenden Lärm“ beeinflussen lassen, meint heute der „Temps“. Was bis jetzt geschehen sei, bedeute nichts weniger als einen wirklichen Sieg. Mit den Operationen, die sich auf die Küste beschränken, sei nichts getan. Was soll also geschehen? Im Leitartikel klingt die Antwort noch verhältnismäßig harmlos. Nicht nur in Casablanca, heißt es da, sondern auch in den anderen Häfen mögen die Polizeimaßregeln durchgeführt werden, über die Europa vor mehreren Wochen befragt worden sei. Der „Temps“ sagt da vor allem Maßregeln gegen den „ungeheuerlichen“ Waffen- und Munitionsschmuggel ins Auge. Die eifrigste Entrüstung ist etwas komisch. Denn an sich ist die Sache der Spekulanten, die hinter der marokkanischen Expedition stecken, um nichts reinlicher als die der Händler, die mit größerem Risiko und auf ihre Kosten den Schmuggel betreiben. Und wenn das kapitalistische Blatt heute das Interesse des Proletariats an der Kolonialpolitik damit beweisen will, daß z. B. in den englischen Häfen unzählige Arbeiter von den Handelsbeziehungen mit den Kolonien leben, so ließe sich auch der Schmuggel damit rechtfertigen, daß er zahlreichen Menschen „das Brot gibt“. Sicher ist es schließlich ein gemeinsames Interesse aller Europäer, die in Marokko dauernd und ungestört Profit machen wollen, daß die Stämme ihre Wehrhaftigkeit nicht durch moderne Ausrüstung verstärken, aber da zwischen Frankreich und Marokko derzeit nicht einmal ein offizieller Kriegszustand besteht, ist die Behinderung der Einfuhr von Kriegsgüterhandeln eine bloße Nachfrage, trotz der bezüglichen Bestimmungen von Algiciras.

Aber deutlicher als im Leitartikel ist der „Temps“ im Bericht seines Korrespondenten in Casablanca. Im Leitartikel wird als „einzige strategische Bewegung“, die auf die Mauren Eindruck machen könnte, die Befestigung von Dar-Reschid genannt, eines 37 Kilometer von der Küste gelegenen Ortes. Der Kriegskorrespondent ist weniger bescheiden. Er meint, eine Expedition mit einem Aktionsbereich von 80 Kilometern sei notwendig gewesen. Die bisherige Operationsmethode kritisiert er aufs schärfste. Was habe man erreicht? Nichts als einen Schutz der Stadt Casablanca. Die Schaulja aber würden nur solange ruhig bleiben, als die französischen Truppen in

ihrer jetzigen Stärke auf dem Schauplatz verbleiben. Das bedeute, daß 5000 Mann unbeweglich in diesem Platz festgehalten sind und daß eifrig Millionen im Monat ausgegeben werden, während der ganze Handel von Casablanca 24 Millionen jährlich nicht übersteigt.

Gewiß ist diese Kritik nicht unberechtigt. Nur daß die Sozialisten aus der gleichen Erkenntnis längst die richtige Folgerung gezogen haben, gegen die sinnlose marokkanische Expedition zu protestieren, wogegen der bürgerliche Journalist eine Politik der starken Hand, eine „Züchtigung“ der Stämme, eine „unbarmherzige Razzia“ in ihrem Gebiet fordert. Wenn die französische Regierung wirklich im Anfang nur vorübergehende Sicherungsmaßnahmen im Auge gehabt haben sollte, dann hätte sie nur ihre vollständige Unfähigkeit, die Situation in Marokko zu beurteilen, erwiesen, in anderen Fällen aber das Land, das durchaus seine Abenteuerpolitik will, betrogen. Anscheinend aber hat sie weder das eine, noch das andere gewollt, sondern sich in dieser Frage wie in den Fragen der inneren Politik vom Winde des Augenblicks treiben lassen. Ihre Schuld wird darum wahrlich nicht geringer. Jetzt ist anscheinend auch Clemenceau bei der Politik der starken Hand angelangt. In einer vom „Petit Parisien“ veröffentlichten Erklärung kündigt er die Expedition ins Innere an. Aber es ist doch offenbar, daß der Effekt einer solchen Aktion nur dann dauernd festgehalten werden kann, wenn der Druck auf die Stämme fortdauert. Mit der „Razzia“ allein ist also wenig getan, um so weniger, je „unbarmherziger“ sie ist und je stärker sie die Haß- und Racheempfindungen der Stämme erregt. Wer das A der Expedition gesagt hat, muß schließlich das B der Diskussion sagen. Mit dieser aber ist das ganze Werk der Konferenz von Algiciras über den Haufen geworfen und das marokkanische Problem ist wieder — in seiner ganzen Gefährlichkeit — zum Streitpunkt der expansionstüchtigen kapitalistischen Staaten geworden.

Unter diesen Umständen ist die gemeinsame Aktion der französischen und spanischen Sozialisten von besonderer Bedeutung. Gerade jetzt tobt die insamste Sozialistenhag, administrative und gerichtliche Verfolgungen gehen mit einer widerlichen Augenpaupagne der ganzen bürgerlichen Presse Hand in Hand. Bezeichnend für die Verkommenheit der Bourgeoispolitik ist die Tatsache, daß die vom Dreifachsyndikat gegründete und damals von Clemenceau, jetzt vom radikalen Ranc geleitete „Aurore“ und das nationalitätlich-antisemitische „Echo de Paris“ ihre Verleumdungen der französischen Sozialisten von einem und demselben — Levy beziehen. Einen Augenblick mag sich das Land durch die raffinierte radikal-reaktionäre Lumperei verblüffen lassen. Aber es ist doch zu hoffen, daß die Stimme der sozialistischen Warner das Geseul der Kapitalistenpresse durchdringen und das Volk, das in seiner überwältigenden Mehrheit den Frieden will und jede gefährliche Abenteuerpolitik verabscheut, aufstehen wird. Die heute als Vaterlandsverräter beschriebenen französischen Sozialisten erfüllen, da sie der von der korrupten Demagogie gegen sie entfesselten Unpopularität trotz bieten, mit ihrer proletarischen zugleich ihre patriotische Pflicht, indem sie ihr Vaterland vor dem verbrecherischen Spiel kapitalistischer Spekulanten und politischer Hazardreue zu schützen suchen.

Die Tagesmeldungen sind heute spärlich. Wir verzeichnen die folgenden:

Paris, 25. September. Aus Casablanca wird von gestern gemeldet: Eine Erkundungsabteilung drang bis in das Lager von Zaddert vor, ohne einem Marokkaner zu begegnen. Auf dem Rückwege wurde von der Abteilung das Gelände im Westen unterhüt und ein schießlich der Farm Alarez gelegenes Gehöft in Brand gesetzt. Die Abteilung ist in das Lager zurückgekehrt, ohne einen Schuß abgefeuert zu haben.

Paris, 25. September. General Drude telegraphiert: Im Osten und Westen von Casablanca macht sich ein allgemeines Nachlassen der Erregung bemerkbar. In einem Umkreise von 30 Kilometern ist keine Ansammlung von Marokkanern zu sehen. In weiterer Entfernung sind eine oder zwei kleinere feindliche Gruppen gesichtet worden. — Aus dem Süden wird gemeldet, daß ein paar kleine Gruppen der Stämme Dakra, Medsah und Duffala gesehen worden sind. Wenn diese an Zahl zunehmen sollten, so werde General Drude die notwendigen Maßnahmen treffen, um sie zu zerstören.

Paris, 24. September. Der „Agence Havas“ wird aus Rabat vom 21. d. M. gemeldet: Der Sultan traf am 21. d. Mts. nachmittags in Rabat ein; seine Eskorte wird auf 20000 Personen geschätzt. Sultan Abdul Was hat seine Freunde über den glücklichen Ausgang seiner Reise und über den Empfang, den ihm die Stämme bereieten, ausgesprochen.

Paris, 25. September. Mohammed Tazi, der sich im Auftrage des Sultans Abdul Was zwecks finanzieller Unterhandlungen nach Paris begibt, wird morgen in Marseille erwartet; er wird außerdem noch nach London gehen. Es handelt sich um die Aufnahme einer Anleihe für den Sultan; als Sicherheit werden Juwelen und andere Kostbarkeiten aus dem Palaste in Rabat im Gesamtbetrage von fünfzehn Millionen Frank geboten.

Beamtengehälter und Steuerschraube.

Der Entwurf einer Regelung der Beamtengehälter in Preußen ist in seinen Grundzügen fertiggestellt. Nachdem die einzelnen Ressorts ihre Meinungen und Ratschläge dem Finanzminister unterbreitet haben, ist das Finanzministerium damit jetzt beschäftigt, die

Die Inserions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonne gelbe oder deren Raum 10 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Besprechungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (letzte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Stellenangebote und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Forderungen der Beamtenwelt zu untersuchen. Wenn möglich, soll die Prüfung vor Ende Oktober beendet sein, so daß im November die Vorlage dem Staatsministerium zugehen kann.

Ueber den Inhalt des Entwurfs wird offiziell berichtet: Die Vorlage wird Verbesserungen für alle Beamten bringen, die in letzter Zeit keine Berücksichtigung gefunden haben, ferner wird für sämtliche Beamtenkategorien eine Vereinfachung der mannigfaltigen Gehaltsstufen eintreten, so daß durch diese Maßregel mit einem Schläge alle Beamten auf dem Wege zur höchsten Gehaltsstufe eine Verbesserung erfahren und die Wartzeit bis zur nächsten Stufe abgekürzt wird. Die Gehaltsstufen für alle Verwaltungen über einen Stamm zu sichern, geht freilich nicht an, da die Anforderungen, die die einzelnen Verwaltungen an ihre Beamten stellen, zu mannigfaltig sind. Die Verwaltungen aber, die ungefähr gleiche Anforderungen stellen, werden auch gleiche Gehaltsstufen erhalten, sobald es den Beamten künftig auch leichter gemacht ist, von einer Verwaltung in die andere überzugehen.

Die Unterbeamten sollen, mit Ausnahme derjenigen, die 1907 aufgebessert sind, durchweg eine Gehaltserhöhung erhalten, indem die Mindestgehälter höher angesetzt werden, und dadurch auch die Stufen sich schneller folgen und eine Erhöhung des Gehalts bringen. Eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses fällt hier fort, da der 1906 bewilligte Zuschuß als ausreichend betrachtet wird. In welcher Weise die Mindestgehälter für die einzelnen Verwaltungen aufzubessern sind, ist noch Gegenstand der Beratungen.

Für die mittleren und oberen Beamten tritt eine Aufbesserung im Anschluß an die bisherigen Gehaltsstufen nicht ein, sondern die Aufbesserung wird im Anschluß an den Wohnungsgeldzuschuß bewirkt, der gemäß dem Servistarif erhöht wird.

Bei den oberen Beamten wird, abgesehen von der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses noch ein anderer Punkt verhandelt, nämlich die Gleichstellung der höheren Beamten der Lokalverwaltungen mit den Richtern. Dies sind Oberlehrer, Landräte, Bauinspektoren, Oberförster, Inspektionsvorstände der Eisenbahnen, Bergwerksbeamte und Kreisinspektoren. Bekanntlich ist den Richtern kürzlich eine Gehaltszulage von 600 M. gewährt worden, und es entsteht die Frage: Soll obengenannten Beamten die gleiche Zulage gewährt werden? Ueber diese Frage wird gegenwärtig zwischen den beteiligten Ressorts verhandelt. Es hat den Anschein, daß auf die 600 M. Erhöhung eingegangen, dagegen eine Gleichstellung zwischen Oberlehrer und Richter abgelehnt wird, weil dadurch die Oberlehrer eine Zulage von 1200 M. erhalten würden.

Die Deduktionskosten werden auf 100 bis 110 Millionen Mark geschätzt. Es ist ausgeschlossen, daß diese Summe aus Staatsmitteln aufgebracht werden kann. Man wird daher, auch wenn der nächste Etat sich sehr günstig stellen sollte, mit neuen Steuern rechnen müssen, vielleicht sogar mit einer erheblichen Steigerung der Einkommensteuer. Sobald diese Frage die Ressortbehandlung im Finanzministerium durchlaufen haben wird, werden wir näheres darüber berichten können.

Nach diesen Mitteilungen werden bei der fogen. Regulierung die Unterbeamten am schlechtesten, die höheren Beamten am besten wegkommen. Der Wohnungsgeldzuschuß der Unterbeamten wird nicht erhöht, und ebensowenig erhalten die älteren Beamten eine direkte Gehaltszulage. Die Gehaltsverbesserung besteht lediglich darin, daß die unteren Gehaltsstufen etwas höher angesetzt werden und auf diese die höheren Stufen schneller folgen. Dagegen erhalten die höheren Beamten weitere Wohnungsgeldzuschüsse und außerdem erlangen verschiedene der oberen Beamtenkategorien insofern eine wesentliche Erhöhung ihres Gehalts, als sie mit den Richtern gleichgestellt werden.

Wenig erfreut werden die preussischen Steuerzahler sein, daß die durch die Gehaltsaufbesserung entstehenden Kosten durch neue Steuern, und zwar in erster Reihe durch eine erhebliche Steigerung der Einkommensteuer aufgebracht werden sollen. Was das bedeutet, wird sofort klar, wenn man sich die preussische Einkommensteuer und ihre Erträge näher ansieht. Rechnet man, daß von den zur Deduktion erforderlichen 110 Millionen Mark nur 75 Millionen Mark durch eine Erhöhung der Einkommensteuer aufgebracht werden sollen, so bedeutet das noch immer eine Steigerung der bisherigen Steuerbeträge um mehr als 25 Proz., denn höher als auf 300 Millionen Mark wird sich selbst noch der härtesten Heranziehung der Arbeitereinkommen durch die Novelle von 1906 der Steuerertrag für das Etatsjahr 1908 kaum stellen. Personen, die z. B. bisher 40 M. Staatseinkommensteuer zahlten, würden also künftig 50 M. entrichten müssen.

Aber bei dieser Mehrzahlung dürfte es nicht sein Bewenden haben, denn die kommunalen Körperschaften, die bisher ihre lokale Einkommensteuer in der Form erhoben, daß sie einen bestimmten Prozentsatz auf die Staatssteuer aufschlugen, werden schwerlich diesen Prozentsatz nach der Erhöhung der staatlichen Einkommensteuer herabsetzen. Erhöhen sie bisher 100 Proz. Zuschlag zur Staatssteuer, so werden sie auch weiterhin 100 Proz. erheben. Der oben angeführte Steuerzahler hat also nicht nur 10 M. Staatssteuer mehr zu zahlen als bisher, sondern obendrein erhöht sich für ihn auch noch die lokale Einkommensteuer um 10 M.

Die Erhöhung der Beamtengehälter, durch die überdies, wie wir oben gezeigt haben, die höhere Beamtenkategorien einseitig bevorzugt werden, kommt demnach den preussischen Steuerzahlern recht teuer zu stehen. Es ist sehr leicht für die Regierung, sich generös zu zeigen — wenn Andere die Kosten tragen!

Freisinniger Täuschungsversuch!

Die „Freisinnige Zeitung“ stellt sich noch dümmere und unwissender, als sie in Wirklichkeit ist. Wir hatten dieser Tage geschrieben, daß die Regierung dem Freisinn zur Belohnung für seine Wochenhilfsdienste auf dem Gebiete des Brot- und Fleischwuchers, der Marine- und Kolonialpolitik eine „Wahlreform“ zugestehen wolle, die nur ein neues Klassenwahlrecht darstelle. Die Bourgeoisie werde dabei den Agrariern gegenüber etwas besser fahren, die 85 Proz. Nichtbesitzer dagegen würden auch unter dem neuen Wahlrecht zu dauernder Einflußlosigkeit verdammt sein.

Dazu macht nun die „Freis. Ztg.“ die wichtig sein sollende Bemerkung, daß im „Vorwärts“ wohl ein „Märchenzähler“ sein Spiel treibe. Wie könne sonst der „Vorwärts“ etwas von dem Inhalt der preussischen Wahlrechtsvorlage wissen!

Nun ist es allerdings richtig, daß kein Redakteur des „Vorwärts“ an der Ballfahrt nach Norderney beteiligt gewesen ist. Soweit diese „Ehre“ Vertretern der Presse zuteil geworden ist, beschränkte sie sich auf Herrn Dortei von dem Agrarierorgan und Herrn Arzur Hitzger von der waldstrümpferischen „Weser-Zeitung“. Trotzdem bedarf es nicht einmal einiger Kombinationsgabe, um zu wissen, wie die Zangengeburt der agrarisch-antisenarisch-börsenarischen Paarung aussehen wird. Hat doch bereits am 11. August die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ darüber das Nötige gesagt.

In diesem auch von der „Frankfurter Zeitung“ als offiziell anerkannten Artikel war klipp und klar aus-

gesprochen, daß das Reichstagswahlrecht doch nur ein „linksliberales Dogma“ sei. Gerade Herr v. Bethmann-Hollweg, der sich mit der Frage der „Modernisierung“ des preussischen Wahlrechts beschäftigt, habe seinerzeit ausdrücklich betont, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht selbst im Reiche ein „Gefühl bitterer Unzufriedenheit“ auszulösen geeignet sei. Preußen bedürfe keines Wahlrechts, „das alles gleich macht“, sondern ein solches, das den einzelnen und ganze Bevölkerungsgruppen nach oben weist“. Als beherzigenswerte Mahnung war dann von dem offiziellen Blatte eine Aeußerung der „Post“ bezeichnet worden, die dem Freisinn nahelegte:

„Wenn die Liberalen die direkte Wahl und eine stärkere Berücksichtigung der Person des Staatsbürgers erreichen wollen, werden sie andererseits wohl bereit sein müssen, nicht nur der Abstufung des Wahlrechts nach Bildung, Besitz und Alter, sondern auch einer stärkeren Berücksichtigung des ländlichen Grundbesitzes zuzustimmen.“

Hier haben wir also alles, was der „Vorwärts“ behauptete! Und trotzdem die abgeschmackte Anrempelung des „Vorwärts“!

Und haben nicht obendrein die freisinnigen Volkstribunen auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei — und zwar nach den zwischen Bülow und ihnen gepflogenen Verhandlungen in Norderney! — rund heraus erklärt, daß man sich auch mit einer Abstufungszahlung in Sachen des Wahlrechts zufrieden geben müsse?

Welchen Sinn hat da noch der plumpe Abwegungsversuch der „Freisinnigen Zeitung“? Möglich, daß Bülow den freisinnigen Ballfahrern noch kein fertiges Programm vorgelegt, sondern die braven Kuhhändler mit schönen Reden eingeweicht hat. Aber was der Freisinn zu erwarten hat, wie weit er dem Wahlschacher zugestimmen bereit ist, das weiß man trotzdem doch ganz genau in der Redaktion der „Freis. Ztg.“ Wenn freilich das Blatt eine Erklärung darüber abgeben will, welchen Konzessionen an die Agrarier und den Geldsack seine Partei nicht zustimmen wird, so mag es doch gefälligst mit der Sprache herzurücken!

Geschieht das nicht, so handelt es sich bei seinen törichtem Wigeln nur um einen plumpen Täuschungsversuch!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. September 1907.

Freisinnige Korruptionshexerei.

Wir haben bereits das „Berl. Tageblatt“ wegen seiner kolonialen Korruptionshexerei in Sachen Geo Schmidt gebührend angefaßt. Heute stellt sich dem Woffblatt als Genosse der Hexerei die „Voss. Ztg.“

Das freisinnig-vollsparteiliche Blatt tut zwar so, als wolle es für Geo Schmidt keine Lanze brechen. Dann aber fällt es während über Herrn Roeren und die Mission in Logo her. „Wer“, so fragt die trotz ihres kanonischen Alters gar nicht ehrbare Tante, „hat die Missionare zu Hionswächtern der Moral bestellt?“ Das soll doch wohl heißen, daß die Herren Missionare nicht nur mit Herrn Geo Schmidt Sekt tranken, sondern auch zu der Haremswirtschaft des Geo Schmidt und Dr. Kersting beide Augen zudrücken sollen! Auch zu dem Institut des von Geo Schmidt geschaffenen ambulanten Harems!

Nicht minder hätten die Missionare die Massenprägeleien des Geo Schmidt, die Auspeitschung ganzer Missionsschulen inklusive des Lehrers ruhig mit ansehen sollen! Sie hätten überhaupt den Sekt- und Weiberfreund Geo Schmidt und seine Genossen nach Herzenslust schalten und walten lassen sollen! Welche Verwahrheitung der Missionare, daß sie „von der Kanzel herab“ den mißhandelten Eingeborenen erklärten: „Die Tore stehen Euch offen, kommt nur zu uns.“ „Was Wunder“, enthielt sich die Tante Boh, „daß alle Angehörigen bei der Mission zusammenfloßen, wie der Unfat in der cloaca maxima.“ Also wenn die Missionare wirklich ausnahmsweise das tun, was eigentlich stets ihres Amtes wäre, sich der mißhandelten Eingeborenen anzunehmen, so wird vom Freisinn über sie der Stab gebrochen!

Das schönste aber ist, daß die „Voss. Ztg.“ die in Logo in Sachen Geo Schmidt gefällten Gerichtsurteile gegen Herrn Roeren ausspielt. Wir brauchen demgegenüber nur eine Stelle der „Voss. Volksztg.“ zu zitieren:

„Ein dritter Fall wirft ein Schlaglicht auf die Rechtspflege in den Kolonien. Gegen den Angeklagten Schmidt war die Anzeige wegen Sittlichkeitsverbrechens an der jugendlichen Adjaro erstattet worden. In seiner Eigenschaft als Bezirksleiter vernimmt darauf derselbe Schmidt die Adjaro, deren Schwester, Bruder usw., welche früher die Auslage der Adjaro gegen Schmidt bestätigten, und wie es bei der Einschüchterung der Eingeborenen kaum anders zu erwarten war, nahmen dieselben, wenigstens zum Teil, ihre Aussage zurück. In dem später in diesem Falle ergangenen Erkenntnis wird nun — und das ist das Unglaubliche — diese von Schmidt vorgenommene Vernehmung als ein Zeugenerhebungsprotokoll für Schmidt verwertet, indem man daraus Widersprüche in den Aussagen der Adjaro, deren Schwester usw. herleitet!“

Die Schwärzerei für den preussischen Richterstand ist ja eine alte Spezialität des Freisinns. Nun ist auch noch die Vegeisterung für die koloniale Rechtspflege dazu gekommen! —

Der Riß im badischen Block.

Aus Baden wird uns geschrieben: Die Differenzen zwischen Nationalliberalen und Freisinn, die — wie ich dem „Vorwärts“ vor einigen Wochen mitteilte — wegen der Kandidatur für die Landtagsersatzwahl in Lörrach-Land entstanden sind, konnten nicht etwa, wie die Waffernarrischen hofften, in Güte beigelegt werden, sondern haben sich neuerdings noch verschärft.

Die Erinnerung, sagte der Freisinn, der den Kreis früher schon einmal befehlt hatte, der Wiederanstellung des durch Beförderung im Staatsdienst zur Neuwahl gezwungenen Mannheimer Landgerichtsdirektors Oblitner heftigen Widerstand entgegen. Freisinnige Richter gingen sogar so weit, Herrn Oblitner einen dem Kreis „antofitronierten Beamtenkandidaten“ zu nennen, der die Interessen seiner Wähler aufs schärfste vernachlässigt habe. Trotz alledem suchten die örtlichen Parteiführer hinter den Kulissen eine Einigung herzustellen und es gelang ihnen auch, auf einer gemeinsamen Konferenz am vorletzten Sonntag dahin einig zu werden, daß „diesmal noch“ Herr Oblitner aufgestellt, bei den allgemeinen Wahlen im Herbst 1909 aber durch einen vom Freisinn vorgeschlagenen Kandidaten ersetzt werden solle.

Reute, die noch etwas auf politische Ehre geben, sagten sich sofort, daß dieser Post für Herrn Oblitner sowohl wie für die national-liberale Parteileitung des Landes unannehmbar sein müsse, und in der Tat hat nun auch die am letzten Sonntag, den 22. September, in Karlsruhe stattgehabte Sitzung des Engeren

Ausschusses der nationalliberalen Partei die Bedingungen der Lörracher Konferenz abgelehnt. Das offizielle Parteiorgan der Waffernarrer, die „Bad. Landesztg.“, bezeichnet sie sehr richtig als „entehrend“ und „eines Abgeordneten unwürdig“; einem Manne wie Oblitner zumuten, für den Rest der Wahlperiode ein Mandat anzunehmen, von dem man ihm heute schon sage, daß er es nicht wieder anstreben dürfe, das sei politische Unmoral. Ueber die Angelegenheit werde „noch ausführlicher, vielleicht auch sehr deutlich zu reden sein“.

Die Situation im Kreise Lörrach-Land ist jetzt verworrener als je, obwohl die Wahl schon in drei Wochen stattfinden soll. Es ist unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen, daß sie Ueberraschungen bringt, und daß keiner der beiden streitenden Blockführer das Mandat erhält.

Dernburgs Kolonial-Spyritour

wird auch vereinzelt in liberalen Blättern ihrem wirklichen Werte gemäß gewürdigt. So läßt sich die „Kugsbürger Abendzeitung“ aus Ostafrika von einem journalistischen Begleiter Dernburgs, Zimmermann, neuerdings (Nr. 263) folgendes berichten:

„Erzählung Dernburg war in fliegender Hast nach dem Seengebiet gegangen, um angeblich den Marsch quer durch die Kolonien anzutreten; ich hatte aus sehr triftigen Gründen nicht teilgenommen. Einmal hatte ich den Wunsch, der immer genau derselbe ist, zwischen Tabora und Dar es Salam, durch meine Reise nach dem Njaguragebirge bereits kennen gelernt, und es erschien völlig ausgeschlossen, daß auf einer Dextour durch das Land sich Neues bieten würde; zum anderen erschiene die hohen Kosten für die 65—70 tägige Tour in gar keinem Verhältnis zu der geringen literarischen Ausbeute. Denn was herauskommt, wenn man in wenigen Wochen von einem riesigen Gebiete wie Deutsch-Ostafrika soviel als möglich sehen will, haben die Abgeordnetenreisen gezeigt. Wer schnell reist und sich nicht Zeit gönnt, seine Eindrücke zu ordnen und zu sammeln, wird nie zu einem eigenen sicheren Urteil kommen.“

Trotzdem wird der Börse-Liberalismus den Dernburg-Nathenatischen Bahnprojekten in heller Begeisterung entgegenkommen. Macht doch die Börse, machen doch die Schienenlieferanten ihr Geschäft! —

Brüsseler Zuckerkonvention.

Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ wolle zu melden, daß das Zusatzabkommen zur Brüsseler Zuckerkonvention vom 6. März 1902, durch das die Brüsseler Konvention vom 1. September 1906 ab auf weitere 5 Jahre verlängert werden soll, zwar, wie bereits offiziell gemeldet worden ist, von den Regierungen der sämtlichen beteiligten Staaten unterzeichnet worden ist, daß aber die deutsche Regierung mit der Unterzeichnung gleichzeitig die ausdrückliche Erklärung abgegeben hat, daß sie sich die Entschliebung über die Ratifikation vorbehält, sofern nicht Rußland unter annehmbaren Bedingungen der Konvention beitrete.

Bekanntlich zählt Rußland seinen Zuckerproduzenten noch immer Ansehensprämien, während diese in den Staaten, die sich der Brüsseler Konvention angeschlossen haben, abgeschafft sind. Rußland hat zwar bereits einige Vorschläge für seinen Beitritt zur Konvention gemacht, doch wurden die als nicht annehmbar zurückgewiesen.

Deutsche Schande!

Breslau, 25. Sept. (Privatdepesche des „Vorwärts“).

Der Russe Joseph Jabrzejewski wurde von der Polizei zu Königshütte entgegen richterlichen Beschlusses an Rußland ausgeliefert, von wo er wegen politischer Vergehen verfolgt wurde.

Die Dienstbefähigkeit deutscher Polizei gegenüber dem russischen Blutregiment macht also selbst vor entgegenstehenden Gerichtsbeschlüssen nicht halt! Die innere Seelenverwandtschaft zwischen russischer und borusischer Reaktion setzt sich eben immer wieder durch! Das deutsche Volk muß solche Schmach dulden so lange es nicht die preussische Junkerherrschaft bricht. —

Gegen den Lebensmittelwucher.

Am Dienstagabend fanden in Hamburg, Altona und Wandsbek 20 starbeseuchte Volksversammlungen statt, die gegen die Auswucherung des Volkes durch die „Edelsten“ der Nation und das spezialisierte Kapital sowie durch die unselige Zoll- und Wirtschaftspolitik des Reiches Protest erhoben und von Staat und Gesetzgebung die Beseitigung der Ursachen der allgemeinen Teuerung verlangten. In einer überall zur Annahme gelangten Resolution wird die Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, die Beseitigung der die Lebenshaltung des Volkes vertuernden Zölle, Grenzsperrn, Einfuhrverbote und Einfuhrerschwerungen und eine wirksame Gesetzgebung gegen das Unwesen der Syndikate und Kartelle gefordert. —

Frankreich.

Im neuen Hafen.

Paris, 24. September. (Fig. Ver.)

Die nächste Zukunft Frankreichs gehört dem anti-sozialistischen Block. Darüber ist kein Zweifel mehr möglich. Die wohlorganisierte Lügen- und Verleumdungskampagne, die nach den Kongressen von Nancy und Stuttgart eingesetzt hat, war mehr als eine Hundstagsfestenation der Bourgeoisie. Der aufgewirbelte schmutzige Staub gab den Vorhang her, hinter dem sich die radikale Demokratie prostituierte. Das Geschäft ist heute perfekt. Die radikale Partei wird künftig ihren Anschluß rechts suchen bei den „Gemäßigten“, die die politischen Vertreter des in Frankreich durchaus reaktionären Großkapitals sind. Das bedeutet für die äußere Politik die Unterstülpung der kolonialen Piraterie, für die innere die Sistierung der wirtschaftlichen und finanziellen Reform und die gegen das Proletariat gerichtete unbarmherzige Klassenpolitik.

Dem großen Vann gegen die Sozialisten hat auch der alte ehrliche Pelletan zugestimmt, was bei seiner guten Witterung für die Luftströmungen der Demagogie ein starker Beweis für die gründliche Wandlung des Kleinbürgertums ist. Von den bekannten radikalen Führern wehrt sich nur der redliche Ideologe Duffon gegen den neuen Block und er wird darum heute vom „Temps“ auch kräftig gescholten. Das Kapitalistenblatt hält ihm als Muster den Beschluß der vereinigten radikalen und radikalsozialen Komitees des Seine-Departements vor: Dem bevorstehenden Parteitag eine Resolution vorzuschlagen, die den radikalen Kandidaten verbietet, im zweiten Wahlgang zugunsten von Kandidaten zurückzutreten, die nicht schon vor der ersten eine Erklärung gegen den Generalstreik und die Insurrektion im Kriegsfall abgegeben haben! Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Resolution angenommen werden wird. — Da natürlich auch die Sozialisten, die auf dem Parteitag in Nancy gegen die Resolution Jaurès-Bailliant gestimmt haben, den Parteibeschluß nicht öffentlich verleugnen werden, um damit

Bürgerliche Stimmen zu erkaufen, so ist durch diesen Vorschlag das Verbot der Unterstützung sozialistischer Kandidaten festgelegt! Die Schwindelphrasen von der „republikanischen Solidarität“, die noch im letzten Wahlkampf eine beträchtliche Rolle spielte, ist damit abgetan, und dem ist gut so. Die offene Begünstigung der reaktionären Kandidaten gegen die sozialistischen wird den immer noch sehr zahlreichen Arbeitern die Augen öffnen, die gutgläubig für die Radikalen gestimmt hatten, weil diese ja auch ein sozialistisches „Endziel“ im Programm stehen haben, und weil sie in der Agitation den Gegensatz zwischen Bourgeoisradikalismus und Sozialismus zu einem bloßen Unterschied der Nuance abzu- schwächen bemüht waren.

Die neueste Schwärzung der Radikalen macht Briand zum unbefristeten Herrn der Situation. Sie haben ihm nichts mehr vorzuwerfen, und das gibt ihm beinahe ein gutes Gewissen. Die staatsmännlich-konservative Phrase fließt nun schon ganz glatt von seinen Lippen. Bei der Einweihung des neuen Hafens von Saint-Nazaire hat er u. gesagt: „Fortschritt bedeutet nicht Unordnung und Anarchie.“ — Die „parlamentarischen“ Sozialisten nannte er „Sozialisten, die nicht die elende Politik des „Alles oder nichts“ haben, die ein Ideal haben und es auf dem Wege des Fortschritts anstreben, die Reformen verwirklichen wollen, soweit sie möglich sind und den Wünschen des Landes und seinen finanziellen Kräften entsprechen.“ —

Der „Temps“ beglückwünscht Briand zu seinem politischen Programm. In der Tat, das Programm könnte von den Ausführenden dieses Blattes aufgesetzt sein, die ja auch allezeit für die „möglichen“ Reformen waren. Herr Briand hat allerdings der Charakteristik „seiner“ Sozialisten folgende Sätze angehängt: „Andere Sozialisten als diese habe ich nicht gekannt. Sie waren es, in deren Mitte ich persönlich gelebt habe.“ Für den Geburtsheifer des generalstreiferischen Syndikalismus ist diese Behauptung immerhin kühn. Aber wie gern vergißt man bei der Einfahrt in den Hafen die Fährlichkeiten und Stürme der Fahrt! —

Die Kammer wird am 22. Oktober zusammentreten. —

Belgien.

Die Kongowirren.

Brüssel, 24. September. Die parlamentarische Kongokommission hat heute über die Aenderungsverschlüsse der belgischen Regierung zum Entwurf des Kolonialgesetzes beraten. Die Kommission beschloß, bei der Kongoregierung anzufordern, welche Tragweite der Erlaß des Königsverordens vom 20. Juli, durch welchen er einen Teil des Kongostaates als Krongut zurückstellt, für den belgischen Staat habe. — Die Kommission ist der Ansicht, daß die gesetzgeberische Gewalt an den König lediglich delegiert werden solle, das Parlament solle dann immer noch Gesetze schaffen können, die von den Staatsgrundgesetzen abweichen. Die Worte „Juristische Person der Kolonie, getrennt vom belgischen Staat“, schließen — nach Ansicht der Kommission — die finanzielle Autonomie der Krone in sich. Belgien habe nicht für die eventuellen Schulden des Kongostaates gegenüber den Gläubigern.

London, 25. September. Der Sekretär der „Kongo-Reform“-Association, Morel, hielt gestern in Liverpool eine Rede, worin er in heftigen Worten den Kongostaat angriff. Nach einem Ausfall gegen König Leopold erklärte der Redner, die Verwaltung des Kongostaates verschlechterte sich täglich, anstatt sich zu verbessern. Die Versammlung nahm eine Tagesordnung an: sie hege die Hoffnung zur englischen Regierung, daß diese ihre Zustimmung zu jedem Annullationsvorschlag verweigere, der nicht die Rechte der Eingeborenen wieder herstellt. Die Versammlung drückte ihre Ansicht dahin aus, daß die englische Regierung sich weigern werde, die Befähigung der jüngsten Maßnahmen der Kongobehörden anzuerkennen, durch welche ein Teil der königlichen Domäne in Privateigentum umgewandelt worden ist.

Holland.

Kolonialpolitik.

Haag, 25. September. Ein amtliches Telegramm bestätigt die Meldung des „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ aus Batavia vom 20. d. M., wonach das niederländische Expeditionskorps auf der Insel Flores ernsthaften Widerstand fand und dem Feinde einen Verlust von 114 Toten beibrachte. Das Telegramm fügt hinzu, daß die Niederländer vier leicht Verwundete hatten.

Die Zahl der Verbundenen auf Seite des „Feindes“ ist schamhaft verschwiegen. Sollte sie so groß sein, daß man sich scheut, sie in amtlichen Telegrammen zu nennen? Oder ist — nach berühmtem Muster — alles niedergemeißelt und „Pardon nicht gegeben“ worden? —

Portugal.

Die politische Lage.

Aus Lissabon wird gemeldet:

Trotz der äußerlichen Ruhe, welche in Lissabon herrscht, wird die politische Lage täglich unhaltbarer. Das Erscheinen des republikanischen Blattes „El País“ ist für drei Monate untersagt worden. Der Vorsitzende des Senats erklärte öffentlich, daß die Monarchie wieder verfassungsgemäß werden müsse, wenn nicht ihre Anhänger von ihr abfallen sollen. Die Führer der politischen Parteien werden dem Empfange gelegentlich der Rückkehr des Thronfolgers nicht beiwohnen. Gerücheweise verlautet, daß eine politische Amnestie vorbereitet wird und daß sowohl administrative als auch Wahlreformen eingeführt werden.

Die russische Revolution.

Die ersten Wahlen.

Der „Russ. Korr.“ wird aus Petersburg geschrieben:

Alle Zeitungen widmen dem Ausfall der ersten Wahlen längere Artikel. Sie erkennen im allgemeinen an, daß man noch keine bestimmten Schlussfolgerungen ziehen kann. Die Zeitung „Russki“ konstatiert nur die Niederlage des Verbandes des russischen Volkes. Von 224 von den Arbeitern des ganzen Moskauer Gouvernements gewählten Wählern ist nur einer Mitglied des Verbandes des russischen Volkes! Man wird sagen: „Das sind nur die Arbeiter! Die Arbeiter sind ja die unbedeutendsten Stützen des Verbandes. Die Bauernwahlen werden andere Resultate ergeben.“

Hier sind aber auch die Resultate der Bauernwahlen: Von 896 Wählern von allen Dorfgemeinden des ganzen Moskauer Gouvernements sind nur zwei Mitglieder des Verbandes des russischen Volkes! Die Wirklichkeit hat also die Verbände, welche laut legend von „Millionen“ schreiben, die den Spuren der Charlatane Oringmut, Dubrovlin und Purtschewitsch folgen, schnell Lügen gestraft. Diese „Führer“ haben Moskau zum Zentrum der Agitation der schwarzen Hundertisten gemacht! Und welche An-

wort hat die Bauern- und Arbeiterbevölkerung diesen skrupellosen Volksschändern zuteil werden lassen? Unter 600 Wählern sind nur drei Mitglieder des Verbandes des russischen Volkes.

„Tomarski“ stellt die Frage weiter: „Die Wahlen haben begonnen, und die „Reaktion“, welche die offiziellen und halb-offiziösen Zeitungen mit solchem Eifer ausposaunt, hat bis jetzt keinerlei Erfolg erzielt. Die „Gemäßigten“, welche jetzt als gewählt in den Verichten der St. Petersburger Telegraphen-Agentur figurieren, anstatt der Monarchisten bei den vorigen Wahlen, versprechen den „Hofkreisen“ nichts Angenehmes. Zu den gut informierten Organen dieser Kreise ist wenigstens keine Begeisterung zu konstatieren. Von den Wahlen wird in ihren Leitartikeln gar keine Notiz genommen. Sie tun, als ob nichts im Lande geschehe.“ —

Die Ratten verlassen das Schiff.

Petersburg, 25. September. Der in der Schweiz weilende russische Finanzminister Kozowzew teilte seiner Familie in Petersburg mit, daß er wegen seiner „erschütterten Gesundheit“ sich vom Amte zurückziehen gedenke. —

Aus der Partei.

Die Parteischule

wird ihren zweiten Kursus am nächsten Dienstag, den 1. Oktober, beginnen. Kurz vor dem Beginn des Kursus hat sich eine Aenderung im Lehrplan notwendig gemacht, da, wie im Leitartikel näher ausgeführt ist, zwei Lehrern die weitere Tätigkeit an der Parteischule unmöglich gemacht worden ist. Sofern die Polizei mit diesem Streiche die Parteischule treffen und wohl gar geführen wollte, ist die Aktion völlig mißglückt, da an Stelle der beiden bisherigen Lehrer Hilferding und Pannekoef die Genossen Cunow und Dr. Dunder und die Genossin Dr. Rosa Luxemburg in das Lehrerkollegium der Parteischule eintreten werden. Der Lehrplan wird sich nunmehr wie folgt gestalten:

Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte. Lehrer: Genossin Dr. Rosa Luxemburg.
Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung. Lehrer: Genosse Heinrich Cunow.
Deutsche Geschichte seit dem Mittelalter. Lehrer: Genosse Dr. Franz Mehring.
Geschichte des Sozialismus. Lehrer: Genosse Dr. Hermann Dunder.
Arbeiterrecht, soziale Gesetzgebung, Gewerkschaftsrecht, Verfassung. Lehrer: Genosse Arthur Stadhagen.
Strafrecht, Strafprozeß, Strafvollzug. Lehrer: Genosse Dr. Hugo Heinemann.
Bürgerliches Recht. Lehrer: Genosse Dr. Kurt Rosenfeld.
Kommunalpolitik. Lehrer: Genosse Simon Rahenstein.
Mündlicher und schriftlicher Gedankenausdruck, Zeitungstechnik. Lehrer: Genosse Heinrich Schulz.

Schiedsgerichtsurteil.

Am Mittwoch, den 25. September, tagte in Berlin ein Schiedsgericht in Sachen Dr. R. Friedeberg. Dieses Schiedsgericht hat folgenden Spruch gefällt:

Der dritte Berliner Reichstagswahlkreis hat auf Grund der Erklärung, die Dr. R. Friedeberg in der Versammlung vom 17. Oktober 1906 abgab, und im „Vorwärts“ vom 19. Oktober wiederholte, den Antrag auf dessen Ausschluß aus der Partei gestellt. In dieser Erklärung sagt Friedeberg:

„Dann habe ich zu erklären, daß ich nach wie vor auf dem Boden des von mir bisher vertretenen Anarchosozialismus stehe, daß ich demzufolge verwerfe den Parlamentarismus und den politischen Massenstreik, der ja innerhalb des heutigen Klassenstaates und innerhalb des bürgerlichen Parlamentarismus dem Proletariat parlamentarische Rechte sichern soll. Daß ich dagegen nach wie vor eintrete für die Propaganda der Gesetzlosigkeit, der Religionslosigkeit, der Vaterlandslosigkeit und des Antimilitarismus. Daß ich nach wie vor eintrete für die direkte Aktion und den anarchosozialistischen Generalstreik, der unter Verweigerung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse die Zerkümmern der kapitalistischen Ordnung und die Vereitelung des Klassenstaates zum Endzweck hat.“

Das Schiedsgericht, bestehend aus den unterzeichneten Genossen, hat auf Grund dieser Erklärung die Ueberzeugung erlangt, daß der Anarchosozialismus, wie ihn R. Friedeberg auseinandersetzt, unvereinbar ist mit den Grundbegriffen der Sozialdemokratie.

Unser Programm erklärt, der Kampf der Arbeiterklasse sei ein politischer Kampf, ein Kampf zunächst um politische Rechte und dann um politische Macht. Diesen Kampf vertritt der Anarchosozialismus, denn er erklärt sich gegen den Parlamentarismus, d. h. gegen ein unter den gegebenen Verhältnissen unentbehrliches Mittel des politischen Kampfes. Er vertritt den politischen Massenstreik, weil er gedacht sei als ein Mittel, dem Proletariat parlamentarische Rechte zu sichern; und er predigt die Propaganda der Gesetzlosigkeit, während die Sozialdemokratie die gesetzgebende Maschinerie erobern will, um die Gesehe im Interesse des Proletariats zu ändern.

Die Grundbegriffe des Anarchosozialismus sind tatsächlich Grundbegriffe des Anarchismus. Die Anarchisten haben sich dementsprechend auch eigene Organisationen geschaffen, die nicht nur von denen der Sozialdemokratie geschieden sind, sondern ihnen auch unversöhnlich feindselig gegenüberstehen.

Wenn R. Friedeberg diese Grundbegriffe zu den seinen macht, hat er sich damit ohne weiteres außerhalb des Rahmens der Sozialdemokratie gestellt. So sehr das Schiedsgericht seine Verdienste um das Proletariat und seine persönliche Ehrenhaftigkeit anerkennt und so sehr es bedauert, das verbindende Band mit ihm zerbrechen zu müssen, so muß es doch erklären, daß Friedeberg durch diese Erklärung ausgeschieden hat, Sozialdemokrat zu sein und nicht mehr als zur Partei gehörig betrachtet werden kann.

Berlin, 25. September 1907.

H. Borgmann, Karl Gehrmann, Karl Kautsky, Otto Krämer, G. Legien, Wilhelm Möbus, Arthur Stadhagen.

Strupalöse Redaktionführung. Dem Steitiner „Volksboten“ ist unser Bericht über die beiden Versammlungen in Stettin und Grawow, in denen über den Stuttgarter Kongreß diskutiert wurde, auf die Herzen gefallen. Wir sollen „strupalös“ gehandelt haben, als wir behaupteten, daß Genosse Runge unser Leipziger Parteiblatt „Leipziger Pflanze“ bezeichnete. Der „Volksbote“ ist so stupalös, diese Mitteilung eine „unwahre Unterstellung“ zu nennen. Nun haben wir in unserer letzten Sonnabendnummer, in der wir über jene beiden Versammlungen berichteten, ausdrücklich hervorgehoben, daß wir den „Volksboten“ selber als Quelle benutzten. Und eben nach dieser Quelle konnte gar kein Zweifel darüber obwalten, daß Genosse Runge die „Leipziger Volkszeitung“ als „Leipziger Pflanze“ bezeichnete. Wenn der „Volksbote“ an seiner eigenen

Darstellung jetzt herumdeutelt und die Behauptung aufstellt, Runge habe mit dem Ausdruck „Leipziger Pflanze“ die „Schlagwort-„Radikalismus“ und „Revisionismus“ treffen wollen, so mag das ja wohl den Ausführungen entsprechen, die Genosse Runge in der Stettiner Versammlung gemacht hat. Nur schade, daß der „Volksbote“ gerade über den Vorfuss von der „Leipziger Pflanze“ so „klar“ referierte, daß nur die Deutung möglich ist, die wir der Stelle gegeben haben. Wenn der „Volksbote“ einen schlechten Versammlungsbericht bringt, so muß er natürlich auch die Konsequenzen tragen. Hätte unser Stettiner Blatt sich übrigens ein wenig fächerer gefühlt, so würde es wohl den von ihm nachträglich so künstlich interpretierten Vorfuss einfach wörtlich zitiert haben — was ja schließlich noch nachgeholt werden könnte.

Wir schreiben ferner, Genosse Quessel scheine recht unklar gesprochen zu haben; denn ein Diskussionsredner erklärte, er sei nicht einmal daraus klar geworden, ob Quessel für oder gegen die Einwanderung von Ausländern sei. Daraus macht der „Volksbote“, wir hätten einfach behauptet, der betreffende Diskussionsredner habe gesagt: er habe den Genossen Quessel nicht verstanden! — Es geht doch nichts über eine „strupalöse“ Redaktionsführung.

Die „Drohung“, daß Genosse Quessel sich mit uns noch „auseinandersehen“ werde, scheidet uns nicht. Vielleicht holt Genosse Quessel dabei nach, was er — immer wieder nach jenem Bericht des „Volksboten“ — auf die Frage des zuletzt erwähnten Diskussionsredners in der Grawower Versammlung zu erwidern unterlassen hat.

Herr Buchbinder Paul Jahn sendet uns unter Bezug auf den Bericht über den Essener Parteitag, soweit es seine Angelegenheit betrifft, eine Mitteilungsart, aus der wir entnehmen, daß Jahn 1901 nicht aus der Partei, sondern aus dem Wahlverein des Wahlkreises Berlin III ausgeschlossen wurde, was nach dem damaligen Organisationsstatut dem Ausschluß aus der Partei nicht gleichkam. Inzwischen ist das Statut abgeändert worden. Die Zugehörigkeit zur Partei erfordert jetzt die Zugehörigkeit zur Organisation des Wahlkreises. Da nun die für Jahn zuständige Wahlkreisorganisation seine Aufnahme ablehnt, so ist Jahn jetzt tatsächlich nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine erfreuliche Folge des Falles Widz. Augenblicklich verbüßt der Kollege Widz, der Genosse Martin von der Mülhaufer „Volkszeitung“ eine zweimonatliche Gefängnisstrafe wegen angeblicher Verleumdung eines katholischen Geistlichen. Martin werden von der Gefängnisverwaltung allerlei bisher nicht zugefallene Erleichterungen seiner Haft gewährt. Nicht nur Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung wurden ihm bewilligt, er kann auch Besuche der Parteigenossen empfangen, so oft er nur will. Und dieser Tage beurlaubte die Mülhaufer Gefängnisverwaltung den Genossen Martin, der Mitglied des Gemeinderats von Mülhaufer ist, zu einer Sitzung dieser Körperschaft!

Das ist seit Menschengedenken in Deutschland einem sozialdemokratischen Verhänger noch nicht passiert und wäre vielleicht auch jetzt im Reichslande nicht passiert, wenn nicht die beiden Fälle Widz vorhergegangen wären. Möchte die vernünftige Praxis der Mülhaufer Gefängnisverwaltung Nachfolge im Reiche finden.

Strafkonto der Presse. Verworfen wurde vom Reichsgericht die Revision des Genossen Theodor Müller von der „Volkszeitung“ zu Breslau gegen ein Urteil des Landgerichts Breslau vom 6. April, das ihn wegen Verleumdung eines Staatsanwalts mit drei Wochen Gefängnis belegte.

Ein „gewöhnlicher Gehartikel“ ist nach Ansicht des Landgerichts Chemnitz eine Notiz der „Volksstimme“ zu Chemnitz gewesen, wegen dessen der Genosse M. Müller vom Schöffengericht zu 200 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Die Notiz rügte das Verhalten zweier Gendarmen, die den Parteisekretär Genossen Jungnickel fälschlich der Abhaltung einer nicht angemeldeten Versammlung bezichtigt und ihre Erkundigungen bei den Teilnehmern der Versprechung auf den Arbeitsstätten eingezogen hatten! Das Gericht sah nicht ein, daß solche Art eine Ungehörigkeit sei und verwarf die Verurteilung des „Gehartikels“-Schriftstellers.

Das Gefängnis verlassen hat Genosse Hugo Schotte von der „Volkszeitung“ zu Düsseldorf. Fünf Monate hat er auf der „Mühldorfer“ wegen seiner Frevlerthaten zubringen müssen.

Gewerkschaftliches.

Unternehmerpolitik.

Ein günstiger Wind weht uns einen Brief eines Metallwarenfabrikanten an einen Unternehmerkollegen zu, in dem derselbe mitteilt, daß er seine sozialpolitische Ader erkannt hat. Das Warum sagt der Brief, der folgenden Wortlaut hat:

Lieber R. R.

Antwortlich Ihres Besehens bemerke ich, daß seit kurzem bei mir die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist. Ich habe dieses aus freien Stücken getan, da wir mit einer zehn-stündigen Arbeitszeit nicht mehr durchkommen. Es wird bei mir von 7—12 und von 1¹/₂—6 Uhr gearbeitet. Vormittag 1¹/₂ stündige Pause. Der Lohnsatz ist bei mir 24—30 M. Alle Arbeiter sind bei vierzehntägiger Mündigkeit auf Stundenlohn, doch wird nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Sonnabend gleich den anderen Tagen.

Von einer englischen Arbeitszeit kann nicht die Rede sein, da die Leute bei dem mangelhaften Frühstück zu schnell schlapp werden. Auch haben sie dann abends zu viel Zeit um Geld auszugeben und können wir dann nicht genug Lohn zahlen. Indem ich hoffe, daß Ihnen diese Auskunft genügt, gelte mit freundlichem Gruß

Ihr

Der freundliche Briefschreiber spricht hier ehrlicherweise das aus, was alle einsichtigen Arbeiter längst erkannt haben: das Unternehmertum führt Verbesserungen ein, wenn es nicht anders kann!

Er erkennt aber auch an, daß die Lohnsklaven etwas mehr wie mangelhaft genährt werden müssen, weil sie sonst „schlapp“ werden und dadurch der Profit leidet.

Selbstverständlich darf auch die jedem Unternehmer angeborene Angst vor der freien Zeit der Arbeiter nicht verschwiegen werden, weil die Arbeiter dadurch zu Geldausgaben verleitet werden und sie eventuell dazu kommen, bei gesteigerten Bedürfnissen Lohnzulagen zu verlangen und so den Entbehrungslohn des Fabrikpasha kürzen.

Man sieht, die Raben sehen alle schwarz aus, und ginge es nach diesem „sozialpolitisch“ einsichtigen“ Unternehmer, die Arbeiter würden so lange ausgepowert, bis sie erschöpft von der Arbeitszeit ins Bett taumeln, um nicht Zeit zu gewinnen, sich über ihr Elend klar zu werden.

Berlin und Umgegend.

Geht nicht nach Senftenberg!

Von Berlin und Umgegend werden ganze Kolonnen Arbeitswillige nach Senftenberg signalisiert. Auch die Ankommenden sind fast sämtlich aus der Mark Brandenburg und in Berlin geworben. Es befinden sich dort in den bekannten Werdebureaus der Unternehmer Beamte aus dem hiesigen Revier, die Leute zu den glänzendsten Bedingungen anlocken. Also Vorsicht! Die Arbeiterklasse von Groß-Berlin wird gebeten, ein wachames Auge darauf zu haben und Leute, die

willens oder gezwungen sind, vor der Abreise ins Streikgebiet zu warnen. Meldungen erbitten sofort telegraphisch an Bezirksleiter Weikart, Senftenberg. Auslagen werden vergütet.

Alle Gewerkschaften werden hierauf aufmerksam gemacht. Die Lohnkommission.

Abgewiesen!

In der Sache Böhm gegen den Schneiderverband hat der Anwalt des Klägers den Antrag gestellt, gegen den „Vorwärts“ eine Strafe von 1000 M. festzusetzen, weil er nach Erlass der einstweiligen Verfügung noch Vorklatscherate veröffentlicht habe. Ferner war beantragt, vom „Vorwärts“ eine Sicherheitsleistung in Höhe von 10 000 M. einzufordern. Das Landgericht hat diesen Antrag kostenpflichtig abgewiesen und dem Kläger aufgegeben, binnen einer Woche die Hauptklage zu erheben.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz.

Senftenberg, 24. September.

Vor allem aber sind sämtliche Werke schon lange mit dem Bau von Arbeiterhäusern vorgegangen. Wir haben uns von deren Zustände durch Besuche zahlreicher Wohnungen auf den verschiedensten Werken persönlich überzeugt. Es waren dreizimmerige, luftige Wohnungen, die von den Arbeitern meist in musterhafter Ordnung gehalten wurden. . . . Es war eine Lust, die Sauberkeit und Behaglichkeit in vielen dieser Wohnungen zu sehen. Die Werke mußten ja, bei dem großen Arbeitermangel in den einsam gelegenen Werken, notgedrungen zur Arbeiterfürsorge greifen. Ein Werk treibt da das andere, ebenso in den Lohnfragen. Diese Wohnungen werden dem Arbeiter zwischen 3 und 8 M. monatlich von den Werken berechnet, damit die Arbeiter, die in den oft viermal so teuren Privatwohnungen wohnen, nicht über Gebühr benachteiligt werden.

So wurde an die „Frankfurter Oberzeitung“ berichtet und die deutsche Werkpresse beilegte sich, den Artikel nachzudrucken.

Wohnen heißt Leben! Wer sich unterrichten will über das soziale Milieu, in dem sich gewisse Teile der Bevölkerung bewegen, der suche sie auf in ihren Wohnungen, beobachte sie in der Häuslichkeit, im Kreise ihrer Angehörigen, prüfe ihre nächste Umgebung. Er wird durch das Eindringen in die internen Verhältnisse des privaten Lebens die Grundlage finden für die Beurteilung der sozialen Lage des betreffenden Standes. Auch der Korrespondent für die Organe der Werkverwaltungen prüfte die Verhältnisse. Seine Erfahrungen drückte er in den oben wiedergegebenen Sätzen aus.

Wenige Tage darauf hatten auch wir Gelegenheit, uns umzuschauen. Und zwar werden wir uns nicht in allgemeinen Betrachtungen über die Sauberkeit und Behaglichkeit der Wohnungen ergehen, sondern wir werden das gewonnene Material kurz und trocken der Öffentlichkeit unterbreiten. Sie soll Richter sein.

Der Weg führte uns nach Clettitz und Schipflau; heides Stationen der Bahn Senftenberg—Finstertal. In Clettitz ist der Graben- und Ziegeleibestyrer Fiebig der „Herr“. Er hat den Ort mit elektrischer Kraft versorgt, Anschlüsse haben fast alle Geschäftsteile. Nur haben diese hinterher eingesehen, daß die „Wohltat“ ihnen zu teuer gekommen war und noch kommt. Sogar in den Vorräumen der Arbeiterwohnhäuser brannten Mühlkornen; es standen da 17 Häuser mit je 2 Partierre und 2 Dachwohnungen; zusammen 68 Wohnungen. Vor jedem Hause war eine Art Vorgarten, der aber meist öde und tot dalag. Zum Partierre führt der Weg hinten hinein, in die Dachwohnung kommt man von vorn. Unmittelbar treten wir aus dem Freien sofort in die unterste Küche; keinerlei Vorraum schützt vor Wind, Wetter und Schmutz. Die Küche ist gepflastert, Stube und Kammer gebläut, die Räume sind ausreichend, auch Stallungen sind vorhanden und Feld belonnen die Leute vom „Herrn“. Sie sind deshalb auch nicht mit in den Streik getreten.

Wir stapfen durch den vorderen Eingang die Treppe hoch. Rechts und links je eine Wohnung. Die Wohnstube hat gerade Wände, ist 2,25 Meter hoch und hat zwei Fenster. Klischen fehlen, dafür sind Klammern da. Sie liegen direkt unter dem Dach, am Boden sind sie zickzack 1,70 Meter breit, oben noch 90 Zentimeter (alles mit dem Metermaß oberflächlich gemessen). Die „Fenster“ befinden sich im Vorraum und Kammern der Dachwohnungen zickzack 10 Zentimeter über dem Boden, sie sind zickzack 85 Zentimeter hoch, 50 Zentimeter breit. Der Eingang zu den Kammern ist 55 Zentimeter breit; in etwa Manneshöhe zieht sich ein Strebekissen durch. Jedermann muß den Kopf gerade halten oder besser, er bückt sich, sonst stößt er sich an dem Holzeisen in den Kopf. Eine Kammer diente als Schlafraum, eine als „Küche“. Wie die Leute in diesen Räumen es fertig brachten, die Betten zu machen, wird uns stets ein Rätsel bleiben.

Zu je drei Häusern gehört eine Waschküche. Darum ist immer „Krieg“. Es wird deshalb viel in den Wohnungen gewaschen und zwar auf dem Vorraum, wo sich eine Art Herd befindet. Die Leute beklagten sich bitter, der Brodem von der Wäsche könne nicht hinaus, er ziehe überall umher, schlage sich an Wänden und Möbeln ab, alles wurde feucht. Durch den Augenschweiß fanden wir die Angaben bestätigt. Gegenwärtig baut der „Herr“ Fiebig eine Reihe weiterer Werkwohnungen, deren Sinn etwas höher kommt; wahrscheinlich wird's darin besser werden.

Zwischen Clettitz und Schipflau liegt die Fischschleimühle. Vor Jahren haben die Niederlausitzer Kohlenwerke A. v. der Mühle das Wasser weggezogen. Die Gesellschaft mußte das Grundstück kaufen und machte aus dem Gebäude Wohnungen. Es sind drei niedrige Häuser, abseits vom Wege, schon äußerlich dem Verfall nahe. Dahinter ist Wald und ein Wasserflut zischt sich dicht an den Gebäuden hin. Wir treten ein. Moderiger Geruch empfängt uns; alles ist feucht und dunkel. Moderstellen an den Wänden. Im Winter werden diese Wände weiß. Millionen von Wassertropfen sind zu Eis erstarrt, das sich wie Schnee anföhlt und herrlich glitzert. Ein Fensterchen erbleibt die Kammer wenig; trotzdem es Tag und Nacht offen steht, bleibt es noch. Auch die Keller sind so nah, daß alles fault. Löcher am Boden, Löcher in den Wänden. Dedern, Fensterrahmen, Holz- und Eisenteile alles schwarz, verrotzt und verfallen.

Oben sind die Dachwohnungen auch nah. Die Stuben waren etwa 2 Meter hoch, die ganz schrägen Kammern am Fußboden ca. 1,50 Meter breit (Wetten standen der Länge nach), oben schrägen Wand, Dach und Lüre ab, das heißt es war überhaupt keine Breite mehr vorhanden. Die Bewohner dieser Häuser waren ausnahmslos Polen; kinderreiche Familien. Ein trodenes, öfters Hüfteln hinter einer Lüre heißt und lange stehen bleiben. Als wir eintreten, steht in der aufs dürgigste, möblierten Stube eine Frau im letzten Stadium der Schwangerschaft. Sie freigt trotz des herrlichen warmen Wetters und verheißt kein Deutsch. Durch Vermittlung der Nachbarin gewinnen wir Einblick in die Verhältnisse; das ganze Haus läuft zusammen. Alles beklagt sich, daß „nichts gemacht“ würde. Zahllose Ratten sind unter den Dieben; sie haben alles unterwühlt, Kartoffeln und Schwaben dürfen nirgends stehen bleiben. Sie zerfressen die Wäsche und lassen des Nachts niemand

schlafen. Einst warf der Wind aus der Wohnung des Arbeiters Andreas Sojipek das Fenster samt Fensterkreuz und die Lampe in den Hof. Der Arbeiter beschwerte sich und verlangte Ersatz für die Lampe. „Ja“, meinte der Inspektor Graul gemächlich, „die lassen Sie sich von dem Winde bezahlen!“

Im Frühjahr kam ein neuer Direktor. Er kam auf seinem Rundgange auch nach der Fischschleimühle. Nachdem er sich die Wohnungen im Erdgeschoß angesehen hatte, meinte er erregt: „Aber da oben wohnt doch wohl niemand!“ „Ja gewiß, zwei Parteien!“ war die Antwort. Der Herr stieg hinauf, kam wieder herab, atmete tief auf und seufzte: „Schauerhaft!“

Ueber die Situation wird uns vom 25. September aus Senftenberg geschrieben:

Der Herr Otto Miesch, Unternehmer für Tiefbohrungen in Ludau und Lieferant Arbeitswilliger, hat einen Kollegen gefunden. Es ist der Fuhrere Albert Degener in Königs-Wusterhausen, Potsdamerstraße. Er hat dort sieben Mann Ziegeleiarbeiter, Dachbeder und Maurer, geworden, ihnen auf Grund des famosen Vertrages von Herrn Direktor Schulz auf Elisabethsgräfchen Stundenlöhne von 60 und mehr Pfennigen versprochen, so daß die Leute sofort hierher gekommen sind. Weitere Transporte sollten folgen. Von der Leitung sind die Betroffenen sofort abgeschoben worden.

Die Situation hat sich verschärft. Auf dem Bahnhof Senftenberg werden die Wagen mit Arbeitswilligen auf Gütergleise geschoben und auf den Grubenanschlußbahnen weiter transportiert oder auch mittels Wagen unter Bedeckung von Gendarmen auf die Gruben verschickt. Streikende werden auf dem Bahnhof nicht mehr zugelassen.

Wie die bürgerliche Presse zu melden weiß, ist die Zahl der Streikenden von 1434 auf 1418 gefallen. Es ist aber damit genau so, wie bei Streiks im Bergbau überhaupt: Die die Abkehr nehmenden Vergleute, also die Entlassenen, werden von den Werkverwaltungen nicht mehr als Streikende geführt. Auf die Art kann es kommen, daß Streikende überhaupt nicht mehr vorhanden sind.

In Bodowitz üben Arbeitswillige schlimmsten Terrorismus; so ist ein Streikposten von den „nützlichen Elementen“ jämmerlich erschlagen worden. Anzeige ist bereits erstattet.

Wie's gemacht wird! Der Direktor der „Mühlgrube“ in Bodowitz ist der gute Freund des katholischen Pfarrers in Müdenberg. Nachdem jener erfahren, daß die Polen am Sonntagmittag eine Versammlung abhalten wollten, berichtete er den „Herrn“ sofort an seinen Freund nach Müdenberg und dieser mußte schleunigst um dieselbe Zeit in Bodowitz Gottesdienst abhalten! Die armen polnischen Arbeiter gingen also in die Kirche und der Gottesdienst zu Kapitalsnuten dauerte so lange, bis die Zeit der Versammlung zu Ende war!

Ja, ja, dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!

Die drohende Generalsperrung im Rießer Baugewerbe, die, wie wir mitgeteilt, bereits für einige Arbeiterkategorien ihren Beginn genommen hatte, ist in letzter Stunde noch abgewendet worden. Die streikenden Holzplanenarbeiter und Aufseher, auf die die vereinigten Schrammacker durch die Aussperrung einen Druck auszuüben gedachten, haben sich durch einen vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Tarifvertrag mit ihren Arbeitgebern geeinigt und auch die ganz unmotiviert von den Bauunternehmern in den Konflikt einbezogenen Lohnbezugungen der Stukkateure und Heizungsmonteure sind, teilweise zum Vorteil der Arbeiter beendet. Der Tarifvertrag im Holzhandel wurde lösnisweise nicht von Organisation zu Organisation, sondern zwischen der Organisation der Holzhändler einerseits und drei, bei Mitgliedern der Arbeitgeberorganisation beschäftigten Arbeitern andererseits abgeschlossen. So wollte es der Unternehmerdünkel der Holzhändler, die sich hartnäckig sträubten, die Organisation der Arbeiter anerkennen! Bei einem Tarifvertrag, der für beide Teile doch möglichst bindende Form haben soll, ist solcher Herrenstandpunkt natürlich doppelt unverständlich.

Der christliche Biskop in Bielefeld.

Die von den Christlichen bedienten Beehorgane, insbesondere Zentrums- und Stöckerblätter, bringen als Antwort auf unsere Notiz von dem Treiben der Christlichen in Bielefeld einen Wochenzettel der „Prommen zum Abdruck, in welchem verlästet wird, die Verbundenen des sogenannten Bezirksleiters des christlichen Verbandes als einen durchaus harmlosen Akt der Arbeitsvermittlung hinzustellen. Wir stellen demgegenüber noch einmal fest, daß Betriebe der Metallindustrie in Bielefeld zurzeit keine Vergrößerung erfahren, daß die Anzahl der vielen arbeitslosen Metallarbeiter am Orte im Gegenteil eine deutliche Sprache von der Geschäftsklaue redet, in der sich augenblicklich speziell die Fahrradindustrie befindet. Wir wiederholen ferner, daß der in dem Zirkular angegebene Verdienst auch nicht annähernd den Tatsachen entspricht. Fünf von außerhalb herangezogene christliche Arbeiter haben des niedrigen Verdienstes wegen den Betrieb bereits wieder verlassen, andere wollten folgen, haben sich dann aber auf dringende Vorstellungen des Obermeisters bewegen lassen, an anderen Arbeitsplätzen noch einmal zu versuchen, den versprochenen Verdienst von 60—70 M. pro Lohnperiode zu erreichen.

Wenn die Christlichen aber noch weitere Beweise haben wollen, daß sie lediglich deshalb angeworben werden, um der Firma Klausenreiterdienste zu leisten, dann könnten wir diese in Hülle und Fülle liefern. Klauen die Werkmeister es doch offen aus, daß die Fabrikleitung Arbeiter haben müsse, auf welche sie sich „verlassen“ könne, wenn Überstunden usw. erforderlich würden. Und werden doch nur Leute eingestellt, die sich beim Bevollmächtigten der Christen, der ebenfalls im Betriebe der Firma Börde untergebracht ist, als Mitglieder des christlichen Verbandes ausgewiesen haben. Wer angeht dieser Tatsachen noch von anerkanntem Wertes Bestrebungen, arbeitslosen Arbeit nachzuweisen, spricht, der fällt die Wahrheit in der unbedenklichsten Weise.

Der Streik in der Blechwarenfabrik Roskensfeld in Bielefeld dauert unverändert fort. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen ist strengstens fernzuhalten.

Achtung! Steinarbeiter.

Sämtliche Arbeiter des Reihner Granitwerkes von Ostwald Köhler sind schon die 13. Woche ausgesperrt, weil sie sich nicht ohne weiteres einem neu eingeführten Kontroll- und Strafsystem unterwerfen wollten. Die ganze Bewegung ist aber nunmehr zu einem Kampfe um das höchste Gut der Arbeiter, um das Koalitionsrecht ausgearbeitet. Jeder Arbeiter, welcher in dem Eldorado des Herrn Köhler in Arbeit tritt, muß sich durch Ehrenwort und Handschlag verpflichten, keiner freien Gewerkschaft anzugehören. Es wird ihm dagegen freigestellt, einer sogenannten „gelben“ Gewerkschaft (Streikbrecherorganisation), welche unter dem Namen: „Freie Vereinigung deutscher Steinarbeiter“ von den Klausenreitern des Herrn Köhler gegründet wurde, beizutreten.

Nach allen Teilen des In- und Auslandes hat nun Herr Köhler seine Agenten ausgesandt, welche zum Teil unter solchen Vorpiegelungen versuchen müssen, Arbeitswillige anzuzuworbieren. Ja, sogar in die Kasernen hat er seine gelben „Auffklärungsplakate“ gelangen lassen, in der Hoffnung, daß die jetzt entlassenen Reservisten zum Verräter an ihren Klassenangehörigen werden möchten.

Arbeitswilliger! Wir fordern Euch auf, folgt nicht den Verlockungen des Herrn Köhler. Werdet nicht zum Verräter an Euren Mitarbeitern! Gebt den gewissenlosen Agenten des Herrn Köhler die Antwort, die ihnen gebührt! Denn unser Kampf ist auch Euer

Kampf und unser Sieg ist auch Euer Sieg! Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Emil Krämer, Vertrauensmann der Steinarbeiter. Richard Thieme, Vorsitzender des Gewerkschaftsartells in Reizen.

Wieder eine gelbe Gründung.

Seit dem letzten großen Kampf in der bayrischen Metallindustrie existiert bekanntlich im Augsburger Werk der Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Nürnberg und Vereinigte Maschinenfabriken Augsburg eine Gewerkschaft der Gelben, deren „Aufbau“ schon öfters über die weisblauen Grenzpfähle hinausgedrungen ist. Das Nürnberger Werk blieb bisher von derartigen Bestrebungen verschont. Jetzt sind aber auch dort strebende Leute aufgetaucht, die sich durch Gründung einer gelben Gewerkschaft bei der Direktion in empfehlende Erinnerung bringen wollen. Eine Anzahl Beamte, Werkmeister und — Arbeiter des Werks haben durch Karten zu einer Versammlung eingeladen und den Erschienenen das Statut einer gelben Vereinigung fix und fertig vorgelegt. Das neue gelbe Vereindchen führt den harmlosen Titel „Wohnungs- und Wohlfahrtsverein“ und unter „Zweck des Vereins“ findet man aufgezählt: Wirtschaftliche Vorteile aller Art, in erster Linie Vermittlung billiger Wohnung, Bildung einer Genossenschaft aus Vereinsmitgliedern zum Zweck des Erwerbs und der Errichtung eigener Wohnhäuser, Unterstützung erkrankter und bedürftiger Mitglieder, Erteilung der Gewährung von höherem Lohn und besonderen Prämien für Spareinlagen, die die Mitglieder durch den Verein bei der Fabrik machen usw. Jede Politik ist ausgeschlossen. Soweit wäre die Sache noch ziemlich harmlos, aber bei den Bestimmungen über die Aufnahmeberechtigung kommt schon der gelbe Pferdeschuh zum Vorschein. Zur Aufnahme sind nämlich nur berechtigt großjährige, unbescholtene, im Werk beschäftigte Personen, die nicht bereits einem anderen, die gleichen Zwecke verfolgenden Verein angehören. Wer also der Segnungen der neuen Gründung teilhaftig werden will, darf nicht einer Gewerkschaft, einer anderen Krankenkasse, dem Konsumverein usw. angehören. Die Mitglieder sind zu völliger Rechtslosigkeit verdammt. Sie haben in den Versammlungen weiter nichts zu tun, als die Berichte der Vorstandschaft entgegenzunehmen, auf die Vereinsgeschäfte haben sie keinerlei Einfluß, alles besorgt die Vorstandschaft aus eigener Machtvollkommenheit. Fürwahr, eine nette Gründung! Es ist nur gut, daß sie nicht weit über den Kreis ihrer Väter hinauswachsen wird, denn in Nürnberg ist kein Boden für derartige Sumpfpflanzen.

Ausland.

Hafenarbeiterstreik in Antwerpen.

Aus Antwerpen wird vom 25. September gemeldet: Der Präsident der Föderation maritimo hat auf Befragen erklärt, die Arbeiter könnten die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen, irgend ein Zugeständnis werde ihnen von der Föderation maritimo nicht gemacht, die Arbeiter würden vielmehr gezwungen werden, sich dem Willen der Föderation maritimo zu unterwerfen; die Führer der Auslandsbewegung würden nicht wieder eingestellt werden. Diese Erklärungen rufen im Hafengebiet große Erregung hervor.

Hüttenarbeiterstreik in Serviers. 1000 Hüttenarbeiter in Serviers haben nach einer Meldung des „B. L. W.“ den Generalstreik erklärt. Man rechnet damit, daß auch in anderen Betrieben die Arbeit eingestellt werden wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Acht Arbeiter verbrannt.

Bosen, 25. September. (B. G.) In Rertenheim (Ostpr.) brannte eine Baracke nieder, in der russische Arbeiter schliefen. Acht Personen sind tot, viele schwer verletzt. Man vermutet Brandstiftung aus Rache, da die Russen mit den einheimischen Arbeitern in Unfrieden lebten.

Es gärt unter den Bergarbeitern.

Bohum, 25. September. (B. L. W.) Nachmittags fand hier eine Sitzung der Siebenerkommission statt, in welcher beschlossen wurde, sich dem am 7. September gefassten Beschluß der Aeltestenkommission, der Mitglieder sämtlicher Bergarbeiterverbände angehörend, anzuschließen. Wenn die Bergwerksbesitzer die Verschlechterung im neuen Anknüpfungsstatut nicht beseitigen und im anderen Punkten den Bergarbeitern nicht entgegenkommen, soll das Statut sowie der Rückversicherungsvertrag abgelehnt werden. Die Bergwerksvertreter werden für die Folgen verantwortlich gemacht.

Drei Arbeiter durch Seilbruch getötet.

Altendorf a. b. Ruhr, 25. September. (B. L. W.) Auf der Seche „Charlotte“ ist heute ein Förderseil. Drei Arbeiter stürzten in die Tiefe; alle drei waren sofort tot.

Freispruch im Essener Mordprozess.

Essen, 25. September. (B. L. W.) Das Schwurgericht des hiesigen Landgerichts sprach den Bureaubeamten Alfred Rand von der Anklage des Mordes und der versuchten Notzucht gegen die englische Lehrerin Miss Madeline Lake frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. Der Angeklagte wurde sofort aus der Haft entlassen.

Schiffsbrand im Hamburger Hafen.

Hamburg, 25. September. (B. L. W.) Beim Reinigen des im Jonashafen liegenden russischen Landdampfers „Meteor“ stießen Petroleumreste ins Wasser. Durch einen Zufall fing die Petroleumschicht auf dem Wasser Feuer, das auf den „Meteor“ übergrieff. Die Mannschaft des „Meteor“, etwa 60 Russen und Chinesen, versuchten sich durch einen Sprung ins Wasser zu retten. Verschiedene sind durch Anklammern an heiße Schiffsteile verletzt, zwei werden vermißt.

Verunglückte Heimfahrt.

Sebra, 25. September. (B. G.) Auf der Rückfahrt von einer Hochzeit verunglückte der Landwirt Hossbach aus Weitaun mit Frau und Tochter dadurch, daß die Pferde durchgingen und der Wagen in einen tiefen Wassergraben stürzte. Frau Hossbach blieb auf der Stelle tot, während Tochter und Vater mit gebrochenen Gliedern hilflos liegen blieben. Infolge der schon eingetretenen Nacht dauerte es geraume Zeit, ehe den Verunglückten Hilfe gebracht wurde. Auch eine zufällig mitgefahrene Frau aus Schwewe erlitt so schwere Verletzungen, daß sie in ein Hospital geschafft werden mußte.

Ein Robeittakt.

Heidelberg, 25. September. (B. G.) Beim Pferdehandel in Großschafen waren Händler und Kaller in Streit geraten, in dessen Verlauf der Kaller Friedrich Zehler aus Heddenheim, nachdem er eine Tracht Prügel erhalten hatte, auf ein Pferd gebunden und dieses mit seiner lebenden Bürde durch den Ort geführt wurde, Zehler ist schwer verletzt.

Die Parteipresse über den Parteitag.

„Bremer Bürger-Zeitung“:

„Und dieser allein richtigen Auffassung gegenüber (in der Rede der Genossin Jettin zur Militarisierungsdebatte) — die von unserem Dortmunder Parteiblatt in einem Artikel zum Eröffnungstage des Parteitages kräftig unterstützt worden war — meinte Roske in Essen: „Der Weg nach links führt aber ins anarchoistische Lager.“

Diese Ansicht ist nicht mehr neu, nachdem dem Genossen Kautsky in seiner Polemik mit dem noch unter Eisners Führung stehenden „Vorwärts“ bereits vor einigen Jahren anarchoistische Ideen zum Vorturf gemacht wurden. Aber ist die Ansicht auch nicht neu, so zeigt sie doch sehr deutlich, wie der sogenannte Radikalismus von denen unserer Partei verurteilt wird, die die praktische „Gegenwartsarbeit“ um jeden Preis betreiben wollen, die dabei aber alle scharfen Begriffsunterscheidungen als lästigen Ballast empfinden.

Zu unserem Bedauern sehen wir Bebel hier (bei der Kolonialdebatte) abermals auf der Seite derer, die der klaren Begriffsbildung von jeher mit Widerwillen gegenüberstanden. Wie anders mutet uns doch der Bebel von Essen im Vergleich mit dem Bebel von Hannover und Dresden an!

Genosse Bebel irrt sehr, wenn er für einen mühsigen Streit um Worte hält, was in Stuttgart ein tiefgehender Unterschied in der grundsätzlichen Auffassung vom Wesen der Kolonialpolitik war. Er hätte nur die merkwürdigen Argumente hören sollen, die wir in der deutschen Delegation zu hören Gelegenheit hatten, dann wäre er wahrscheinlich gleich uns zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei vielen Genossen geradezu eine Verlodderung des theoretischen Denkens eingetreten ist, gegen die aufs energischste Front zu machen war. . . .

„Norddeutsches Volksblatt“ (Wart.-Wilhelmshaven):

„So lag nach unserer Meinung für das Vorgehen gegen den Genossen Roske wegen seiner Rede zum Militäretat im Reichstag kein Anlaß vor. . . . Es ist sehr erfreulich, daß Bebel sich durch nichts von seiner bisherigen Anschauung über die Frage hat abdrängen lassen, und daß der Parteitag das Nichttrauensvotum gegen Roske, das in dem Mieler Antrag lag, abgelehnt hat. Unverständlich aber ist es uns, wie es möglich sein kann, daß Fraktionskollegen Roskes in der Fraktion kein Wort des Tadels gegen Roskes Rede hatten, ihn sogar am Ende dazu beglückwünschten haben, auf dem Parteitage ihn aber auf das heftigste anzugreifen wagten. Die Debatte über die Kolonialpolitik war ebenso überflüssig wie unfruchtbar. Sie hat weder eine Klärung, noch eine grundsätzliche Verständigung gebracht. Sie schien vielmehr den Zweck zu haben, die Verteidiger der vom internationalen Kongreß in Stuttgart abgelehnten Resolution als unklare Prinzipienverleher an den Pranger zu stellen.“

„Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ (Kiel):

„Im Mittelpunkt der Debatte über den Fraktionsbericht stand dann der Mieler Antrag über den Fall Roske. Die Mieler Genossen, die von vornherein gar nicht mit der Annahme ihres Antrages gerechnet hatten, können mit der Auseinandersetzung, die ihre Anregung herbeiführte, zufrieden sein. Der gute Roske wird es sich zweimal überlegen, ehe er wieder die Platte auf den Boden nimmt und vor versammeltem Reichstagsvolk unter den weislichen Mienen des Kriegsministers den Versuch macht, den Stiefschritt als Aequivalent unseres Parteiprogramms darzutun. In Essen hat er ganz etwas anderes auf den Boden bekommen, als die vielbesprochene rote Muskele. Parlamentarische Zungenreden sind ja gewiß etwas Reites, vorausgesetzt, daß der sich ihrer entledigt, nicht auch noch in der Politik eine unschuldige Jungfrau ist.“

Auch die Debatte über den internationalen Kongreß war insofern nicht ohne Wert, als sie die Stellung der Gesamtpartei zu der Zufallsmajorität der Stuttgarter Delegation klarstellte — während wir freilich den Teil der Beratung, der sich um die welterschütternde Frage drehte, was Genosse David in Stuttgart gemeint und was er nicht gemeint hat, für einen Streit um des Kaisers Schnurrbartbiade halten und bedauern, daß mit diesem Getöse den Genossen Kautsky, Ledebour und Wurm die Gelegenheit beschritten wurde, die sozialistische Auffassung von der Kolonialpolitik in gründlichen Darlegungen prinzipiell zu entwickeln.“

„Medlenburgische Volkszeitung“ (Rostock):

„Die Sozialdemokratie will die Zivilisation verbreiten. Einige sagen dazu, sie wolle „sozialistische Kolonialpolitik“ betreiben. Das Wort Kolonialpolitik hat aber einen gewissen (historischen) lässlichen Beigeschmack, weshalb wir lieber Zivilisationspolitik sagen. Die Kolonialpolitik der herrschenden Gemalten beruht auf dem Willen, ja auf dem Parteitag in Essen sind nicht einmal jene Behauptungen wiederholt worden, die auf dem Stuttgarter internationalen Kongreß von einigen Genossen, wie Lenin usw. gemacht wurden, und die mindestens recht zweideutig waren. Der Essener Parteitag zog noch einmal kurz eine scharfe Grenze zwischen der kulturfreundlichen Sozialdemokratie und der kapitalistischen Kolonialpolitik.“

Einig und geschlossen zeigte der Essener Parteitag die Sozialdemokratie in ihrem Gegensatz zu dem Militarismus, und in der Absicht, gegen diesen den Kampf zu führen. Als der Genosse Roske wegen seiner bekannten „Militärrede“ angegriffen wurde, konnte auch er sich mit Recht darauf berufen, daß er dem Militarismus feindlich entgegenkommen beweisen habe. Gewiß, er hätte damals in der Reichstagsdebatte betonen können, was uns trennt von den „patriotischen“ Edelkräften, und es hätte das in Rücksicht auf den Zeitpunkt, in dem jene Rede gehalten wurde, geschehen sollen. Aber an ein Aufgeben der sozialdemokratischen Haltung dachte Roske doch nicht. Deshalb auch hätten die Angriffe wider ihn schon auf einen anderen Ton gestimmt sein können! Einen Abschluß über die sachliche Debatte bezüglich dieses Punktes wird übrigens mit dem Essener Parteitag wohl noch nicht erreicht sein. Wir werden eben dazu kommen müssen, die eventuelle Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfalle noch präziser erkennbar zu machen. Bebel unterstrich in Essen sein Wort vom „Angriffskrieg“. Er meinte, er und wir Sozialdemokraten würden im gegebenen Moment schon wissen, was ein Angriffskrieg ist oder nicht. Darauf wollen wir uns aber nicht allzu sehr verlassen. Wir wünschen vielmehr die größtmögliche Agitation für den Gedanken, daß im Kriegsfalle die demokratisch-proletarischen Interessen für die Sozialdemokratie entscheidend sein werden. Diese Parole dünkt uns sicherer und erfolgversprechender!“

„Märkische Volksstimme“ (Kottbus):

„Und da war es gut, daß der internationale Kongreß in Genua der Kolonialpolitik den selbstlosen Genossen, die von einer kolonialen parlamentarischen Hilfsbereitschaft träumen, einen ordentlichen Riegel vorschieben. . . . Ein Schritt auf dem abschüssigen Rade einer sogenannten positiven Kolonialpolitik wird weitere Schritte nach sich ziehen und sicher in den Kolonialsumpf führen, in dem die erhabenen Politiker der liberal-konservativen Paarung bis über die Ohren stehen.“

Wir begreifen es deshalb, daß der Essener Parteitag die Stuttgarter Resolution zur Kolonialpolitik zur seinigen gemacht hat. Hätte man sich der Tatsache besser erinnert, daß die deutsche Sozialdemokratie schon auf dem Rainer Parteitag 1900 eine klare Stellung zur Kolonialpolitik eingenommen hat, dann hätte man der Welt das Schauspiel in Stuttgart ersparen können, als sei die deutsche Arbeiterklasse mit Pauken und Trompeten in das Lager der temperierten Kolonialbuschfanten abgeschwenkt. . . .

Aus diesen Erwägungen heraus freuen wir uns auch darüber, daß anlässlich der Rede des Genossen Roske im Reichstage der Parteitag in seiner überwiegenden Mehrheit seinen Unwillen über die „patriotischen“ Beteuerungen von Sozialdemokraten kundgab.

Es ist hierbei völlig gleichgültig, wer die „Kriegervereinsreden“ hält. Es ist nicht nötig, vom ganzen Lande zu beteuern, daß man den Kuhfuß auf die Schulter nehmen wird, wenn das geliebte Vaterland in Kriege verwickelt werden sollte.“

„Volksblatt für Anhalt“ (Dessau):

„. . . Sowohl die Kolonialdebatte als auch die Militarisierungsdebatte enthielten einige Töne, die wir gern vernimmt hätten. Es sollte auf unseren Parteitag an alle dem fehlen, was den guten Willen des andersmeinenden Parteigenossen anzeigt. Denn schlechte Absicht des anderen vorausgesetzt, hat alle Debatte gar keinen Zweck. Es war das große Verdienst des Genossen Bebel, daß er durch einen an ihm nicht immer bemerkbaren Humor die Bogen der Erregung schon bei diesen Debatten glättete. Er war diesmal gar nicht nervös, sondern völlig Herr der Situation und übte in dieser Versammlung einen unbewingbaren Einfluß aus, sehr zum Vergern einiger Heißsporne, die nur dann zufrieden sind, wenn recht fanatischer Kampf auch unter Parteigenossen gekämpft wird. Und dieser vortreffliche Humor, der Bebel diesmal eigen war, blieb ihm auch tren in seinem begeisternden Referat über die letzten Reichstagswahlen. . . .“

„Sächsisches Volksblatt“ (Zwickau):

„Was die Debatte über die Haltung unserer Partei dem Militarismus gegenüber anbelangt, so sind nach unserer Meinung viele Unklarheiten übrig geblieben. Den Grund zu den Debatten gab die bekannte Eiarrede des Genossen Roske im Reichstage. Diese Rede hat damals in der Partei ungeheuer viel Staub aufgewirbelt und zu großen Diskussionen Anlaß gegeben. In der Tat, wenn man sie lediglich ihrem Wortlaut nach nimmt, stellt sie sich als das äußerste im Munde eines deutschen Sozialisten dar, und unterscheidet sich nur ihrem Wesen nach von einer obstruktion Kriegervereinsrede.“

Ebenso wenig wie in der Frage des Militarismus sind durch die Ausführungen in Essen die Meinungen über die Kolonialfrage geklärt worden, wenn in dieser Frage angeht, die grundsätzlichen verschiedenen Auffassungen in unseren Reihen überhaupt eine Uebereinstimmung möglich. Trotzdem für die Partei auch fernere durch Beschluß eine feste Richtlinie geschaffen ist, wird dadurch eine Diskussion über unsere prinzipielle Haltung in dieser Frage nicht aufhören.“

Der Parteitag hat entschieden, daß das vielumstrittene Prehbureau geschaffen werden soll. Nachdem wir in dieser Frage vor einer vollendeten Tatsache stehen, erübrigt es sich, weitere Anforderungen hierüber zu machen. Wir wünschen nur, daß alle die Voraussetzungen, die der Parteisekretär Genosse Müller dem neuzugründenden Prehbureau mit auf den Weg gab, eintreffen mögen. Dabei wollen wir nicht unterlassen, zu betonen, daß die vor dem Parteitag über diese Materie gepflogenen Debatten sich als absolut notwendig erwiesen; denn sie haben es erst ermöglicht, daß dieser Entwurf vom Parteitage angenommen werden konnte.“

Zur Lage der Arbeiter in den rheinisch-westfälischen Hütten-Walzwerken.

Mit Staunen haben viele unserer Parteitagdelegierten bei ihrer Fahrt durch die Gauen Rheinland-Westfalens das Meer von Schornsteinen — die Kirchtürme des Kapitals, wie sie Marx nannte. In erster Linie die riesige Metallindustrie dieses Bezirkes, die alles beherrscht und verhältnismäßig nur sehr wenige Betriebe umfaßt. Es ist die Großindustrie der Metallbranche.

Der Bericht der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Vereinsgenossenschaft für 1906 besagt, daß nur 222 Betriebe dieser Art vorhanden sind, die aber insgesamt 163 507 Arbeiter beschäftigen. Gegen das Jahr 1905 ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 15 679 gestiegen.

Die Arbeitslöhne sind gegen das Vorjahr um 95 M. pro Kopf im Durchschnitt gestiegen. Interessant ist nachstehende Zusammenstellung:

Table with 6 columns: Sektionen, Zahl der Betriebe, Zahl der beschäftigten Personen (1906, gegen 1905), Lohn pro Kopf und Jahr (1906, gegen 1905). Rows include I. Essen, II. Oberhausen, III. Düsseldorf, VI. Koblentz, V. Aachen, VI. Dortmund, VII. Bochum, VIII. Dagen, IX. Siegen, and a Summa row.

Im Bezirk Oberhausen arbeiten also die meisten Hüttenleute, während der Bezirk Essen die wenigsten Betriebe zählt, dagegen die stärkste Zunahme zeigt. Der Maschinenbetrieb Krupp ist hier allein maßgebend. Nur im Bezirk Aachen eine kleine Abnahme der Arbeiterzahl. Sonst überall ein gewaltiges Anwachsen.

Mit großem Bedauern verläßt die Unternehmerpresse, daß der Durchschnittslohn eines Arbeiters auf 1508 Mark gestiegen sei. Man vergißt jedoch die Steigerung der Preise für die allerwichtigsten Lebensbedürfnisse anzuführen, die Arbeitszeit, in welcher diese Lohnsumme verdient wurde, sowie das gewaltige Mißo der Arbeiter selbst. Auf dem Essener Parteitag wurde von lundiger Seite darauf hingewiesen, daß das Leben eines Hüttenarbeiters mühselig und bedauernswert geworden sei, da ja in wenigen Jahren speziell die Generarbeiter als Invaliden außer Betrieb gestellt werden müßten. Die Unternehmerpresse wird diese Ausführungen natürlich als eine „sozialdemokratische Dege“ hinstellen, die jeder Begründung entbehrte. Doppelt interessant ist es daher, daß die allergrößten aller Arbeiter, die Hirsch-Dunderscheren Gewerksvereiner, auf ihrer Jubiläumskonferenz zu Duisburg geäußert waren, wider Willen Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ wurden — von allen Rednern Klagen über übermäßige Arbeitszeit und unzulängliche hygienische und sanitäre Einrichtungen in den einzelnen Werken“ geführt!

Man verwies darauf, daß die geschlichen Ruhepausen nur auf dem Papier ständen, bei der starken Inanspruchnahme der Werke hieße es möglichst viel schaffen, und so komme es in vielen Betrieben vor, daß die Maßzeiten, für die die Kaufen bestimmt seien, während der Verrichtung der Arbeit selbst eingenommen würden. „Die Sonntagsruhe werde völlig umgangen, indem die Betriebe für einen Sonntag nach dem anderen die Erlaubnis zur Arbeit nachsuchten und sie merklich ürdigerweise auch erhielten.“ Was ist da „merklich“? Die Polizei ist doch kein — Feind der Unternehmer? Und in Rheinland-Westfalen!

Die „Frankfurter Zeitung“, welche bekanntlich täglich die fetten Dividenden dieser Unternehmer verkündet, muß notgedrungen weiter berichten: „Nur so könne man es sich erklären, daß beispielsweise ein Arbeiter im Februar d. J. der 696 Stunden überhaupt hatte, davon 504 im Werke mit Arbeit zubrachte.“ In einzelnen Betrieben herrsche sogar noch eine Arbeitszeit bis zu fünfzehn Stunden.“ „Fünfzehn Stunden.“!

Wahr kann man doch wahrlich nicht von den Arbeitern verlangen! Tag und Nacht ist er im Betriebe tätig gewesen; von einem Familienleben, welches bekanntlich nur die — Sozialdemokratie vernichten will, kann doch hier wahrlich keine Rede sein! Ist es denn da schwer zu erraten, wer eigentlich das Familienleben zerstört und wer es wieder ermöglichen will? O diese Deutler! Ist es deshalb notwendig, über die „hohen Jahreslöhne“ dieser Arbeiterkategorie zu jubeln? Das Geld wird doch sauer genug verdient! Und das Mißo der Arbeit? Der Bericht der „Frankf. Zeitung“ erklärt: „Die Folgen dieser enormen Anspannung der Arbeitskraft zeigten sich gar bald in den ungeündesten Erkrankungen, von einem regelrechten Familienwesen des Arbeiters wäre überhaupt nicht mehr zu reden; Krankheit und Sichtung resp. eine frühe Auflösung durch den vorzeitigen Verfall der Kräfte sind die nächsten und schlimmsten Folgen!“

Wie schwer muß es dem Unternehmerblatte und Publikationsorgan der Werke gefallen sein, diesen Bericht zu bringen! Die Öffentlichkeit weiß aber auch, daß die darin erhobenen „Forderungen“ der „Hirsch“, diesen himmelstreichenden Mißständen abzuhelfen, ebenso auf dem Papier stehen bleiben, als die vorgeschriebenen gesetzlichen Ruhepausen. Die Konferenz forderte — natürlich nur durch eine Resolution — eine allgemeine zehnstündige Arbeitszeit in den Hütten, Walzwerken, eine achtstündige für die Feuerarbeiter, „Einschränkung des Ueberstundenwesens“, „Verbot der Sonntagsarbeit“, „Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Betrieben“ usw. Interessant ist es auch, daß der Bericht erwähnt, daß die „Hirsch“ auch die Wohlfahrtspflege der Unternehmer kritisiert haben, die „direkte und auch indirekte Warenlieferung an die Arbeiter durch die Arbeitgeber“ unterjocht seien wollen. Außer den Werken von Thyssen, Blönig usw. wurde als ganz besonders rüchständig in ihren hygienischen Anlagen die Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen scharf kritisiert, obwohl gerade die Firma Krupp sich auf ihre Wohlfahrtsanstalten ein großes Stück einbildet! „Ein Ueberfülltes Kesselwasser“ sei in Werken als „Trinkwasser“ nur vorhanden! — „Die Gewerbeinspektion genüge nicht, die Werks- und Betriebsleiter verstanden es immer, die Kontrollbeamten hinter das Licht zu führen!“

Haben wir das nicht schon immer gesagt? Das Zammergekläre der „Hirsch“ wird nun durch den Bericht der Vereinsgenossenschaft sehr wirksam ergänzt: Es wurden im Jahre 1906 insgesamt: 32444 Unfälle angemeldet!

Auf 1000 Versicherte entfielen durchschnittlich 199 Unfälle! Besonders mörderisch muß die Arbeitsweise im Bezirk Oberhausen sein! Hier war der Durchschnitt gar 240 Unfälle. Ihm folgt das „Königreich Krupp“ mit 218 Unfällen im Durchschnitt. Das Blut floß also in Strömen, Arbeiterblut färbte die „rote Erde“ Westfalens! Man beachte nur folgende Tabelle des Berichts:

Table with 4 columns: Sektion, Zahl der Unfälle, auf 1000 Versicherte entfielen, Todesfälle. Rows include I. Essen, II. Oberhausen, III. Düsseldorf, IV. Koblentz, V. Aachen, VI. Dortmund, VII. Bochum, VIII. Dagen, IX. Siegen, and a Summa row.

201 Tote trug man vom Schlauffelde der Industrie; Tausende von Krüppeln verließen den Kampffeld, führen jetzt den ungleichen Kampf um die lange Rente!

Und wer trägt die Schuld an den vielen Unfällen? Nach dem Bericht der Unternehmer — natürlich die Verletten selbst. „Die größte Zahl der Todesfälle ist auf leichtsinniges Verhalten und Nichtbeachtung der gegebenen Vorschriften durch die Getöteten selbst oder deren Mitarbeiter zurückzuführen!“ Das ist die Grabrede der hartberzigsten Unternehmerklasse, die ihre Arbeiter bis zu 15 Stunden am Tag noch ausbeuten! Nicht zugeben wollen, daß gerade diese unendlich lange Arbeitszeit die Hauptursache der Unfälle ist. Nur so nebenbei erwähnt der Bericht, daß auch der „Arbeiterwechsel“ an der Steigerung der Unfallziffer beteiligt sei: „Der Arbeiterwechsel war der bis dahin lebhafteste und betrug 49 Prozent der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter, gegen 46—39 Prozent in den Vorjahren.“ — Uementprechend ist auch die Zunahme der Verletzungen im ersten Jahre der Beschäftigung auf den Werken. Die Zahl der Verletzungen ist 43,4 Prozent gegen 38—34 Prozent der Vorjahre. Im ersten Jahre der Beschäftigung mit der unfallbringenden Arbeit war der Satz 47,8 Prozent gegen 44,8—40,7 Prozent der Vorjahre.

Und wer trägt die Hauptschuld an diesem ganz enormen Arbeiterwechsel? Der Kapitalismus selbst. Er wird es aber nie eingestehen; bezahlt ja nur die Arbeitskraft. Die Person des Krüppels kümmert ihn gar nichts!

Und das Fazit des Kampfes der Kernsten um ihre Rente! Nach dem Bericht erlebten die Schicksalgerichte: „1003 Verurteilungen der Verletzten zugunsten der Vereinsgenossenschaft und nur 274 zugunsten der Verletzten.“

Auch das Reichsversicherungsamt hat getreulich nach. Von den Rekursen der Verletzten wurden 345 als „unbegründet zurückgewiesen“, nur 55 anerkannt.

Die Vereinsgenossenschaft siegte dagegen von ihren Rekursen noch in 21 Fällen, hatte nur in 11 Fällen „Pech“!

Wer wird nach alledem das Los der Arbeiterschaft in den Hütten- und Walzwerken Westfalens und Rheinlands beneiden? Man wird dagegen den großen Kampf derselben um Besserung ihrer Lage mit großem Interesse verfolgen. Es tagt langsam in diesem Industriebezirk! Wahrlich es ist Zeit!

14. Internationaler Kongreß für Hygiene und Demographie.

Die Hauptarbeit des Kongresses liegt in den Sektionen, deren 9 gebildet worden sind. Die Konstituierung der Sektionen hat sich in folgender Weise vollzogen: Die erste Sektion für hygienische Mikrobiologie und Parasitologie hat zum Präsidenten Geh. Medizinalrat Flügge-Breslau, Sektion 2 für Ernährungs-hygiene und hygienische Physiologie Präsident Geh. Medizinalrat Dr. Rubner-Berlin, Sektion 3, Hygiene des Kindesalters und der Schule, Präsident Geh. Medizinalrat Dr. Geubner, Sektion 4, Verunreinigung und Fürsorge für die arbeitenden Klassen, Geh. Rat Dr. Kentz, Sektion 5, Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten und Fürsorge für Kranke, Geh. Rat Dr. Gaffky, Sektion 6a, Wohnungs-hygiene der Ortschaften und Gefässer, Präsident Ober-Medizinalrat Dr. Gruber, Sektion 6b, Hygiene des Verkehrswesens, Rettungswesens, Geh. Sanitätsrat Schwachten, Sektion 7 für Militärhygiene, Kolonial- und

Ueber die

Wohnungsfürsorge für Kinderbemittelte

Sprachen Cadour-Paris, Aldridge-Leicester und Prof. Fuchs-Freiburg i. B. Cadour-Paris hob hervor, daß in Frankreich die Frage der privaten und öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge zur Schaffung billiger Wohnungen von allen Seiten gefördert wurde. Die Privatwohlfahrt unterstützte Personen, die außerhande sind, ihre Miete zu bezahlen, sie verbessere Wohnungen, die sich im schlechtesten Zustande befinden und stelle sie dann Arbeitern, die einer Hilfe bedürftig sind, zur Verfügung. Neuerdings wolle man auch billige Wohnungen direkt erbauen. In gleicher Weise fange jetzt auch die öffentliche Wohlfahrt an, sich der Wohnungsverbesserung anzunehmen. Redner spricht den Wunsch aus, daß die Wohlfahrtsanstalten, die Klöster, Hospize und andere Wohlfahrtsanstalten den Arbeitern so viele gesunde und billige Wohnungen zur Verfügung stellen als nur irgend möglich ist. Als Mittel zu diesem Ziele macht der Redner folgende Vorschläge: 1. Verlosung ihres Mobiliar-Erbes so, daß möglichst viel Lose für Bauplätze an den Markt gebracht werden; 2. sie könnten die Bildung von Gesellschaften zum Bau billiger Häuser dadurch erleichtern, daß sie Aktien und Schuldverschreibungen dieser Gesellschaften erwerben; 3. könnten sie in Fällen von großer Bedürftigkeit selbst Häuser bauen, die allmählich gegen jährliche Abzahlung verkauft werden. — Aldridge, Sekretär des Nationalrats für Wohnungsreform in England, ist der Meinung, daß mit Ausnahme besonderer Fälle die Wohnhäuser, die den Kinderbemittelten gewidmet sind, auf billigen Gelände an der Peripherie und nicht auf dem teuren Baugrund im Mittelpunkte der Städte erbaut werden. An der Herstellung der Wohnhäuser müßten sich Privatunternehmungen, philanthropische Privatgesellschaften und die Stadtbehörden beteiligen. Die Wohnmieten müssen so gehalten werden, daß sie die Zinsen, die Amortisation, Steuern, Reparaturen usw. decken. Alle derartige Unternehmungen müßten kräftig unterstützt werden. Nach dem Vorschlage von Kämpfer-Karlruhe, der über Gartenstädte gesprochen und eine gemeinnützige Regelung der Wohnungs- und Bodenpreise empfohlen hatte, wurde folgende

Resolution

angenommen: „Der Kongreß erkläre eine wesentliche Förderung der Volksgesundheit in einer durchgreifenden Wohnungs- und Bodenbesitzreform. Er empfiehlt die Ausgestaltung der bestehenden Ortschaften sowie der Begründung neuer Siedelungen, die Ziele dieser Gartenstadtbewegung zugrunde zu legen, welche in den verschiedenen Kulturländern hygienisch vorbildliche Ansiedelungen geschaffen hat oder zu schaffen bemüht ist.“

zweiten Resolution

heißt es: „Der Kongreß tritt dafür ein, daß die Städte möglichst viel Land in Eigenbesitz zu bekommen suchen und diese Ländereien in einer Weise aufzuschließen suchen, durch die jede Spekulation ausgeschlossen wird. Wie das geschehen soll, bleibt den einzelnen Ländern und Gemeinden überlassen.“

Prof. Fuchs-Freiburg glaubt, daß die Kleinwohnungsfrage in Deutschland nicht isoliert durch Maßregeln gelöst werden kann, welche auf Beseitigung oder Verhinderung ungesunder Wohnungsverhältnisse, durch Wohnungsinspektion und Baupolizei hinführen, zur Lösung der Kleinwohnungsfrage in Deutschland ist vielmehr eine

umfassende Wohnungsreform großen Stiles

erforderlich. Prof. Fuchs schlägt hierfür vor:

- 1. Reform auf dem Gebiete des bürgerlichen Realcredits, Verbot der Beleihung von Baustellen durch Hypothekendarlehen, Einführung einer Verschuldungsgrenze oder Unterscheidung von Rekonstruktionshypotheken und einfachen Bodenschulden bei der grundbuchlichen Eintragung. 2. Landesgesetzliche Erzwingung der allgemeinen Einführung abgestufter Bebauungspläne und Bauordnung mit Unterscheidung von Wohnungs- und Verkehrsstraßen, sowie Herabsetzung der Anforderungen für Kleinbauten bzw. Bürgerhäuser. 3. Beförderung des Baues von Kleinwohnungen seitens der privaten wie der gemeinnützigen Bautätigkeit insbesondere durch Gewährung billigen öffentlichen Kredites. 4. Landesgesetzliche bzw. reichs-gesetzliche geregelte Wohnungsaufsicht. 5. Bessere Aufsicht der Bau- und Wohnungsstatistik sowie des Wohnungsnachweises. 6. Entwicklung der Verkehrsmittel, insbesondere des Schnellverkehrs für die Großstädte. Ein weiterer Punkt der neuen Sektion betrafen die Ledigenheime.

Dr. Singer-München, Direktor des dortigen städtischen statistischen Amtes, führte aus, daß die Frage der Unterbringung lediger Personen infolge der wachsenden Konzentration selbständiger Erwerbstätiger in der Industrie, im Handel und Verkehr eine steigende Verdrängung verlange. Jedoch sei es nicht tunlich, die Frage generell zu behandeln. Es müßten vielmehr die bei der bisherigen Unterbringung der Ledigen aufgetretenen Mängel und ebenso manche Vorteile durch exakte Erhebungen zunächst festgestellt werden. Neben den hygienischen Mängeln schlechter Wohnungen und neben den Mängeln persönlich städtischer Art ungeeigneter Wohnweise sind zahlreiche Fälle vorhanden, in welchen durch die Aufnahme von Mietermieten der an sich ausreichende Wohnraum ungenützt wird. Es sei deshalb zu fordern:

- 1. Wo stark fluktuierende Bevölkerung, wie in den Großstadtkernen des Verkehrs und der Industrie vorhanden ist, sollen moderne Unterkunftsstätten, welche nach Art der englischen Rowton-Häuser mit allen hygienischen und wirtschaftlichen Vorzügen ausgestattet sind, geschaffen werden. Die Anlage ist nur dann rentabel, wenn sie in großem Maßstabe erfolgen kann. 2. Einen speziellen Fall bilden die Ledigenhäuser der industriellen Werke, bei welchen eventuell Rücksicht auf die Umwandlung in Familienwohnungen genommen werden soll. 3. Für die Unterbringung ständig beschäftigter Personen erscheinen Heime nach dem Muster des Stuttgarter Arbeiterheims als zweckmäßigste Lösung. 4. Aufgabe der Wohnungsinspektion auf dem Gebiete der Teilvermietung ist es, dahin zu wirken, daß die bei dem Mietermietwesen noch verbleibenden Nachteile mehr und mehr vermieden werden.

In der dritten Sektion sprach Dietrich-Steglich über das „Fürsorgewesen für Säuglinge“.

Die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre mache einen wesentlichen Teil der Gesamterblichkeit aus, in Deutschland etwa ein Drittel. Die hohe Kindersterblichkeit sei ein wirtschaftliches und nationales Unglück, weil zahlreiche volkswirtschaftliche Werte alljährlich unter erheblicher Belastung der Betroffenen zwecklos geschaffen und vorzeitig wieder vernichtet werden, und weil die Ursachen der hohen Kindersterblichkeit zugleich die Widerstandsfähigkeit der überlebenden Säuglinge herabsetzen und die Kraft der Nation in ihrem Nachwuchs schwächen. Diese nationale Gefahr gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß die Zahl der Geburten von Jahr zu Jahr abnimmt. Sie legt den öffentlichen Faktoren im Staate die Pflicht auf, geeignete Fürsorgemaßnahmen zum Schutze der Säuglinge zu treffen. Weichardt-Dietrich sagt zunächst eine allgemeine Fürsorge durch Belehrung und praktische Maßnahmen ins Auge, in letzter Beziehung unter anderem eine Förderung der Geburts- und Wochenhygiene und eine allgemeine Wiedererziehung des Stillens der Säuglinge. Dazu gehört auch eine Verbesserung der Ausbildung und der materiellen Lage der Hebammen. Für das Werden und Gedeihen des Kindes ist die Fürsorge für die Mutter eine ausserordentlich lange Zeit vor und nach der Geburt von der größten Bedeutung. Redner macht dann besondere Vorschläge für eine bessere Fürsorge für die obdachlosen, elternlosen und sonst fürsorgebedürftigen Säuglinge. Es schloß sich an den Vortrag eine Besprechung der Frage der Säuglingsheime und der Frage der Hebung des Hebammenstandes. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche sich für die

obligatorische Schwangerschafts- und Wöchnerinnenversicherung

auspricht. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Armenkassen war das in der 2. Sektion gestern behandelte Thema. Die Ausführungen des Medizinalrats Professor Max Rubner gipfelten in folgenden Sätzen:

- 1. Unter Armenkost ist eine Kost zu verstehen, welche aus Mangel an Subsistenzmitteln aus genutzmittelfarmen, billigen Vegetabilien zusammengesezt werden muß, und zur Erhaltung eines normalen Körpergewichtes, wie es der Körpergröße entspricht, nicht genügt. 2. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Armenkassen sind demnach zu suchen in erster Linie in der Herabsetzung des Ernährungszustandes der davon Betroffenen; daraus folgt die Verminderung der Arbeitskraft dieser Klassen, ihre geringere Verwendbarkeit, die hohe Krankheitsziffer und Mortalität, die stark Inanspruchnahme der Krankenanstalten, wahrlich nicht auch die Neigung der Unfälle und traumatischen Verletzungen, das körperliche Zurückbleiben der Kinder solcher Kinderernährten, die Gefahren dieser Klasse als erste Nährböden bei Epidemien, ferner ist bedeutungsvoll die Rückwirkung solcher Kost auf den Gemütszustand. 3. Ein Mensch ohne zureichenden Ernährungszustand ist von hygienischer Seite betrachtet stets minderwertig zu bewerten, es muß das Bestreben sein, die Zahl solcher Personen zu vermindern. 4. Unter allen Umständen ist die Ernährung der Arbeiter mit stärkerer Muskelarbeit so zu gestalten, daß erstere zur Erhaltung eines kräftigen Körpers hinreicht. 5. Unzureichende Ernährung ist nicht immer als Wirkung eines ungenügenden Einkommens anzusehen, sondern kann in schlechter Führung des häuslichen Budgets, unzureichender Ernährung, mangelnder Kochkunst, ferner auf den Genuß alkoholischer Getränke beruhen. 6. Zum Studium der öffentlichen und Volksernährung ist die Errichtung einer staatlichen Zentralkasse, eines Nahrungsamtes, unabwendlich.

Zu demselben Thema sprach auch noch Blaubeerg-Obersta. Seine Ausführungen stützten ein Zuhörer dahin: Der russische Professor gab sich als Gegenpart eines deutschen, spitzfindigen Theoretikers. Er übersprang kühn all den theoretischen Miß- und Mißweltschmerz der Gelehrter. „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“, und so sei es die Devise der russischen Ärzte zu helfen, zu helfen mit dem Geringsten der Brüder. Er kam dann auf die Ernährung der Bevölkerung zu sprechen während der chronischen Hungerjahre in Rußland und wies nach, daß so und so viel Gramm Eiweiß pro Hungernden tagtäglich verabreicht werden konnte. Die Diskussion bewegte sich in scharfer Kurve nach abwärts, und ein deutscher Privatdozent glaubte wissenschaftlich den Nachweis führen zu können, daß in Rußland eigentlich verfluchte Gurmands — die „Hungernden“ seien — nur so und so viel Gramm Eiweiß wären nötig, — volkswirtschaftlich also — eine Ueberernährung.

Der Russe hatte recht, — einem Hungernden rechnet man das Zentigramm Eiweiß nicht nach, — ein bißchen Ethil, werter Kollege, so schloß er seine interessanten Ausführungen.

Professor Czerny-Breslau sprach über

Die Ueberarbeitung in der Schule.

Seiner Ansicht nach ist eine Ueberarbeitung durch die Schule für normale Kinder von keiner Seite erwiesen. (1) Die Krankheitssymptome, welche auf Ueberarbeitung gezogen werden, sind zu meist Folgen der Wärmestauung bei mangelhafter Ventilation der Schule. Objektiv feststellbare Störungen durch angebliche Ueberarbeitung in der Schule finden sich nur bei nervös veranlagten Kindern. Als prophylaktische Maßnahme ist eine zweckmäßige Erziehung der Kinder im Hause schon vor dem Schulbesuch und auch während der Schulzeit in Betracht zu ziehen. In der Diskussion trat Prof. Griesbach-Mühlhausen, Vorsitzender des Deutschen Vereins für Schulhygiene, der Ansicht des Referenten entgegen. Er berichtete gleichzeitig über die einschlägigen französischen Verhältnisse und teilte mit, daß eine Ueberbürdung der Schüler in Frankreich in allen Lehranstalten vorhanden sei, von den Kleinkinderschulen angefangen bis hinauf zu den Lyceen.

In der vierten Sektion sprach Regierungsdameister Eisner-Berlin über

die Ermüdung durch Berufsarbeit.

Er hat eine Umfrage bei den Industriellen verschiedener Berufszweige veranstaltet und bestätigt gefunden, daß von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen, der deutsche, normale, d. h. gesunde, auf die Arbeit und die Arbeitsstelle eingewöhnte Arbeiter in der heute normalen Arbeitszeit ohne erhebliche Ueberstunden, bei den heutigen Fabrikeinrichtungen und unter den heutigen sozialpolitischen Verhältnissen berufsmäßiger Pflicht bis zu einer Ermüdung arbeitet, welche ihn dauernd schädigt. Da aber ohne Zweifel jedes bei Versuchen über eine Gesundheitschädigung infolge von Ermüdung gefundene Ergebnis die weitere Durchführung des sanitären maximalen Arbeitstages unterstützen, so verhalte er sich nicht gegen das Stadium der Ermüdung im allgemeinen ablehnend. Vorher sei aber eine vorbereitende Untersuchung ratsam, wie eine möglichst vollständige Gesundheitsgeschichte eines jeden Arbeiters zu erreichen wäre. Ohne eine solche wäre die Ermüdung eines einzelnen Arbeiters medizinisch und physiologisch nicht sicher festzustellen. — Regierung- und Geh. Medizinalrat Dr. Roth-Potsdam: Um einer chronischen Uebermüdung vorzubeugen, müsse die Arbeitsintensität der Leistungsfähigkeit des Arbeiters angepaßt sein. Je anstrengender die Arbeit und je weniger ausreichend die Arbeitspausen sind, um die Ermüdungsstoffe fortzuschaffen, um so früher tritt Ermüdung ein und um so länger muß die Arbeitsdauer bemessen werden. Betriebsgefahren, hohe Temperaturen, gezwungene Körperhaltung, hohe Feuchtigkeitsgrade, heftige Erschütterungen, einseitige Inanspruchnahme einzelner Muskeln, unzureichende Ernährung und ungeeignete Lebensführung beschleunigen den Eintritt der Ermüdung. Es muß in allen gewerblichen Betrieben auf ausreichende Zufuhr frischer Luft gesehen werden. Durch Förderung aller auf eine rationelle Ernährung gerichtete Maßnahmen, Fernhaltung von alkoholischen Getränken und sonstige geeignete Maßnahmen wird einer ungünstigen Einwirkung dieser Faktoren zu begegnen sein. Arbeiten, die an die Verantwortlichkeit und Aufmerksamkeit der beschäftigten Personen besondere Anforderungen stellen und die mit andauernder geistiger Anstrengung einhergehen, sind geeignet, den vorzeitigen Eintritt der Ermüdung zu begünstigen. Dasselbe gilt unter Umständen von Einsinnigkeit der Arbeit. Für die Beurteilung etwaiger Berufsschäden im allgemeinen und der Folgen körperlicher oder geistiger Ueberanstrengung im besonderen sind außerdem von einer entsprechenden Vorbildungsstufe der Krankenanstalten, die außer Zugehörigkeit zum Verste auf die Altersgrenze zu berücksichtigen hätte, wertvolle Aufschlüsse zu erwarten. Privatdozent Dr. Trebes-Turin hält es für höchst wünschenswert, daß alle Regierungen nach dem schon jetzt in Belgien, Holland, England und anderen Staaten vorhandenen Beispiel neben der gesetzlichen technischen Ueberwachung der Arbeit und Arbeitszeit eine planmäßige ärztliche Ueberwachung einführen.

Reichslügenverbands-Zeitungsschreiber.

Nachdem erst vor einigen Tagen der Redakteur eines Reichslügenverbandsblattes in Zürich wegen Verleumdung der Sozialdemokratie bestraft worden ist, wurde nun auch in Augsburg das Handwerk eines Zeitungsschreibers des Reichslügenverbandes vor Gericht näher beleuchtet. Der Journalist Eduard Ossensbrunner in Augsburg hat — wie er behauptet — von der Maschinenfabrik Augsburg in seiner Eigenschaft als Reichsjournalist der Direktion und als journalistischer Kommandeur der „Gelben“ einen Artikel zum Abdruck in seinem Winkblatt „Stadtauskas“ erhalten, worin, speziell auf Augsburger Verhältnisse zugeschnitten, den Arbeiterführern Schlemmerischen auf Kosten der Arbeiter und anderer vorgeworfen wurde. Auf Kosten der Maschinenfabrik ist der Schmähartikel dann in mehreren tausend Exemplaren als Separatdruck vor der Fabrik an die Arbeiter verteilt worden.

Dem Sekretär der Augsburger Metallarbeiter, Genossen Bernthal, waren diese Lügenbeuteln nun doch etwas zu stark. Er stellte Privatklage an. Ossensbrunner wurde vom dortigen Schöffengericht freigesprochen. Die Verleumdung ging dahin, der Artikel enthalte zwar schwere Verleumdungen, aber es sei der Beweis nicht erbracht, daß damit der Kläger Bernthal gemeint sei.

In der Berufungsvorhandlung vor dem Landgericht Augsburg wurden nun zwei Sachverständige benommen darüber, ob mit dem Artikel Bernthal als Arbeiterführer gemeint sein und ob Bernthal überhaupt als „Arbeiterführer“ gelten könne. — Genosse Bernthal hatte den Rechtsbeistand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Rechtsanwalt Schweizer-Stuttgart, als Sachverständigen, der Ossensbrunner dagegen den Direktor der Maschinenfabrik, Dr. Guggenheimer, einen früheren Landgerichtsrat, als Sachverständigen laden lassen. — Rechtsanwalt Schweizer bestrich die Tätigkeit eines Gehilfenführers im allgemeinen und kam zu dem Schluß, daß ein solcher, von dessen Fähigkeit und Talent die ganze Bewegung am Orte abhängt, ohne weiteres als „Arbeiterführer“ im üblichen Sinne gelten könne. — Der juristische Fabrikdirektor und Oberstaranwalt des bayerischen Industriellenverbandes „Bewies“ das Gegenteil. Selbstverständlich wollte auch der angeklagte Zeitungsschreiber der Großindustriellen den Kläger mit den Verleumdungen „nicht gemeint“ haben; seine Ausflüchte machten einen jämmerlichen Eindruck.

Das Gericht hob die erstgerichtliche Freisprechung auf und verurteilte den Beauftragten der Großindustriellen zu 10 Mark Geldstrafe, Urteilspublikation und Tragung aller, auch der dem Privatkläger erwachsenen Kosten.

Trotz aller Beurteilungen werden wohl die Reichsverbandsagenten das Verleumden der Arbeiterbewegung und ihrer Führer selbstverständlich fortsetzen — es ist ja ihr Geschäft. Und daß sie freigesprochen oder geringfügige Strafen erhalten, darf man insbesondere nach dem „Gutachten“ ihres Mitarbeiters nicht für ausgeschlossen halten.

Gerichts-Zeitung.

„Die nationale Krüdengarde.“

In Döspel bei Dortmund kämpften die Genossen jahrelang um die Erringung eines Lokals. Auch der Wirt B. folgte den Einflüsterungen und dem Druck der „nationalen“ Gegner und verweigerte sein Lokal der Partei wie auch den Gewerkschaften zu Vermählungen. Nun griffen unsere Genossen zum Vorfott. Nach langem hartnäckigem Kampfe kapitulierten der Wirt und stellte sein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung. Der Vorfott wurde aufgehoben. Die Vorfottkommission veröffentlichte in der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ einen Aufruf an die Gewerkschaftler und Parteigenossen, den Sieg auszunützen, damit die nationale Krüdengarde nicht wieder an Einfluß gewinne.

Wie sehr diese Niederlage gewissen „nationalen“ Elementen schmerzte, bewiesen der Rektor Fischer und zwei „nationale“ Vergleiche von Döspel dadurch, daß sie gegen den Genossen Arno Franke, den Redakteur der „Arbeiterzeitung“, wegen der Worte „die nationale Krüdengarde“ Privatklage einreichten, obgleich kein Mensch an die drei Personen auch nur gedacht hatte. Es sollten durch die Wendung nur ganz allgemein die gesamten Gegner bezeichnet werden.

Das Dortmunder Amtsgericht konnte zuerst auch nicht begreifen, wie sich gerade die drei Personen durch den Artikel beleidigt fühlen konnten und lehnte die Erhebung wegen ungenügender Begründung ab. Die angeblich Beleidigten erhoben Beschwerde. Das Dortmunder Landgericht gab dieser statt und ordnete die Strafverfolgung an.

Nun hat am Dienstag vor dem Dortmunder Schöffengericht die Hauptverhandlung stattgefunden. Die Strafantragsteller legitimierten sich als Kläger damit, sie seien Mitglieder eines nationalliberalen Vereins, jeder Genosse in Döspel lache sie aus, dem müsse ein Ende bereitet werden. Durch den Ausdruck „nationale Krüdengarde“ seien die Mitglieder des nationalliberalen Vereins, also auch die Kläger, als geistige Krüppel hingestellt worden.

Vergeblich wandten der Beklagte und sein Rechtsbeistand ein, daß mit der Bezeichnung „nationale Krüdengarde“ die gesamten Gegner gemeint gewesen seien. Es gebe doch in Döspel auch noch einen Kriegerverein und sonstige „nationale“ Elemente. Das Gericht nahm an, daß mit der Bezeichnung „nationale Krüdengarde“ die drei Kläger beleidigt worden seien und verurteilte den Genossen Franke zu 20 Mark Geldstrafe.

Da Genosse Franke in der Verurteilung der „nationalen Krüdengarde“ anderer Meinung ist, wie das Schöffengericht, so wird auch das Dortmunder Landgericht sich noch mit der Sache befassen müssen. Wir sind zwar auch der Meinung, daß das Urteil völlig unbillig ist. Es ist doch ein gar seltsames Stück, daß ein Redakteur deshalb 20 M. kassieren soll, weil ein paar Leute durch Gericht festgestellt wissen wollen, wenn von geistigen Krüppeln die Rede sei müßten sie damit gemeint sein.

Absperrung der Arbeitsstätte beim Strafbau.

Hohe Schadenersatzansprüche macht der Kriminalkommissar a. D. E. in Bielefeld gegen die Maurermeister L. und A. dortselbst geltend. E. ist am 8. März 1901, abends gegen 9 Uhr, als er das Hotel „Zur Krone“ in Bielefeld verlassen hatte, wo er sich zur Erledigung eines Amtsgeschäftes aufgehalten, über eine Schür gefallen, welche Arbeiter der Beklagten gezogen hatten, um das Publikum vom Betreten einer zu pflasternden Straßensackgasse abzuhalten. Durch den Fall erlitt er Kopfverletzungen, die ein Verbleiben zur Folge hatten, durch welche letzteres er dienstunfähig wurde. Seine Ersatzansprüche belaufen sich auf 1074,55 Mark Heilungskosten sowie 10 000 Mark Schmerzensgeld und weitere 1127,90 Mark Heilungskosten, neben einer Rente wegen vermindelter Erwerbsfähigkeit in steigenden Beträgen bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres und Gewährung von Pensionen und Erziehungsgebern nach seinem Tode für seine Witwe und seine Kinder.

Das Landgericht Bielefeld erkannte nach diesen Anträgen. Daßgegenüber änderte das Oberlandesgericht Hamm die Ansprüche des Klägers dahin ab, daß es das Schmerzensgeld auf 4000 M. ermäßigte und die für die Hinterbliebenen erhobenen Ansprüche für den Todesfall des Klägers abwies.

Das Berufungsgericht nimmt ein Verbleiben der beiden Beklagten an der Entstehung des Unfalles und des dem Kläger dadurch entstandenen Schadens an. Die Beklagten hätten als Unternehmer der Pflasterarbeiten das Publikum vor der Gefahr sichern müssen, dadurch zu Schaden zu kommen. Die Schür, die von ihren Arbeitern auf dem Bürgersteige der verkehrsreichen Bahnhofsstraße und gerade vor dem Ausgange eines vielbesuchten Hotels gespannt worden sei, habe am Abend auch bei ordnungsmäßiger Straßenbeleuchtung schwer wahrgenommen werden können und sei deshalb für den Verbleib gefährlich gewesen, selbst wenn sie, wie die Beklagten behauptet haben, ursprünglich 60 Zentimeter hoch straff gespannt worden sei, da sich voraussehen ließ, daß alsbald jemand gegen die nicht sichtbare Schür anlaufen und sie dadurch lockern und herunterziehen würde. So sei es auch geschehen und als der Kläger stürzte, habe die Schür sich nur noch 15—20 Zentimeter vom Erdboden befunden; dadurch sei der Kläger über die Schür gefallen und verletzt worden. Die Beklagten hätten als Unternehmer jedenfalls für die Anbringung einer Sturmlaterne an der Schür Sorge tragen müssen. Das sei von ihnen schuldhaftweise unterlassen worden und sie könnten sich nicht darauf berufen.

daß sie die Maßregeln zur Sicherung des Publikums ihren erprobten Arbeitern hätten überlassen dürfen, denen alle erforderlichen Geräte, auch Laternen, an deren Lagerorte zur Verfügung gestanden hätten. Die Laternen hätten am Arbeitsplatz vorhanden sein und auch zur Verwendung gelangen müssen. Siege darin, daß dies nicht geschähe, eine Fahrlässigkeit der Beklagten, so sei es unerheblich, daß der Beklagte A. die Arbeiten am Unfalltage kontrolliert habe, da diese Kontrolle eben ohne Erfolg geblieben sei. Ein eigenes mitwirkendes Verschulden des Klägers wird vom Berufungsgericht nicht angenommen.

Das Urteil des Oberlandesgerichts hatten die Beklagten durch das Rechtsmittel der Revision beim Reichsgericht angegriffen, indem sie sich auf die falsche Anwendung des § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches beriefen und geltend machten, daß sie zuverlässige Arbeiter besäßen und auch einem Angestellten den Auftrag erteilt hätten, die nötigen Vorsichtsmaßregeln anzuwenden. Der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision.

Das schwere Urkundenfälschung sein kann!

Ein Arbeiterdrama spielte sich am Dienstag vor dem Schwurgericht in Halle ab. Der Arbeiter Karl Grahl von Schloßberg, ein Familienvater von sechs unermöglichen Kindern, besaß eine Arbeiterwochenfahrkarte nach seiner Arbeitsstelle in Leipzig. Als am 18. Juni seine Frau das stehende Kind gebar, mußte der Mann wegen schwerer Erkrankung seiner Frau drei Tage zu Hause bleiben. Da er nun seine Wochenkarte nicht ausnutzen konnte, änderte er den Ausstellungsdatum der Karte vom 19. Juni in den 22. Juni um. Damit wollte er die Geltungsdauer um drei Tage verlängern, da er durch die Entbindung seiner Frau Schaden gehabt. Bei der nächsten Fahrt erwiderte aber der Bahnsteigwächter die in bitterster Not begangene Fälschung. Der Eisenbahnfiskus vertat den Standpunkt, es sei der Versuch gemacht worden, ihn um ganze 72 Pfennig zu schädigen und Arbeiter Grahl, der mit seiner Frau unter Tränen sein Schicksal beklagte, kam wegen schwerer Urkundenfälschung und verbotenen Verkehrs vor das Schwurgericht. Man empfahl dem Unglücklichen die Beibringung des Gnadenweges, verurteilte ihn aber zunächst zu der niedrigsten zulässigen Strafe von drei Monaten Gefängnis, weil es das Gesetz so verlangt.

Begegnung mit einem Schutzmännchen.

Eine Anklage wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung führte gestern den Maurer Nicolaus Gries vor die 2. Strafkammer des Landgerichts II. Der Angeklagte hatte am 29. Dezember v. J. an den Polizeipräsidenten v. Borries eine Beschwerde über den Schutzmännchen Kalläne gerichtet. Er behauptete darin, daß er am 9. Dezember an der Haltestelle der Hochbahn in der Wollowstraße den Schutzmännchen um Auskunft gebeten habe, wie er auf dem kürzesten Wege nach der Goltzstraße komme. Der Schutzmännchen habe ihm aber gar nicht geantwortet und als er sich darüber beschwerte und seinen Namen verlangte, habe ihn der Schutzmännchen ins Gesicht gepackt und ihm gesagt, er solle sofort mit zur Wache kommen. Unterwegs habe ihm der Schutzmännchen eine Ohrfeige gegeben und ihn mit den Worten beschimpft:

„Dem Schöneberger Strich werden wir es schon besorgen!“

Auf der Treppe zur Wache habe er nochmals einen Stoß ins Gesicht bekommen, so daß er hingefallen sei, und dann habe ihm der Schutzmännchen noch einen Fußtritt gegen den Leib gegeben. Diese Angaben des Angeklagten sollen wissenschaftlich falsch sein. Sie wurden auch durch die Behauptungen der vernommenen Zeugen nicht voll bestätigt. Die Zeugen haben nur gehört, daß der Angeklagte den Schutzmännchen nach der Goltzstraße fragte und dann gesehen, daß der Schutzmännchen den Angeklagten am Genick packte und ihn mit zur Wache nahm. Ein Zeuge hat wahrgenommen, daß der Angeklagte dem Schutzmännchen sehr schroff entgegengetreten ist. Er habe dem Beamten sehr laut zugerufen: „Ich habe Sie anständig gefragt und Sie haben mir anständig zu antworten“, dann habe er gedroht, sich über ihn zu beschweren und schließlich verlangt, daß ihm der Schutzmännchen zur Wache folge. Darauf habe ihn der Schutzmännchen ins Gesicht gefaßt und mitgenommen. Von einer Ohrfeige, die dem Angeklagten auf der Straße verabsichtigt sein soll, haben die Zeugen nichts gesehen. Ein Zeuge hat bemerkt, daß der Angeklagte, als er von der Wache wieder herunterkam, Kratzen und Schreien hatte, dieselbe Bemerkung hat ein Maurer am nächsten Tage gemacht, der mit dem Angeklagten auf demselben Bau arbeitete. Der Schutzmännchen Kalläne bestritt entschieden, den Angeklagten gedroht oder sonst irgendwiesem gemißhandelt zu haben. Der Angeklagte habe ihn in sehr lauter Weise nach der Goltzstraße gefragt und obgleich er die gewünschte Auskunft erhalten, noch vandalisiert und ihm Vorwürfe gemacht, jedoch er ihn schließlich zur Wache bringen müssen. Auf dem Wege dorthin habe sich der Angeklagte heftig seiner Fortführung widersetzt und sich auf der Treppe zur Wache auf die Erde geworfen. Dies wurde von einem Kollegen des Schutzmännchen Kalläne bestätigt, ebenso daß letzterer von dem Angeklagten am Arme blutig gefaßt worden sei. Nach dem Gutachten des Nervenarztes Dr. Kemper, der den Angeklagten schon längere Zeit behandelt und als ruhigen, anständigen Menschen kennt, liegt die Möglichkeit vor, daß der Angeklagte infolge der Arteriosklerose des Gehirns im Dämmerzustande sich befunden und die Anzeige eine Folge einer Erinnerungsfälschung sein könne. — Der Staatsanwalt beantragte trotzdem einen Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil nach dem Gutachten des Sachverständigen nicht feststehe, daß der Angeklagte die Anzeige in dem Bewußtsein, daß sie falsch ist, gemacht habe.

Durch Erhebung einer Anklage gegen den Beschwerdeführer in einem Falle wie dem verhandelten, wird das Beschwerderecht des Bürgers arg gefährdet, die Ermittlung etwaiger Missetaten von Beamten erschwert und der Willkür von Beamten bedenklich weit Tür und Tor geöffnet.

Das unlesbare Rezept.

Ein durch die Unlesbarkeit eines ärztlichen Rezepts entstandenes Mißverständnis, welches schon einmal Gegenstand eines Strafprozesses vor dem Schöffengericht war, beschäftigte gestern nochmals die zweite Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstanz. Wegen fahrlässiger Körperverletzung und Uebertretung der Apothekenbetriebsordnung vom 18. Februar 1902 mußte sich der Apothekergehilfe Max Friedländer vor dem Strafrichter verantworten. Die Anklage ist die Folge einer Reihe von Mißverständnissen, die durch die fast sprachwörtliche Unlesbarkeit ärztlicher Rezepte entstanden sind. Ein Kaufmann Lesfer war im April d. J. an Furunkulose erkrankt. Von seinem Hausarzt wurde ihm ein aus Bierhefe bereitetes Präparat verordnet, welches offiziell den Namen „Furunkulin“ trägt. Auf dem fraglichen Rezept war das Wort „Furunkulin“ so unverständlich geschrieben, daß man nur die erste und die letzte Silbe mühsam entziffern konnte, während die übrigen Buchstaben nur aus Grundstrichen bestanden. Das Rezept wurde zur Anfertigung der Apotheke „zum weißen Schwan“ in der Spandauerstraße übergeben. Der dort angestellte Angestellte verles das hochgradig unlesbare Wort mit Hilfe einer Lupe zu enträtseln und erkannte, da außerdem von dem ausstellenden Arzt „Formulin“ anstatt „Furunkulin“ geschrieben worden war, nur die erste Silbe „Fo“ und dann den Schluß des Worte „lin“. Mit Hilfe des Apothekerhandbuchs stellte er fest, daß es nur ein einziges pharmazeutisches Präparat gab, welches diese Anfangs- bzw. Endsilbe trug. Es war dies „Formolin“, welches nur zu einer äußerlichen Anwendung bestimmt ist. Obwohl dies nicht besonders in dem Rezept angegeben war, liebt der Angestellte, da ihm nur die äußerliche Anwendung bekannt war, einen Zettel mit der Bezeichnung „Knechtlich“ auf die Flasche. Vorher aber Übergab er das unleserliche Rezept noch dem mit ihm in der Apotheke beschäftigten Gehilfen Bauernmann, der jedoch, wie er selbst, anstatt „Furunkulin“ das Wort „Formolin“ daraus las. Trotz des Zettels „Knechtlich“ nahm wiederum Lesfer das falsche Medikament zweifelslos ein. Dies hatte zur Folge, daß er erst recht erkrankte und längere Zeit

an das Bett gefesselt war. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Das Landgericht ging jedoch von der Ansicht aus, daß sich ein Apotheker unbedingt an die überaus klare Bestimmung des § 33 der Apothekenbetriebsordnung vom 18. Februar 1902 zu halten habe. In diesem werde ausdrücklich angegeben, daß bei einem Zweifel über die Bedeutung eines Wortes in einem Rezept in jedem Falle der ausstellende Arzt zu Rate gezogen werden müsse und erst nach Auffklärung dieses das Rezept angefertigt werden. Diese Bestimmung, die keineswegs durch einen eingeführten Brauch umgangen werden dürfe, müsse streng durchgeführt werden, da selbst mehrere Personen über die Bedeutung eines Wortes einem Irrtum unterliegen können und dadurch unter Umständen das allgrößte Unheil herbeigeführt werden kann. Da dem Angestellten in dem vorliegenden Fall die weitgehendsten Milderungsgründe zuzubilligen seien, habe das Gericht unter Aufhebung des freisprechenden Urteils wegen fahrlässiger Körperverletzung und Uebertretung der Apothekenbetriebsordnung auf 20 Mark Geldstrafe erkannt.

Für Kraftfahrer kein Chauffagegeld und kein Halten am Chauffeurhaus.

Für alle Benutzer von Kraftfahrzeugern von Bedeutung ist eine jetzt vom Kammergericht gefällte Entscheidung. Herr Raske aus Breslau war mit seinem Motorfahrzeug an der Chauffagegeldbestelle in Ostwig vorbeigefahren und hatte in der Meinung, es koste für Motorfahrzeuge 10 Pf., dem Chauffagegeldbesitzer 10 Pf. zugeworfen. Dessen Anruf, er solle halten, es koste 15 Pf., hatte er nicht beachtet, weil er nicht halten wollte, da sein Motorfahrzeug schwer anzulassen ist. Die fehlenden 5 Pf. schickte er dem Erheber zu. Von der Anklage einer Chauffagegeldhinterziehung wurde Raske freigesprochen. Dagegen verurteilte ihn das Landgericht Breslau zu einer Geldstrafe wegen Uebertretung des § 2 des preussischen Chauffagegeldtarifes vom 29. Februar 1840, wonach jeder Fahrverleiher usw. an der Chauffagegeldbestelle zu halten hat. Diese Bestimmung habe neben dem Gesetz vom 2. Mai 1900 noch Rechtskraft.

Das Kammergericht hob jedoch das Urteil auf und sprach den Angeklagten gänzlich frei. Begründend wurde ausgeführt: Es sei allerdings richtig, daß das Gesetz vom 2. Mai 1900 alle die Bestimmungen des Chauffagegeldtarifs von 1840, welche der Sicherung des Eingangs der Verkehrsabgaben diene, also auch die hier angezogene Bestimmung aufrechterhalten habe. Für Kraftfahrzeuge sei nun der allerhöchste Zusatz erlaß zum Chauffagegeldtarif maßgebend. (Von 1904.) Wenn dieser nun auch in der Ueberschrift von Kraftfahrzeugen spreche, was Kraftwagen und Kraftfahrzeuge umfasse, so bezögen sich seine Bestimmungen nach ihrem Inhalt doch nur auf Kraftwagen. Als Kraftwagen könnten aber Kraftfahrzeuge nicht gelten. Wenn der Minister in einer nachträglichen Deklaration das Gegenteil sage, so ändere dies daran nichts. Nach dem Ausgeführten finde der Chauffagegeldtarif auf Kraftfahrzeuge überhaupt keine Anwendung. Daraus folge die Freisprechung.

Haus der Frauenbewegung.

Die Frau als Kämpferin.

Eine Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die Stellung der weiblichen Arbeiterin im wirtschaftlichen Leben. Sie ist ein Faktor, dessen eminente Wichtigkeit unbestreitbar feststeht. Besonders, wer im praktischen Leben steht, wird den Wert der systematisch betriebenen Aufklärung und Heranziehung der weiblichen Leidensgefährten, die unter den Härten des blutfaugenden Kapitalismus viel mehr leiden wie der männliche Proletariat, nicht verkennen.

Die hochentwickelte Produktionstechnik, die sich mit jedem Tage vervollkommnet, dazu die raffiniert und sinnreich ausgearbeitete Methode der Teilarbeit, ermöglichen es dem Unternehmer, fast in jeder Branche ungelernete weibliche Arbeitskräfte nach Bedarf zu verwenden. Auf diese Weise ist er nicht nur in der Lage, der teuren, männlichen Arbeiter zu entgehen, nein, ihm bietet sich auch noch die verlockende Aussicht, willige und anspruchlose Arbeitsmaschinen zu erhalten; nach seinem Ideal unterwürfige, duldsame Geschöpfe, die mit jenen unzufriedenen, männlichen Elementen, die durchdrungen von ihrem Muth und Massenbewußtsein, an den Schranken seines Selbstherrschentums rütteln und energisch ihr Recht verlangen, nichts gemein haben und somit sein Traum von Ruhe und Zufriedenheit innerhalb seines Betriebes in Erfüllung gehen kann. Aber Träume sind bekanntlich Schäume und beim nüchternen Erwachen bleibt nichts zurück, als das klägliche Gefühl des Gefährts. Und dies trifft gerade im Hinblick auf die industriell tätige Frau zu. Es gibt wohl heute keinen Gewerkschaftler mehr, der nicht bis ins Innerste von der Notwendigkeit der Organisation der weiblichen, arbeitenden Proletariats durchdrungen wäre. Selbst die Christlichen und bürgerlichen „Arbeiterfreunde und -Freundinnen“ haben allerdings erst nachdem die Erfolge der freien Gewerkschaften sie aufschauerten und ihnen das Feuer auf den Ägeln brannte, wie in allen Dingen, scharfe Warnungsrufe ausgehoben und in fieberhafter Eile zur Gegenagitation gerüstet. Heute, wo die Klagen der Frauen mit einer Schärfe und Erbitterung ausgekämpft werden, wie die Weisheiten aller Zeiten kein Beispiel aufzuweisen hat, wo über 7 Millionen erwerbstätiger Frauen allein in Deutschland vor den wirtschaftlichen Kampf gestellt sind, tritt uns die enorme Bedeutung der sozialistischen Frauenbewegung geradezu in bengalischer Beleuchtung vor Augen, deren Ernst und Gewicht sich niemand verschließen kann. So arbeiten denn auch die Arbeiterorganisationen, bei denen die Arbeiterinnen infolge ihrer Anzahl und technischen Arbeitsleistung eine wesentliche Rolle spielen, in intensiver Weise an der Heranbildung der Frauen und Mädchen zu wackeren, überzeugungstreuen Kämpferinnen und Streiterinnen. In Wort und Schrift, wo und wann es nur immer möglich ist, wird zur Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage getan, was im Rahmen der heutigen Verhältnisse erreicht werden kann. Hand in Hand damit geht die politische Schulung und Aufklärung und wenn auch in dieser Hinsicht noch manches zu wünschen übrig bleibt, so sind doch die bisherigen Erfolge mit Genugthuung zu begrüßen. Wesentlich erleichtert wird diese Aufgabe dadurch, daß viele Gewerkschaften die „Gleichheit“ in üblicher Weise gratis an ihre weiblichen Mitglieder verteilen, ein Vergnügen, das nicht hoch genug zu bewerten ist und welches reiche und schöne Früchte zeitigen wird. Bist du die „Gleichheit“ mit Jug und Recht zu den bestredigtesten und ausgehaltetsten Zeitschriften überhaupt und bildet mit ihrem gemeinverständlichen, belehrenden und doch durch und durch von der wissenschaftlichen Erkenntnis der sozialistischen Weltanschauung getragenen Inhalt eine wahre Fundgrube, eine Schatzkammer für alle, die den Kampf gegen den Miesoch Kapitalismus und die Befreiung aus seiner eisernen Umarmung als ihre Lebensaufgabe erblicken.

Deshalb wird uns auch bei den heftigen und erbitterten Lohnkämpfen, welche in der heutigen Zeit mit nie gekannter Schärfe und Rücksichtslosigkeit ausgekämpft werden, der erhebende Anblick gütlich, daß die unterdrückten Lohnsklavinnen, wenn der Ruf an sie ergeht, in die Kampfbedreien zu treten, ohne Zögern, mit leitender Entschlossenheit, folgen und oft genug ihre zugehenden, pflanzenweiden männlichen Gefährten beschützen. Man wende nicht ein, daß dies nicht immer so zutrifft. Das ist ganz natürlich, aber die Ausnahme bestätigt auch hier die Regel. Auch steht fest, daß in vielen Betrieben, wo die Tätigkeit der Frauen ausgedehnt ist, jede Lohnbewegung ohne deren Unterstützung von vornherein scheitern würde.

Als billige Arbeitskraft kommt die Frau zu uns, als Werkzeu der drückenden Konkurrenz bewachtigt sich der Unternehmer ihrer, aber durch systematische Erziehung und Aufklärung wird uns in ihre eine willkommene Bundesgenossin erröthen, eine wackerer Streiterin an unserer Seite, die mit klarer Erkenntnis und glühender Begeisterung für die Befreiung aller Bedrückten und Entrechteten kämpft. Es ist eine alte Erfahrung, daß gerade diejenigen

Frauen, welche sich in unsere Anschauungen hineingelegt und unsere Ziele erkannt haben, an dem einmal Erfahren mit jeder Beharrlichkeit festhalten und eifrig, weder Zeit noch Mühe schonend, mit aller Hingebung und Aufopferung sich dem Emanzipationskampfe widmen.

Das Erwachen des Weibes aus dunkler Geistesnacht ist ein weltgeschichtliches Ereignis, eine siegverheißende Epoche! Ohne die Hülfe und Tätigkeit der Frau bleibt das Ringen und Kämpfen des Proletariats nach endgültiger Erlösung und Befreiung von dem kapitalistischen Joch doch nur erfolglos. Das unorganisierte und unwissende weibliche Proletariat ist ein Gemisch, ein Weisklumpen am Fuße der Arbeiterbewegung, dagegen eine aufgeklärte, geschulte Frauenorganisation eine vorwärtstreibende Kraft. Deshalb gilt es auch innerhalb der männlichen Arbeiterschaft mit allen rücksichtigen Vorurteilen zu brechen und trotz mancher Enttäuschungen die mitarbeitenden Genossinnen in unsere politischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen einzubeziehen und sie zu tüchtigen Vorkämpferinnen heranzubilden. Kein mühliger Versuch darf uns hierin zurückschrecken, oder uns entmutigen. Gut Ding will Weile haben und auf einen Hieb fällt kein Baum. Aber bei einigermaßen gutem Willen und in Erkenntnis der Sachlage und der zwingenden Notwendigkeit wird unser Vermögen mit Unterstützung aller geldbewußten Genossinnen auch von glänzendem Erfolg gekrönt sein.

So werden wir denn eine eiserne Macht bilden, an der jedes Angriffs seitens der herrschenden und bestehenden Klassen wirkungslos abprallt, ein unüberwindliches Heer, das mit fester Entschlossenheit und stolzer Zurechtweisung seinem Ziele näherstreitet!

Eine Dienstmädchenorganisation hat nunmehr auch Breslau. Das dortige Gewerkschaftskartell hat es in ganz kurzer Zeit verstanden, Fühlung mit den Sklaven der Küchen und Kinderstuben zu gewinnen und seine Bemühungen waren von erfreulichem Erfolg. Bereits die erste Versammlung war von über 300 Dienenden aller Art, Wäscherinnen und Schneiderinnen usw. besucht. Und über 100 von ihnen ließen sich alsbald als Mitglieder einer sofort ins Leben gerufenen Organisation einschreiben. Jetzt zählt der Verein bereits über 150 Mitglieder und wie überall legen sie einen überaus raschen Eifer an den Tag. Die Versammlungen sind stets gut besucht, die letzte von über 1000 Personen.

In der bürgerlichen Presse ist man natürlich über das Erwachen der Hausflaven wenig erbaud. Kamentlich die freisinnige — natürlich — „Breslauer Morgenzeitung“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Bewegung mit halb getauften, halb rosenroten jüdischen Weizen und Röhren „abzutun“. Aber die viel zu gefunden Mädchen geben darüber ebenso ruhig zur Tagesordnung über, wie über das plötzlich erwachte „Wohlfühlen“ der — katholischen Frauenvereine, die sie zu lapen versuchen. Auch die Polizei — für Breslau etwas Selbstverständliches — legt eine rührende Fürsorge an den Tag und kann ihre Neugierde betreffs der leitenden Personen der Bewegung kaum noch zügeln.

Eines ist bereits als glänzender Erfolg zu verzeichnen: die „Herrschaften“ bezeugen der Bewegung ihren schuldigen Respekt. Eine ganze Reihe Mißstände sind von ihnen aus Furcht vor der öffentlichen Kritik bereits abgestellt und wo das nicht geschehen, beginnt die „gnädige Frau“ mit den üblichen Drohungen mit Weisregelung usw. Neuzuzustellende Dienstmädchen werden bereits gefragt, ob sie „auch nicht etwa dem Verein angehören“. Ein schöner Ausblick für die Zukunft!

Verfammlungen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hielt am Sonntag ihre Generalversammlung für das 8. Geschäftsjahr ab. — Aus dem Jahresbericht, den Geschäftsführer Reugel erstattete, ist zu entnehmen, daß die Genossenschaft einen erfreulichen Fortschritt macht. Der gesamte Umsatz in den 18 Verkaufsstellen der Genossenschaft belief sich auf 606 590 M., das sind 30 786 M. mehr wie im Vorjahre. Der Umsatz würde noch größer gewesen sein, wenn nicht durch die verschiedenen großen Auspörungen die Kaufkraft eines großen Teils der Mitglieder wesentlich geschwächt worden wäre. — Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Reingewinn von 27 340,09 M. erzielt. Davon werden 3 1/2 Proz. gleich 90 681,46 M. Dividende verteilt, 400 M. werden dem Reservefonds, 257,63 M. dem Dispositionsfonds zugeführt. — Die Mitgliederzahl ist von 4631 auf 5790 gestiegen. Der Mitgliederbestand hat sich also im Laufe des Jahres um 1159 vermehrt. Im Vergleich zu früheren Jahren ist eine größere Stabilität des Mitgliederbestandes festzustellen. Wenn auch die Konsumgenossenschaftsbewegung in Berlin verhältnismäßig noch recht schwach ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß der Genossenschaftsbau in Berlin festen Fuß gefaßt hat und erfreuliche Fortschritte macht. Dieser Umstand wird zurückgeführt auf die Tätigkeit der im Oktober vorigen Jahres ins Leben gerufenen Propagandakommission und auf die rege Unterstützung, welche die Genossenschaftsagitation in gewerkschaftlichen Kreisen findet.

Rück, der Vorsitzende des Aufsichtsrats, schloß sich den Ausführungen des Vorredners im wesentlichen an und bemerkte unter anderem, zwischen der Verwaltung und den Angestellten der Genossenschaft bestehe ein gutes Verhältnis. Der Reichtum der 30 000 M. habe zur Folge gehabt, daß die Dividende gegen das Vorjahr um 1 Proz. erhöht werden konnte. Wenn die Agitation einen weiteren Fortgang der Genossenschaft bringe, dann werde die Dividende bald auf 5 Proz. steigen. Wenn auch die Verwaltung nicht auf dem Standpunkt stehe, daß die Erlangung möglichst hoher Dividenden das Ziel der Genossenschaftsbewegung sei, so bilde doch die Aussicht auf Dividende immer noch ein kräftiges Agitationsmittel.

Von den gangbarsten Artikeln sind nach Ausweis des Geschäftsberichts im Laufe des Jahres umgekehrt: 11 000 Büchsen Konferven, 6930 Kilogramm Margarine, 6172 Kilogramm Reis, 1480 Kilogramm Linsen, 2515 Kilogramm Polnener, 8810 Kilogramm Erbsen, 10 800 Kilogramm Weizenmehl, 28 750 Kilogramm Diamantmehl, 18 703 Kilogramm Kaffee, 16 621 Kilogramm Seife, 3056 Kilogramm Fruchtzucker, 82 200 Kilogramm Zucker, 8000 Kilogramm Käse, 2600 Kilogramm Hartkäse, 1200 Kilogramm Parmelade, 60 883 Kilogramm Butter, 162 000 Kilogramm Kartoffeln, 10 297 Schod Eier, 67 Tonnen Heringe, 97 452 Brote, 18 020 Kilogramm Schmalz, 66 991 Kilogramm Wurst- und Fleischwaren, 32 787 Pfund, 2 870 Kilogramm Salz.

Der Geschäftsbericht gab zu nennenswerten Ausstellungen keinen Anlaß. Der Vorstand wurde entlassen.

Eine längere Debatte rief ein Antrag der Agitationskommission hervor, welcher besagt, daß ein Geschäftsmann, der Waren führt, die auch in der Genossenschaft zu haben sind, nicht Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrats sein darf. Die Versammlung stimmte dem Antrage grundsätzlich zu, vertagte aber dessen Ausführung aus praktischen Gründen bis zur nächsten Generalversammlung. — Der Verwaltung wurde Vollmacht erteilt, im laufenden Geschäftsjahre einige neue Verkaufsstellen, soweit dafür Bedarf ist, zu eröffnen.

Die Mißstände in der H. G. W., deren Erörterung bereits in einer am 9. d. M. abgehaltenen Betriebsversammlung vorgenommen wurden, da die Versammlung vom 9. September vertagt werden mußte, am Montag in einer wiederum überfüllten Zusammenkunft der Arbeiter und Arbeiterinnen der Werke in den Germaniafabriken erneut an den Tranger gestellt. Der erste Disziplinardner, Franke, bespricht des längeren die von der Gesellschaft errichteten Arbeiterannahmestellen, welche familiäre angenommen oder entlassenen Arbeiter nach berühmtem Muster als Kontrollstation passieren müssen.

Welcher Willkür die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Annahmestellen ausgesetzt sind, beweist er damit, daß über den Kopf einzelner Meister hinweg die Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen hintertrieben wird. Einer der Herren Annahmestellenführer zeigte sich als Herr der Situation, daß er jahrelang, ohne irgend eine ärztliche oder birotektionale

Erlaubnis dazu zu haben, die neu eingestellten Arbeiterinnen zwang, sich von ihm auf ihren Gesundheitszustand untersuchen zu lassen. (Pfeifer.) Erst vor wenigen Wochen ist dank dem resoluten Auftreten einer Arbeiterin diesem Treiben ein Ende bereitet worden. — Das Verhalten der Meister, ebenso wie die in den letzten Jahren schrecklich sich mehrenden Unfälle verdienen die Arbeiter, wenn sie nicht Mannes genug sind, sich durch Anschluß an ihre Organisation menschenwürdige Zustände zu erkämpfen.

Dreher Vogler erwähnt die Kollegen ebenfalls zum Eintritt in die Organisation. Er habe vier Jahre im Betriebe gearbeitet, durch einen Unfall einen Teil eines Fingers dort eingebüßt; als er aber vor einigen Tagen sich die Frechheiten seines Meisters etwas energisch verbeten habe, sei er auf's Pfaster geworfen worden, obwohl er nicht unterlassen habe, der Direktion klaren Wein über die unhaltbaren Zustände einzuschütten.

Dah sich die Direktion der A. E. G. nicht darauf spitzen braucht, etwa durch Arbeiterzersplitterungsversuche die dringend notwendigen Reformen hintanzustellen, bewies die Versammlung damit, daß sie nach einem Antrage Scharf mit erdrückender Mehrheit gegen wenige Stimmen beschloß, einem Vertreter des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes, der als organisationszersplitternder Faktor von mehreren sich zur Geschäftsordnung meldenden Rednern scharf angegriffen wurde, nicht das Wort zu erteilen und ihn zum Verlassen des Saales nötigte. Der Gedanke der Einheitsorganisation machte sich nach einem Hinweis auf die Gefahren, welche die Arbeiter durch ihre Zersplittertheit für sich selbst heraufbeschwören, in lebhafter Zustimmung Luft.

In seinem Schlusswort faßt Sokolowski noch einmal die ganze Situation kurz zusammen. Das, was er vorgebracht, sei nur ein Dineinschneiden in den Angiastall der A. E. G. gewesen. An den dort Beschäftigten sei es nun, dafür zu sorgen, daß Licht, Reinlichkeit und neue Luft in den Betrieb hineinkommt. Es muß der Direktion klar gemacht werden, daß trotz ihrer Ansicht, für Arbeiter existiere die unbegrenzte Arbeitszeit und müssen die Arbeitsbedienen mit allem zufrieden sein, sich in den Köpfen der Arbeiter eine andere Ansicht Weltung verpflanzt hat, die Ansicht, daß die Direktion mit ihnen noch im Werke gezahlten Löhnen von 28 und 30 Pf. für verheiratete Arbeiter geradezu sich einer Verleitung zum Diebstahl schuldig macht. Ist man von oben herunter bestrebt, den Arbeiterausfluß zur Parze herabzuwürdigen, so sei es Pflicht der Arbeiter, machtvoll durch Festhalten an der Einheitsorganisation und durch freies Bekenntnis ihrer Organisationszugehörigkeit den unhaltbaren Zuständen ein Ende bereiten zu helfen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 9. und 23. September 1907 in den Germania-Prachsalen versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der A. E. G., Werke Brunnen-, Bolla- und Adersstraße, bestätigen, daß die Ausführungen des Referenten durchaus zutreffend sind und den Tatsachen entsprechen.

Die versammelten Arbeiter der Werke erwarten, daß die beteiligten Direktionen

1. die hygienischen und sanitären Zustände so gestalten, daß die Gesundheit der Arbeiter mehr geschützt wird;
2. daß die Garderoben- und Speisräume an besseren und räumlich geeigneteren Orten untergebracht werden;
3. daß die Entlassung der meistens wegen Ueberanstrengung bei Ausführung der gesundheitsgefährlichen Arbeiten erkrankten Arbeiter und Arbeiterinnen aus Humanität und sozialer Gerechtigkeit unterlassen wird;
4. daß die beteiligten Direktionen im gemeinsamen Interesse für bessere, menschlichere und würdigere Behandlung seitens der Chefs und Meister Sorge tragen werden.

Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen fordern von den beteiligten Direktionen größere Beachtung der Institution des Arbeiterausschusses.

Sie fordern, daß dem Arbeiterausschuß die Möglichkeit gegeben wird, in Wirklichkeit als Vermittler zwischen den beiden Faktoren, Unternehmer und Arbeiter, zum Wohle und Gedeihen der Allgemeinheit seine Kräfte entwickeln zu können.

Um nun der Direktion den Nachweis zu erbringen, daß hinter dieser Resolution die gesamten im Betriebe der A. E. G. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stehen, fordert die Versammlung alle diejenigen Kollegen, die bisher ihrer Organisationspflicht noch nicht nachgekommen sind, auf, sich den auf moderner Grundlage aufgebauten Zentralverbänden anzuschließen.

Vermischtes.

Lebendig verbrannt. Wie der „Vogtländische Anzeiger“ aus Reichenbach meldet, ist dort die neunzehnjährige Lina Schneider vor den Augen ihres kranken Großvaters lebendig verbrannt. Das Mädchen war einem Spirituslocher zu nahe gekommen, so daß die Kleider Feuer fingen.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird vom gestrigen Tage aus Lindau berichtet. Auf dem Eisenbahndamm, der um die Insel, auf der die Stadt Lindau liegt, herum- und abwärts über den Bodensee nach dem Festlande hinüberführt, fuhr heute früh um 8 Uhr ein Rangierzug einem nach Friedrichshafen ausfahrenden Güterzuge in die Flanke. Sieben leere Wagen des Güterzuges wurden stark beschädigt und aus dem Gleise geworfen. Die Lokomotive des Rangierzuges legte sich quer über das Gleise und wurde gleichfalls stark beschädigt. Zwei schwere Wagen des Rangierzuges wurden umgeworfen und stürzten auf die Brüstung des Damms. Der Verkehr wird voraussichtlich bis zum Nachmittag gehemmt sein. Die Züge müssen augenblicklich zum Rangierbahnhof geleitet werden.

Ueberschwemmung in Valencia. Ein Teil der Stadt Valencia ist durch Regengüsse überschwemmt worden. Es herrscht hoher Seegang.

Kampf der Sozialdemokratie gegen Kindermisshandlung in Dänemark.

Unsere dänischen Parteigenossen sind dahinter gekommen, daß in einigen unter Leitung der Inneren Mission stehenden Erziehungsanstalten und Rettungshäusern geradezu entsetzliche Mißhandlungen verübt werden, nur zu oft von Leuten, die selbst weit mehr der Erziehung und Zucht bedürfen als die Kinder, welche sie zu „bessern“ suchen. Außerordentliches Aufsehen haben die Enthüllungen erregt, die der Fellethingsmann Sabroe in der Presse und in Versammlungen über die „Erziehungsmethode“ in dem Mädchenheim „Hebron“ in Nordjütland gemacht hat. Die Vorsteherin dieser Anstalt leidet offenbar an sadistischen Neigungen; auch soll sie vor einigen Jahren zu einer Lehrerin in einem Verhältnis gestanden haben, das auf Homosexualität schließen läßt. Die Zöglinge wurden von diesem Weibe für die kleinsten Vergehen blutig geschlagen, geohrfeigt, so daß in vier Fällen das Trommelfell zerbrach, mit Dunkelarrest, Entziehung von Trank und Speise und ähnlichen Grausamkeiten bestraft. Als Prügelinstrument benutzte die „Mutter“, wie die Mädchen das Weib nennen mußten, mit Vorliebe Reissig von Stachelbeerbüschen. Hatte sie ein Mädchen gründlich verprügelt, so nahm sie es wohl auf den Schoß, um es in „Jesus Namen“ abzulassen und zu belassen. Ein besonderes „Besserungsmittel“ wandte sie gegen ein kaum vierjähriges Kind an, das, offenbar infolge von Angst vor der „Mutter“, an Bettlägerien litt; die Kleine mußte stundenlang im Hofe stehen und mit ausgebreiteten Armen das Bettlaken gegen die Sonne halten, damit es trocknete. Die erbärmliche Kost und die Hungerstrafen führten oft dazu, daß sich die Zöglinge an dem Hunde- und Fühnerfutter vergrieffen.

Glücklicherweise haben die Enthüllungen über diese Schandwirtschaft nun dazu geführt, daß die Behörden eine Untersuchung eingeleitet haben. Die „Heiligen“ suchen allerdings noch immer über jenes schredliche Weib ihre schützende Hand zu halten.

Inzwischen hat ein anderes Ereignis gezeigt, was für Leuten in „christlichen“ Kinderheimen Dänemarks die Leitung anvertraut wird. In der vorigen Woche wurde der Vorsteher Andersen des Kinderheims in Herning, Jütland, verhaftet wegen Sittlichkeitsvergehen gegen ein siebenjähriges, seiner Pflege anvertrautes Mädchen. Die oberste Leitung über diese und ähnliche „Heime“ hat der Vorstehende Rads Lind vom „Christlichen Verein zur Rettung verwaarloster Kinder“. Es sind kaum zwei Jahre her, daß ein anderer vom selben Verein angestellter „Erzieher“ zu vier Jahren Zuchthaus wegen Sittlichkeitsverbrechen gegen Knaben verurteilt wurde. Auch der Schuhmacher Thygesen, der vor anderthalb Jahren ein siebenjähriges Mädchen vergewaltigte und abschlachtete, gehörte zu den „Heiligen“ und hielt oftmals in den christlichen Erziehungsheimen Kindergottesdienst ab.

Infolge einer Reihe von Artikeln in „Sozialdemokraten“ über grausame Mißhandlungen in der Hvaldebjergs Erziehungsanstalt auf Seeland mußte dort kürzlich der Vorsteher Rortensen seinen Posten verlassen. Konservativ Blätter brachten es nun fertig, den „Kinderbeschützer“ Sabroe aufzufordern, sich für diesen Posten zu melden, und auch von Privatleuten wurde er darum ersucht. Um zu beweisen, daß er gewillt, die Liebe und die Grundzüge praktisch zu betätigen, die ihm bei seinem Kampf gegen die Kindermisshand-

lungen teilten, ging unser Genosse darauf ein und bewand sich um den Posten, erhielt ihn jedoch nicht. Man zog einen Theologiekandidaten vor, der es versteht, mit Bibelprüchen um sich zu werfen.

Zu der Ueberschwemmungskatastrophe

in Malaga (Spanien) wird noch mitgeteilt: Ganz Malaga steht unter Wasser, viele retteten nur ihr nacktes Leben. Die Nachtwächter gaben beim Herannahen des Hochwassers Warnungsschüsse mit ihren Pistolen ab. 25 Leichen sind bereits geborgen und man vermutet, daß noch viele unter den Trümmern der Häuten liegen. Es herrscht furchtbare Panik. Die Trinkwasserleitung ist unterbrochen, auch an Brot fehlt es, die Beleuchtung funktioniert nur mangelhaft. So weit bekannt, ist in den anliegenden Dörfern ebenfalls ungeheurer Schaden angerichtet worden. Viele Personen, deren Zahl noch nicht festgestellt werden konnte, sind ertrunken. In einem einzigen Orte wurden allein 30 Leichen gefunden. Auch eine Reihe Häuser, Kirchen und Brücken sollen zerstört sein.

Schiffszusammenstoß. Wie aus Ottawa gemeldet wird, hat der Dampfer „Kongolian“ der Allan-Linie auf der Fahrt von Montreal nach Liverpool in der Nähe von Famepoint einen Zusammenstoß gehabt und wird wegen seiner Beschädigung nach Quebec gehen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	24. 9.	23. 9.		24. 9.	23. 9.
Remel, Mitt	146	- 3	Havel, Spandau	109	- 3
Bregel, Unterburg	103	- 11	Havel, Rathenow	148	0
Reißel, Horn	98	- 6	Spree, Spremberg	88	0
Ober, Matzbor	107	- 3	Beestow	172	0
Kroffen	110	- 2	Weser, Minden	- 06	0
Braunfurt	116	- 1	Weser, Minden	- 16	0
Barthe, Schimm	54	- 1	Rhein, Waldshut	-	-
Landberg	47	- 1	Raub	136	- 6
Rege, Boddamm	23	+ 1	Röln	118	- 6
Elde, Peitmerih	- 43	+ 4	Redar, Hellbromm	22	- 18
Barth	90	- 1	Rain, Wertheim	98	- 1
Magdeburg	101	- 2	Wosel, Trier	-	-
Saale, Grohlig	79	+ 3			

+) + bedeutet Sturz, - Fall, - *) Unterpegel.

Inserate

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

Größere Anzeigen

für die

Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis

freitag nachmittag 5 Uhr,

da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kolbuser Damm

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, soweit Vorrat.

Lebensmittel

Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

<table border="0"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> </tr> <tr> <td>Schoten extra feine</td> <td>1.00</td> <td>55 Pf.</td> <td>Stangen-Spargel Pa</td> <td>1.30</td> <td>70 Pf.</td> <td>Bruchspargel Extra Prima</td> <td>1.10</td> <td>60 Pf.</td> <td>Gem. Gemüse II</td> <td>58</td> <td>34 Pf.</td> </tr> <tr> <td>Schoten feine</td> <td>85</td> <td>48 Pf.</td> <td>Stangen-Spargel II</td> <td>1.10</td> <td>60 Pf.</td> <td>Bruchspargel Prima</td> <td>85</td> <td>48 Pf.</td> <td>Gem. Gemüse III</td> <td>45</td> <td>28 Pf.</td> </tr> <tr> <td>Schoten junge</td> <td>45</td> <td>28 Pf.</td> <td>Stangen-Spargel III</td> <td>95</td> <td>53 Pf.</td> <td>Abschnittspargel</td> <td>43</td> <td>27 Pf.</td> <td>Spinat</td> <td>42</td> <td>26 Pf.</td> </tr> </table>		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose	Schoten extra feine	1.00	55 Pf.	Stangen-Spargel Pa	1.30	70 Pf.	Bruchspargel Extra Prima	1.10	60 Pf.	Gem. Gemüse II	58	34 Pf.	Schoten feine	85	48 Pf.	Stangen-Spargel II	1.10	60 Pf.	Bruchspargel Prima	85	48 Pf.	Gem. Gemüse III	45	28 Pf.	Schoten junge	45	28 Pf.	Stangen-Spargel III	95	53 Pf.	Abschnittspargel	43	27 Pf.	Spinat	42	26 Pf.	<table border="0"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> </tr> <tr> <td>Erdbeeren</td> <td>95</td> <td>53 Pf.</td> <td>Kirschen ohne Stein</td> <td>1.00</td> <td>55 Pf.</td> <td>Mirabellen</td> <td>65</td> <td>38 Pf.</td> <td>Schinkenspeck</td> <td>98</td> <td>Pfund</td> </tr> <tr> <td>Cervelatwurst in Rinddarm</td> <td>1.20</td> <td>Pfund</td> <td>Pilzsuppe</td> <td>42</td> <td>Pf.</td> <td>Mausschinken</td> <td>1.25</td> <td>Pfund</td> <td>Cassl. Rippespeer</td> <td>78</td> <td>Pfund</td> </tr> <tr> <td>Salamiwurst in Rinddarm</td> <td>1.20</td> <td>Pfund</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Schinkenwurst</td> <td>1.20</td> <td>Pfund</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose	Erdbeeren	95	53 Pf.	Kirschen ohne Stein	1.00	55 Pf.	Mirabellen	65	38 Pf.	Schinkenspeck	98	Pfund	Cervelatwurst in Rinddarm	1.20	Pfund	Pilzsuppe	42	Pf.	Mausschinken	1.25	Pfund	Cassl. Rippespeer	78	Pfund	Salamiwurst in Rinddarm	1.20	Pfund										Schinkenwurst	1.20	Pfund										<table border="0"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> </tr> <tr> <td>Essbirnen 5 Pfd.</td> <td>40</td> <td>Pf.</td> <td>Kaiserkronen 3 Pfd.</td> <td>50</td> <td>Pf.</td> <td>Tyroler Tafeläpfel 3 Pfd.</td> <td>48</td> <td>Pf.</td> <td>Kochäpfel 3 Pfd.</td> <td>35</td> <td>Pf.</td> </tr> </table>		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose	Essbirnen 5 Pfd.	40	Pf.	Kaiserkronen 3 Pfd.	50	Pf.	Tyroler Tafeläpfel 3 Pfd.	48	Pf.	Kochäpfel 3 Pfd.	35	Pf.	<table border="0"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/2 Dose</td> <td style="width: 5%; text-align: center;">1/4 Dose</td> </tr> <tr> <td>Junge Brat-Gänse</td> <td>67</td> <td>Pf.</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose	Junge Brat-Gänse	67	Pf.									
	1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose																																																																																																																																																				
Schoten extra feine	1.00	55 Pf.	Stangen-Spargel Pa	1.30	70 Pf.	Bruchspargel Extra Prima	1.10	60 Pf.	Gem. Gemüse II	58	34 Pf.																																																																																																																																																				
Schoten feine	85	48 Pf.	Stangen-Spargel II	1.10	60 Pf.	Bruchspargel Prima	85	48 Pf.	Gem. Gemüse III	45	28 Pf.																																																																																																																																																				
Schoten junge	45	28 Pf.	Stangen-Spargel III	95	53 Pf.	Abschnittspargel	43	27 Pf.	Spinat	42	26 Pf.																																																																																																																																																				
	1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose																																																																																																																																																				
Erdbeeren	95	53 Pf.	Kirschen ohne Stein	1.00	55 Pf.	Mirabellen	65	38 Pf.	Schinkenspeck	98	Pfund																																																																																																																																																				
Cervelatwurst in Rinddarm	1.20	Pfund	Pilzsuppe	42	Pf.	Mausschinken	1.25	Pfund	Cassl. Rippespeer	78	Pfund																																																																																																																																																				
Salamiwurst in Rinddarm	1.20	Pfund																																																																																																																																																													
Schinkenwurst	1.20	Pfund																																																																																																																																																													
	1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose																																																																																																																																																				
Essbirnen 5 Pfd.	40	Pf.	Kaiserkronen 3 Pfd.	50	Pf.	Tyroler Tafeläpfel 3 Pfd.	48	Pf.	Kochäpfel 3 Pfd.	35	Pf.																																																																																																																																																				
	1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose		1/2 Dose	1/4 Dose																																																																																																																																																				
Junge Brat-Gänse	67	Pf.																																																																																																																																																													

Junge Brat-Gänse Pfund 67 Pf.

Zu den Stadtverordnetenwahlen in Berlin,

die für die erste Woche des Novembers bevorstehen, haben im Westen, Südwesten und Süden der Stadt, im Gebiet des zweiten Reichstagswahlkreises, unsere Genossen mit den Rüstungen begonnen. Von den 16 Kommunalwahlbezirken dritter Abteilung, die diesmal eine Neuwahl vorzunehmen haben, liegen innerhalb des zweiten Reichstagswahlkreises der 4., der 9. und der 10. Kommunalwahlbezirk, der 4. in der Schöneberger Vorstadt, der 9. und der 10. in der Tempelhofer Vorstadt. Die bisherigen Vertreter im Stadtparlament waren für den 4. Wahlbezirk der Freisinnige Stokolowsky (der sich „Sozialfortschrittler“ nennt), für den 9. und den 10. Bezirk die Sozialdemokraten Genosse Alfred Bernstein und Genosse Jubel.

Was im Stadtparlament von Berlin der Freisinn veräußert hat und was dort die Sozialdemokratie befehlen will, das wurde am Dienstag in zwei Volksversammlungen erörtert, die von den Genossen des zweiten Kreises veranstaltet worden waren. Vor den Wählern aus dem 4. Bezirk sprach im „Königshof“ (Wilmsstraße) der Stadtverordnete Genosse Alfred Bernstein, die Wähler aus dem 9. und dem 10. Bezirk hörten im „Hoffäger“ (Hafenstraße) einen Vortrag des Stadtverordneten Genossen Gottfried Schulz.

Beide Redner entwarfen von den kommunalen Zuständen unserer Stadt ein Bild, das recht trübe war. Sie zeigten, daß der Stadtfreisinn wirklich sehr wenig Anlaß hat, die Kommunalverwaltung Berlins gegen den Vorwurf der Rückständigkeit zu vermahnen. Groß sind noch immer die Mängel in unserem Schulwesen, im Gesundheitswesen, in der Armenpflege. Die werktätige Bevölkerung ist für ihren Nachwuchs angewiesen auf Schulen, deren Frequenz leider noch weit davon entfernt ist, „normal“ genannt werden zu können. Die Unzulänglichkeit der Krankenhäuser war in den letzten Jahren so arg geworden, daß sie jetzt auch durch die Eröffnung eines neuen großen Krankenhauses erst wenig gemildert worden ist und von den minderbemittelten Bewohnern Berlins noch immer bitter genug empfunden wird. Den Bedürftigen und Armen wird mit larger Hand kaum das Nötigste gewährt, damit sie ihr elend Leben weiterfristen können. Schwer lasten auf der gesamten Bevölkerung die Folgen jener Unterlassungssünden, durch die die Entwicklung unseres Verkehrswezens gehemmt und einer privaten Gesellschaft ein schier unerschütterliches Monopol geschaffen worden ist. Ihren eigenen Arbeitern gegenüber ist die Stadtgemeinde nichts weniger als „mutterhaft“, dank dem Widerstand, den der Freisinn aller Schattierungen (samt der „sozialfortschrittlichen“) den Anträgen auf Lohnbesserung entgegensetzt.

Und doch, um wieviel weiter noch wären wir zurück, um wieviel miserabler wären die kommunalen Zustände Berlins, wenn nicht die Sozialdemokratie Zutritt zum Stadtparlament gefunden hätte. Gewiß: noch herrscht dort der Freisinn, weil das Dreiklassenstimmrecht des Kommunalwahlrechtes ihm die Zweidrittelmehrheit sichert; noch geben dort Wünsche des Hausagariertums den Ausschlag, weil das Privileg, das die Städteordnung den Hausbesitzern gewährt, ihnen im voraus die Hälfte aller Mandate reserviert. Aber deshalb ist die Tätigkeit der Sozialdemokratie doch nicht nutzlos geblieben. Auch eine Minderheit vermag zu Einfluß zu gelangen und manche ihrer Forderungen durchzusetzen, wenn sie unermüdet mahnt und vorwärts drängt. In der Stadtverordnetenversammlung von Berlin hat die sozialdemokratische Fraktion sich diese Aufgabe gestellt und an ihrer Lösung mit wachsendem Erfolg gearbeitet. Darum hat das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung auch bei den Kommunalwahlen in immer steigendem Maße sich der Sozialdemokratie zugewendet.

Eine Diskussion knüpfte sich nur an den Vortrag des Genossen Schulz; sie brachte unter anderem noch Ausführungen des Stadtverordneten Genossen Enalb über die Wertzuwachssteuer, die der hausagariert-freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit so überaus un bequem ist. Sodann wurde zur Aufstellung der Kandidaten geschritten. Die Organisation des zweiten Kreises empfahl für den 9. Bezirk den Genossen Bernstein, für den 10. Bezirk den Genossen Schulz und für den 4. Bezirk gleichfalls den Genossen Bernstein. Der 9. Bezirk war, wie schon erwähnt, auch bisher durch Bernstein vertreten. Den 10. Bezirk vertrat bisher Genosse Jubel; da aber dieser Bezirk diesmal einen Hausbesitzer wählen muß und Jubel nicht Hausbesitzer ist, so tritt an seine Stelle Genosse Schulz, der bisher Stadtverordneter für den 12. Bezirk war und die erforderliche Hausbesitzerqualität hat. Das Vorrecht, das die Städteordnung den Hausbesitzern gibt, wird für die Sozialdemokratie bei den Kommunalwahlen zu einem lästigen Zwang. Aber die Schwierigkeiten, die uns hieraus erwachsen, sind bisher noch stets überwunden worden. In beiden Versammlungen wurden die vorgeschlagenen Genossen einstimmig als Kandidaten aufgestellt. Zur „Königshof“ war auch der Name des Genossen Herzfeld genannt worden, doch hat Herzfeld, von ihm abzusehen.

Snapp sechs Wochen trennen uns noch von der Wahl. In dieser kurzen Spanne Zeit wird jeder Genosse in treuer Arbeit und besonders durch Agitation von Mund zu Mund das Seine dazu beitragen müssen, den Wahltag zu einem Ehren tag für die Sozialdemokratie zu machen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! In Treptow steht uns nunmehr das Lokal von Kettlich wieder zu allen Veranstaltungen zur Verfügung; das dortige „Neue Gesellschaftshaus“, Chausseest. 14, hat den Inhaber gewechselt und ist nach wie vor frei.

Schöneberg. Achtung, Genossen! Am Freitag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, findet eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Obsts Hefstälten statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht vom Essener Parteitag. Referent: Genosse Max Grünwald. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Partei genossen! Diese Versammlung muß gut besucht werden, um wichtige Mitteilungen entgegenzunehmen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Oktoberumzug

steht vor der Tür. Da gibt es an so vielerlei zu denken; manches wird vergessen. Da möchten wir unsere Leser daran erinnern, den Zeitungsspediteur rechtzeitig von dem Umzug

zu unterrichten, damit Sorge getragen werden kann, daß in der Zustellung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt. Bei der Meldung ist darauf zu achten, daß die genaue Hausnummer angegeben und besonders bemerkt wird, wo die neue Wohnung liegt, ob im Vorderhaus, Duergebäude oder Hinterhaus, und wieviel Treppen. Nur, wer rechtzeitig seinem Spediteur diese Meldung macht, kann darauf rechnen, daß er auch in der neuen Wohnung seine Zeitung zur gewohnten Zeit vorfindet.

Die Mitglieder der Wahlvereine wollen nicht versäumen, eine gleiche Mitteilung ihrem Bezirksführer zu machen, damit auch in der politischen Organisation die Ueberweisung an den neuen Bezirk erfolgen kann und die Mitglieder nicht unnützerweise monatelang in den Bezirksbüchern geführt werden müssen.

Die Expedition des „Vorwärts“, Bezirk Nordost, Leo Zucht, wird vom 1. Oktober ab von der Reibelfstr. 42 nach der Immanuelkirchstr. 12, Hof links parterre verlegt.

Die juristische Sprechstunde

findet vom 1. Oktober nicht mehr Friedrichstr. 16 statt, sondern Lindenstr. 8, zweiter Hof, Eingang III, 4 Treppen.

Fahrtstuhl

Die Kritik des Baues des Virchow-Krankenhauses

auf der Hauptversammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege durch den Hamburger Krankenhausedirektor Lenhary kam in der letzten Sitzung der Deputation zur Sprache. Stadtbaurat Hoffmann legte dar, daß der von Herrn Lenhary gezeichnete Vergleich zwischen den Hauslösen der Hamburger Krankenhäuser und dem Virchow-Krankenhaus in allen Punkten hin- und her sich Voraussetzungen ausbeugt. Die Baupreise aus den Zeiten der Erbauung des Allgemeinen Krankenhauses in Eggendorf — 1884 — 89 lassen sich mit denen unserer Zeit gar nicht vergleichen. Dann aber haben wir im Virchow-Krankenhaus ein eigenes Wasserwerk mit einem zirka 56 Meter hohen Wasserturm, eigenes Elektrizitätswerk, eigene Kühlanlage und eine eigene Eisbereitungsanlage, die das Eis auch für alle anderen städtischen Krankenhäuser Berlins liefert. Von alledem ist in St. Georg nichts, nur Eggendorf hat für einen Teil der Gebäude ein Elektrizitätswerk.

Auch das Operationshaus, Badehaus und pathologisch-anatomische Institut lassen sich in räumlicher Beziehung mit der Hamburger Anlage nicht vergleichen; daselbst gilt für das Königshaus. An die Krankenpavillons, an Behandlungsräume, Betriebsräume u. dergl. seien im Virchow-Krankenhaus von den Sachverständigen erhebliche höhere Anforderungen gestellt worden als im Hamburger Krankenhaus. Die Kosten des Virchow-Krankenhauses pro Bett entfielen auch den neuen, hygienisch auf der Höhe stehenden Krankenhäusern. Die Kosten des Krankenhauses am Friedrichshain betragen schon vor 35 Jahren 7535 M. pro Bett. Herr Hoffmann verbreitete sich dann noch über zahlreiche Einzelheiten und die Mitglieder der Deputation erkannten die Vemängelungen des Herrn Lenhary als durchaus unberechtigt an.

Unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramskau fand am Mittwoch eine Sitzung der städtischen Hochbaudeputation statt, in der u. a. Geh. Baurat Dr. Ludwig Hoffmann den Entwurf zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule an der Pankestr. 11/12, Ecke der Wiesenstraße, die auf 884 000 M. veranschlagt ist, vorlegte. Ferner wurde der Entwurf für den Neubau der dritten städtischen Oberrealschule an der Poststr. 44/7 beraten. Dieser ebenfalls vom Geh. Baurat Hoffmann entworfene Bau ist mit 925 000 M. veranschlagt. Dann wurde der Entwurf zum Neubau eines Tuberkuloseheilums auf dem Gelände des Nummersburger Waisenhauses, das mit 871 000 M. veranschlagt ist, beraten. Hieran schloß sich die Beratung des Entwurfs für den Neubau eines Straßeneinigungs-Depots und Wohngebäudes in der Artilleriestraße 4 (neben der Post), das etwa 63 500 M. kosten soll. Weiter wurden die Entwürfe und Kostenschläge für eine Walderholungsstätte für schwächliche schulpflichtige Kinder in Buch beraten. Der ebenfalls vom Stadtbaurat L. Hoffmann entworfene Bau soll rund 900 000 M. kosten. Zum Schluß legte der Stadtbaurat dann noch den Entwurf für den Neubau einer Gemeindefschule in Roabit (Winglistraße 24), die mit 488 000 M. veranschlagt ist, vor. Sämtliche Entwürfe fanden die Zustimmung der Deputation.

Wieviel zu tun noch übrig ist!

Die Uebersicht über die Klassenfrequenzen der Gemeindefschulen, die der Stadtverordneten-Versammlung in jedem Halbjahre vom Magistrat vorgelegt werden muß, ist nun endlich auch für dieses Sommerhalbjahr fertig geworden. Drei Wochen nach den Osterferien, am 1. Mai, wurden in den einzelnen Schulen die Klassenfrequenzen ermittelt; aber erst in der letzten Woche vor Schluß des Sommerhalbjahres, nach Verlauf von ungefähr fünf Monaten, ist den Stadtverordneten die Frequenzvorlage zugegangen.

Wir erfahren aus ihr, daß Berlin jetzt 288 Gemeindefschulen mit 5029 Klassen hat, in denen am 1. Mai 228 362 Kinder saßen. Räht man die 146 Nebenklassen außer Betracht, die ja nur eine ganz geringe Frequenz haben dürfen und am 1. Mai mit 2330 Kindern besetzt waren, so ergibt sich für 4883 Klassen mit 228 029 Kindern die Durchschnittsfrequenz 46,29. Die Durchschnittsfrequenz stellte sich im letzten Winter auf 46,37 und im vorigen Sommer auf 46,57. Man sieht, daß die Verminderung der Durchschnittsfrequenz, die seit einer Reihe von Jahren zu beobachten gewesen war und auf die im Rathaus vom Magistrat und von seinen freisinnigen Freunden aus der Stadtverordneten-Mehrheit so gern hingewiesen wurde, in neuester Zeit keine sehr großen Fortschritte mehr gemacht hat. Es muß freilich immer wieder betont werden, daß dieser allgemeine Durchschnitt kein richtiges Bild von den tatsächlichen Verhältnissen geben kann. Das zeigt sich schon, wenn man die besonderen Durchschnitte der einzelnen Klassenstufen betrachtet. In diesem Sommer stellt sich der Durchschnitt für erste Klassen auf 33,79, für zweite auf 36,74, für dritte auf 42,18, für vierte auf 45,30, für fünfte auf 49,36, für sechste auf 51,09, für siebente auf 51,07, für achte auf 51,09. Da ist für die untersten Stufen das Bild schon sehr viel weniger günstig. Anerkannt muß werden, daß in den letzten beiden Halbjahren die Frequenzverminderung besonders diesen untersten Stufen zugute gekommen ist, während in den obersten Stufen die Frequenz, die ja dort durchschnittlich viel geringer als in den untersten ist, zugenommen hat. Betrachtet man aber die einzelnen Klassen, so erkennt man bald, daß da immer noch sehr viel zu tun übrig ist. Die Schuldeputation hat in neuester Zeit die Höchstfrequenzen so festgesetzt: für die ersten bis vierten Klassen auf 50, für die fünften auf 55, für die sechsten bis achten auf 60. Diese Maxima werden aber noch in sehr vielen Fällen überschritten, wie wenn die Schuldeputation ihre eigenen Bestimmungen mißachtete. Diesmal haben wir wieder annähernd 200 Klassen her-

ausgezählt, deren Frequenz über ihr zulässiges Maximum hinausgeht. (Mitgezählt sind die Nebenklassen, die mit mehr als 20 Kindern besetzt waren; für Nebenklassen gilt jetzt, wenn wir nicht irren, 20 als zulässiges Maximum.) Die Schuldeputation meint, „geringe Ueberschreitungen“ seien „nicht immer zu vermeiden“. Ist es aber eine „geringe“ Ueberschreitung, wenn z. B. in vierten Klassen bis 56 Kinder statt 50 sitzen, in fünften bis 60 statt 55, in sechsten und siebenten bis 64 statt 60, in achten bis 65 statt 60? Wie kann nicht schon die „Maximalfrequenzen“ 50, 55, 60 mehr als genug wären!

Gerabückung der Klassenfrequenzen ist die eine Forderung, die von der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion immer wieder für die Gemeindefschulen aufgestellt wird. Die andere ist: Vermehrung der Schulhäuser. Wie groß in den letzten Jahren der Mangel an Schulhäusern geworden ist, das lehrt aufs neue diese Vorlage. 4978 Klassenräume werden benutzt, davon befinden sich nicht weniger als 657 in gemieteten Wohnhäusern, rund 100 mehr als im vorigen Sommer. Auch die Zahl der „fliegenden“ Klassen, die überhaupt kein eigenes Klassenzimmer haben, sondern Unterkunft suchen müssen, wo gerade ein Zimmer leer steht (z. B. wegen Turnunterricht usw.), ist wieder im Steigen. Sie stellt sich jetzt schon wieder auf 51. Richtig ist, daß es außerdem noch 105 Klassenzimmer gibt, die nicht benutzt werden. Aber die liegen eben in Schulen, wo man sie nicht braucht. Der Freisinn weiß gern auf diese leeren Zimmer hin, ebenso auf die „vielen leeren Plätze“ in den benutzten Zimmern. Mit solchen Röhren läßt sich die Bevölkerung Berlins nicht hinwegtäuschen über die traurige Tatsache, da der Stadtfreisinn gegenüber der Gemeindefschule für die Gerabückung der Frequenz wie für die Beschaffung von Schulräumen noch immer nicht genug tut.

Im Monat Oktober findet im Kinderhause Blumenstr. 78 wöchentlich einmal unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege für unbenittelte Frauen und Mädchen statt. Meldungen bis zum Mittwoch, den 2. Oktober, täglich von 2—4 Uhr im Bureau, Blumenstraße 78, vorn links parterre.

Eine defekte Brücke — eine gute Einnahme für die Antikasse der Kolonie Grunewald. Ein Grunewaldbesucher schreibt uns: „Wenn man vom Bahnhof „Grunewald“ kommend, den Weg am Hundeshäuser See über die Chaussee den Weg weiter nach dem Grunewaldsee geht, dann stößt man direkt auf eine im See befindliche Militärbadeanstalt; links von derselben führt eine hölzerne Brücke über den dort befindlichen Sumpf nach der anderen Seite des Sees. Diese Brücke ist für Zivilpersonen verboten. Das Verbot ist durch Warnungstafeln bekannt gemacht. Diese Brücke wird nun trotzdem von Tausenden benutzt und Hunderte, die zufällig von einem Hüter des Sees getroffen werden, werden festgesetzt und in Ordnungstrafen genommen. Auch dem Schreiber dieser Zeilen erging es neulich ebenso. Der mich festnehmende Wachsmann antwortete auf meine Frage, warum diese Brücke gesperrt sei: „Wir können die Verantwortung nicht übernehmen, da die Brücke für den öffentlichen Verkehr nicht vorchriftsmäßig ist!“

Das stimmt. Die Brücke weist über so groß, daß ein Kind mit dem Fuße durchtreten kann, und die übrigen Bretter sind sehr schlecht. Will man nur das Militär passieren lassen, dann soll man dieselbe mit einer Tür abschließen und nicht Tausende der Gefahr aussetzen, auf der Brücke zu verunglücken oder ein Strafmandat zu erhalten. Wie stark diese verbotene Brücke benutzt wird, sah ich am letzten Sonntag. In einer halben Stunde passierten diese Brücke 200 Zivilpersonen. Das ist ein Beweis, daß hier eine dem öffentlichen Verkehr entsprechende Brücke eine Notwendigkeit ist. Es ist ja zu allem Geld vorhanden, warum also nicht für eine derartige Brücke. Es scheint mir, als wollte man mit derartigen Fällen den Arbeitern den Grunewald vereiteln.“ Auch wir haben uns kürzlich von dem miserablen Zustande der Brücke überzeugt; er bedarf unbedingt der Abhilfe. Mit dem Verbot der Betretung und mit Verhängen von Strafmandaten ist da nicht geholfen. Es ist dringend notwendig, eine vollkommene Neuherrstellung vorzunehmen.

Die Besuchszeiten der kgl. Museen für das kommende Winterhalbjahr sind wie folgt festgesetzt: An den Sonntagen und am zweiten Weihnachtsfeiertage werden alle kgl. Museen (das Alte, Neue, Pergamon-, Kaiser Friedrich- und Kunstgewerbe-Museum, die Nationalgalerie sowie das Museum für Völkerverkunde) von 12 Uhr ab im Oktober und März bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3 Uhr offengehalten. An den Wochen tagen — mit Ausnahme der Montage — sind das Alte, Neue, Pergamon- und Kunstgewerbe-Museum, sowie das Museum für Völkerverkunde von 10 bis 3 Uhr offen. Das Kaiser Friedrich-Museum und die Nationalgalerie werden wochentäglich ebenfalls um 10 Uhr geöffnet (ausgenommen das Kaiser Friedrich-Museum Montage, die Nationalgalerie Donnerstags, wo die Öffnung erst um 1 Uhr stattfindet); die Schließung erfolgt aber wie an den Sonntagen, also im Oktober und März um 5 Uhr, im November und Februar um 4 Uhr, im Dezember und Januar um 3 Uhr. Am ersten Weihnachtsfeiertage und am Neujahrstage bleiben die Museen geschlossen. Der Besuch der königlichen Museen ist im allgemeinen unentgeltlich, nur im Kaiser Friedrich-Museum wird Montags 1 M., Dienstags und Mittwochs 50 Pf., in der Nationalgalerie Donnerstags 1 M., Freitags und Sonnabends 50 Pf. Eintrittsgeld erhoben.

Aus einem Fahrtstuhl im zweiten Stock auf den gepflasterten Hof gehärt ist am Dienstag der Arbeiter Hagen, der im Hause Köpenickerstraße 40/41 tätig war. Mit einem Tender der Feuerweh wurde der Verletzte nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft, wo schwere Verletzungen festgestellt wurden.

Eine Verminderung der Armenempfänger in Berlin, das ist das Ergebnis der Bemühungen, denen die Armenkommissionen sich unterzogen haben, um ein weiteres Anschwellen des Armenetats möglichst zu verhüten. Im Juni dieses Jahres wurden in der Armenpflege der Stadt nur noch 33 082 Personen laufend unterstützt, während im Juni vorigen Jahres die Zahl dieser Personen sich noch auf 33 870 gestellt hatte. Die „Besserung“ ist noch nicht bedeutend, aber es ist immerhin gelungen, die Zahl der ständigen Armenempfänger innerhalb eines Jahres wenigstens um rund 600 herunterzubringen. Und wenn die Armenkommissionen, die das geschafft haben, in der immer „strengeren“ Prüfung der Verhältnisse der Hilfsbedürftigen fortfahren, dann werden sie sicherlich sehr bald noch viel „schönere“ Erfolge zu sehen kriegen. Sie müssen nur immer den Bittenden recht nachdrücklich zu Gemüte führen, daß es ihnen — den Bittenden — noch lange nicht schlecht genug geht, um schon einer Armenhilfe zu bedürfen. Das wirkt abschreckend und nimmt den Bedürftigen den Mut, sich dem gestrengen Herrn Armenvorsteher mit Bitten um Unterstützung zu nahen. Uebrigens hat auch die Zahl der Pflegekinder, für die an die verwitweten Mütter eine laufende Unterstützung gezahlt wird, sich in der letzten Zeit vermindert. Im Juni vorigen Jahres waren es noch 11 647 gewesen, im Juni dieses Jahres waren es nur noch 11 262. Wahrscheinlich ist auch dieses Ergebnis nicht auf natürliche Weise zustande gekommen, sondern muß gleichfalls angesehen werden als eine Folge der Bemühungen, die Unterstützungsausgaben nicht „ins Ungemessene“ (wie der Stadtfreisinn zu sagen pflegt) wachsen zu lassen.

Bereits im Etatsjahr 1906 hat die Armenverwaltung um 600000 Mark weniger ausgegeben, als ihr durch den Etat bewilligt worden war. Der größte Teil dieser Ersparnis wird sicherlich den Armenkommissionen zu danken sein, die mit noch größerer Härte als bisher ihre „Pflicht“, Bittende abzuweisen, erfüllt haben. Wir sind neugierig, wie hoch die Ersparnisse sein werden, die die Armenverwaltung im Etatsjahr 1907 gemacht hat und noch machen will. Eine halbe oder ganze Million Rinder- ausgabe zusammenzulassen, ist ihr gar nicht so schwer, wie es aussieht. Solche Beiträge fallen zwar gegenüber den Riefensummen des gesamten Stadthaushaltsetats nicht ins Gewicht. Sie helfen aber den Ueberflüssigen vermehren, den der Stadtfreistim heraus- wirtschaften muß, um die Notwendigkeit der Erschließung neuer Einnahmequellen, wie es z. B. die dem Hausagrarierum so über- aus verhasste Wertzuwachssteuer ist, wegzuweisen zu können.

Auf dem Gleise der Vorortbahn Berlin-Jossen ist gestern nach- mittag ein Eisenbahnzusammenstoß erfolgt. Die elektrische Vorort- bahn, die um 4.42 auf dem Potsdamer Vorortbahnhof einlaufen sollte, rannte auf der Eisenbahnbrücke über den Landwehrkanal in der Nähe des Potsdamer Bahnhofes auf den Vorortzug Berlin-Jossen, der 4.38 den Bahnhof verlassen hatte. Glücklicherweise war die Fahrgeschwindigkeit beider Züge so gering und die Wagen so schwach besetzt, daß Menschenleben nicht zu beklagen sind. Ernstlich verletzt wurde nur der Führer des elektrischen Vorortzuges Marschall, während verschiedene Passagiere, hauptsächlich durch die zer- springenden Scheiben der Wagen, leichtere Verletzungen im Gesicht davontrugen. Der vordere Wagen des elektrischen Vorortzuges ist zum Teil zertrümmert, ebenso ein Wagen des Jossener Vorortzuges, während die Lokomotive dieses Zuges nur geringe Beschädigungen davongetragen hat. Drei Wagen des Vorortzuges sind aus dem Gleis gesprungen und ruhen in schiefer Lage auf den eisernen Trägern der Eisenbahnbrücke. Der Verkehr der Potsdamer Vorort- züge wird über den Ringbahnhof geleitet, die Züge halten auf dem Bahnhof Papestraße.

Ueber den Zusammenstoß wird amtlich wie folgt berichtet: Heute nachmittag 4 Uhr 40 Minuten hat der elektrische Vorortzug von Groß-Lichterfelde-Df nach Berlin Potsdamer Vorortbahnhof das Haltesignal überfahren und ist dem ausfahrenden Dampfzug nach Jossen in die Platte gefahren. Hierbei sind der Zugführer des elektrischen Zuges Marschall sowie zwei Reisende, Alois Schobert aus Lichterfelde und Gustav Barnack, Elisabeth- Allee 30, leicht verletzt worden. Die Untersuchung ist eingeleitet. Der Verkehr wird zwischen Pörschstraße und Lichterfelde sowie Jossen ausrechterhalten. Reisende von und nach Berlin müssen die Ring- bahn bis und von Papestraße benutzen.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe hat sich gestern an der Ecke der Friedenauer- und Fregestraße ereignet. Kurz vor dem Herannahen des Motorwagens Nr. 71 der Linie D versuchte der Kutscher Waterner mit einem Lastwagen der Firma Scheid über die Gleise zu fahren. Bei der kurzen Entfernung war es dem Führer nicht mehr möglich, den in voller Fahrt befindlichen Straßen- bahnwagen anzuhalten und der unvermeidliche Zusammenstoß er- folgte mit großer Gewalt. W. und dessen 7-jähriger Sohn, der ebenfalls auf dem Wod gefahren hatte, wurden auf die Straße ge- schleudert und nicht unerheblich verletzt. Auf der nahen Sanitäts- wache erhielten sie die ersten Verbände. Bei dem Straßenbahnwagen war der Vorderperron eingedrückt worden.

Aus dem Fenster gestürzt

Ist am Dienstag der Walergehilfe Ernst Gieseler, der aus Berlin vor kurzem nach Eberwalde gezogen war, wo er in der Eisenbahn- straße 83 wohnte. Dienstag lehrte er in äußerst aufgeregter Stimmung heim. Auf Befragen, was ihm widerfahren sei, gab er keine Antwort. Einen Arbeitskollegen, der mit ihm zusammen wohnte und der bereits geschlafen hatte, weckte er, und das Fenster aufreißend, rief er ihm zu: „Adieu lieber Freund! Ich springe jetzt aus dem Fenster!“ Im nächsten Augenblick sprang er auf das Fensterbrett hinauf und stürzte sich vor den Augen des Fremdes in die Tiefe hinab. Mit zertrümmertem Schädel blieb er unten liegen. Der Tod trat fast auf der Stelle ein.

Aus dem Fenster gestiegen ist am Dienstagabend die acht- jährige Grete Trebe, Kochhamstr. 31. Aus dem dritten Stock im Quergebäude stürzte sie aus dem Fenster der elterlichen Wohnung. Das Kind hat schwere Verletzungen davongetragen und ist es zweifel- haft, ob es mit dem Leben davonkommen wird.

Als Grund wird angegeben, daß das Mädchen von der Mutter in der unmenschlichsten Weise mißhandelt worden sein soll. Nachbarn haben schon vor 14 Tagen die Polizei auf die Mißhandlungen auf- merksam gemacht. Wegen der ständigen Mißhandlungen ist die Kleine wiederholt aus der elterlichen Wohnung entlaufen, um sich den endlosen Martern zu entziehen. Am 15. September nahm sich ein Arbeiter Sch. des Mädchens auf der Straße an und brachte es nach der elterlichen Wohnung. Dabei hat das Kind scheinlich, nicht zur Mutter gebracht zu werden, sondern lieber nach der Polizei. Der Arbeiter stellte die Mutter zur Rede und ersuchte sie, das Mädchen doch menschlich zu behandeln. Das wurde zwar ver- sprochen, wie aber der obige Vorgang zeigt, nicht gehalten. Wie uns noch berichtet wird, ist von den fünf Kindern bereits eins im Waisenhaus, auch nur der Mißhandlung wegen.

Umfangreiche Pferdewurfschwindelereien, wie sie in solchem Um- fange bisher auch in Berlin noch nicht vorgekommen sind, ist man heute auf die Spur gekommen. Seit Monaten schon gehen aus der Pferdewurfsfabrik von Johann Hoffmann in Weihensee, Char- lottenburgerstr. 151, große Posten Pferdewurst, wöchentlich etwa 100 Zentner, zum Teil nach dem westlichen Deutschland. Das ganze heimliche Gebaren des Transportes und die Tatsache, daß Hoff- mann an seinem Wagen keine Firma hatte, ließ darauf schließen, daß diese Wurst als echte in den Handel gebracht wurde. Es ist nun nach wochenlangen Bemühungen gelungen, die Empfänger zum Teil festzustellen. Es hat sich herausgestellt, daß der größte Teil der Wurst nach Dortmund, Köln und Frankfurt a. M. gegangen ist. In Dortmund allein hat ein Kauf- mann Max Brandino wöchentlich 50 Zentner erhalten, um sie dann in den Speisewirtschaften der Kohlenreviere ab- zusetzen. Aber auch in Berlin und den Vororten sind namentlich an Schankwirts, Grünkrämmler und Milch- händler derartige Wurstsorten von einem „Schlächtermeister“ Max Jonas aus Weihensee, Langhansstraße, als echte Ware verkauft worden. Jonas, der ebenfalls seine Firma an seinem Wagen hatte, redete den Geschäftskleuten vor, daß er die Wurst aus bestem Rind- fleisch selbst herstelle. Tatsächlich hat er aber weder eine Werkstätte noch einen Laden, sondern erhielt seine Wurst lediglich bei Tag- und Nachtzeit von Hoffmann. Die Wurst wurde ihm entweder in einer entlegenen Straße ausgehändigt, oder aber mit einem Handwagen in früher Morgen- oder später Abendstunden nach seiner Wohnung ge- bracht. Die Angelegenheit wird für die Beteiligten noch ein langes Nachspiel vor Gericht haben.

Zwischen Wagen und Hauskur gequetscht. Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag am Kottbuserdamm 66 zu- getragen. Die achtzehnjährige Mäherin Hedwig Prießel, Kaiser Friedrichstr. 45 wohnhaft, war von ihrer Arbeitgeberin, die in dem erstverkauften Hause wohnt, gebeten worden, einen von dem Grund- stück stehenden Handwagen mit Hausgerät zu beschaffen. Das junge Mädchen stellte sich zu diesem Zweck in den LKW. Es be- achtete dabei nicht, daß ein mit Säden beladener Lastwagen der Firma Hugo Rönning in das Grundstück einbog. Als die P. die

große Gefahr, in der sie schwebte, gewahrte, war es zu spät. Die Kutsche wurde so unglücklich zwischen das Fuhrwerk und die Wand gequetscht, daß ihr die Brust vollständig eingedrückt wurde. Durch einen gellenden Schrei wurden die Hausbewohner auf den Unfall aufmerksam gemacht. Man befreite die Verunglückte aus ihrer fürchterlichen Lage und brachte sie nach dem Krankenhaus am Urban. Der Zustand des jungen Mädchens ist äußerst bedenklich.

Ein weiterer schwerer Straßenschiff trug sich gestern am Anton- platz zu. Der Arbeiter Richard Doppelstein, Lotzringstr. 20 wohn- haft, war vor einem herankommenden Straßenbahnwagen geraten und als er sich durch einen Seitenprung in Sicherheit bringen wollte, kam er zu Fall. Unglückslicherweise nahte in diesem Augenblick ein mit Gras beladener Lastwagen. Der Kutscher vermochte die Pferde nicht mehr rechtzeitig zum Stehen zu bringen, und das Fuhrwerk ging über D. hinweg. Der Unterleib sowie beide Beine wurden schwer verletzt. Der Verunglückte fand im Auguste Victoria- Krankenhaus Aufnahme.

Der Gesangverein Norddeutsche Schiffe veranstaltet am 29. Sep- tember in Kellers Festsälen (Inhaber Freyer), Kopenstr. 29, ein Vokal- und Instrumentalkonzert unter Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters. Das reichhaltige Programm garantiert jedem Freund guten Gefanges und schöner Musik einen aufregenden Abend.

Feuerbericht. Infolge einer Kettzerexplosion kam in einer Drogenhandlung in der Potsdamerstr. 117 Feuer aus, das auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Frankfurter Allee 28 zu tun, um dort ein Pferd, das in einer tiefen Grube zu verenden drohte, in Sicherheit zu bringen. In der letzten Nacht mühten zwei Bände, die in Wohnungen ausgekommen waren, in der Mühlenstr. 37 und Oldenburgerstr. 27 gelöscht werden; ferner ein Kellerbrand in der Prinzenstr. 73.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine größere Stimmungslage als die Liberalen in dem bevor- stehenden Stadtverordnetenwahlkampf an den Tag legen, läßt sich kaum denken. Unter Preisgabe aller ihrer Grundsätze machen die Herren dieser Gruppe von Wählern diese Versprechungen, während sie gleichzeitig einer anderen Gruppe gegenüber sich für das Gegenteil einzusetzen verpflichten. Ein besonders drastischer Fall hat sich in den letzten Tagen ereignet. Der Vorstand des Charlottenburger Haus- und Grundbesitzervereins von 1895 hatte in einem Flugblatt seine Mitglieder gewarnt, sich dem Liberalismus anzuschließen, und eine liberale Mehrheit als eine zu bekämpfende Gefahr hingestellt. Gegen dieses Flugblatt erlassen 12 Mitglieder der liberalen Fraktion eine Erklärung, worin sie sich gegen die Behauptung verwahren, daß die liberale Fraktion in wichtigen, den Hausbesitz betreffenden Fragen die Erwartungen des Vereins getäuscht haben. Die liberalen Stadtverordneten hätten den den Hausbesitz betreffenden Fragen gegenüber keineswegs verweigert, sondern noch mehr Verständnis dafür bewiesen als die Unpolitischen. Zum Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung wird in der Gegenerklärung auf eine Reihe von Vorlagen hingewiesen, die dank der Initiative der liberalen Fraktion zustande gekommen sind und von denen der Haus- und Grundbesitz Vorteile hat. Was die Liberalen in dieser Erklärung ausführen, ist durchaus richtig; sie hätten ruhig noch hinzufügen können, daß sie sich auch sonst bei jeder Gelegenheit als Sachwalter des Haus- und Grundbesitzes gezeigt, daß sie sich besonders scharf gegen die Einführung einer Wertzuwachssteuer in Charlottenburg er- klärt, und daß sie das Hausbesitzerprivileg, wie es die Städteordnung vorsieht, energisch verteidigt haben.

Kun aber kommt die Mehrheit der Redakteure. Zu derselben Zeit, wo von liberaler Seite ein Rufus verbreitet wird, in dem die Liberalen als Förderer der Interessen des Grundbesitzes verherrlicht werden, gehen sie zu dem Wählerverein, dessen Interessen naturgemäß denen des Haus- und Grundbesitzervereins schmerzhaft gegenüberstehen, und suchen auch dort Propaganda für sich zu machen. Ein liberaler Stadtverordneter schilderte in einem Vortrage die Tätigkeit der liberalen Fraktion. Hieraus beschloß der Verein, nur diejenigen Kandidaten zu unterstützen, die sich für folgende Forderungen erklären würden: 1. Einführung der Wertzuwachssteuer in Charlottenburg, 2. Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes in Charlottenburg, 3. Vermehrung und Erhaltung des städtischen Grundbesitzes, 4. Unterstützung gemeinnütziger Bauvereine. Und der liberale Referent? Er erklärte sich, wie wir in dem Organ der Liberalen lesen, als Mitglied der liberalen Fraktion im wesentlichen für diese Forderungen, und auch ein anderer antwortender liberaler Stadtverordneter betonte, daß diese Fragen baldigst in Charlotten- burg gelöst werden müßten.

Den Hausbesitzern gegenüber also spielen die Liberalen sich als waschechte Hausagrarier auf, den Mietern gegenüber geben sie vor, deren Interessen zu vertreten. Jeder Kommentar erübrigt sich.

Gestern abend waren von 7 1/2 Uhr an sämtliche Straßen ohne Beleuchtung infolge Kurzschluß in der Hauptmaschine des städtischen Elektrizitätswerkes. Am schlimmsten wurde dies in den Straßen empfunden, wo keine Reserve- Gasbeleuchtung vorhanden ist. Es ist schon das vierte Mal, daß Charlottenburg von dieser Katastrophe betroffen wird. In allen größeren Restaurants und Etablissements mangelt es an Beleuchtung. Das Schiller-Theater mußte infolge der fehlenden Beleuchtung die Vorstellung fortsetzen lassen. Die elektrische Straßenbahn fährt erst wieder seit 7 1/2 Uhr. Es ist schon seit langem angeregt worden, im städtischen Werk eine Reservemaschine aufzustellen, doch bis jetzt ohne Erfolg. Der Schaden, der durch diesen Vorfall entsteht, ist ein ganz be- deutender.

Schöneberg.

Als Termin für die Stadtverordnetenwahlen ist in der dritten Abteilung Sonnabend, der 2. November, in Aussicht ge- nommen. Die zweite Abteilung wählt am 5. und die erste Abteilung am 7. November. Insgesamt sind 27 Stadtverordnete neu zu wählen, davon in der dritten Abteilung neun. Die sozialdemo- kratische Partei hat in der dritten Abteilung zwei Mandate zu be- haupten und zwar die Mandate der Genossen Käster (5. Bezirk) und Wämler (6. Bezirk). Vier Mandate in der dritten Ab- teilung müssen von Hausbesitzern besetzt werden, es sind dies die beiden Mandate des 1. Bezirks und je ein Mandat des 2. und 3. Bezirks.

Die sozialdemokratische Partei hat bereits zu der Kandidatenfrage Stellung genommen und folgende Genossen als Kandidaten in der dritten Abteilung aufgestellt:

1. Bezirk: Paul Wagnan und Franz Thiele.
2. Bezirk: Ernst Döhl.
3. Bezirk: Hermann Kollensuhr.
4. Bezirk: Wilhelm Wämler.
5. Bezirk: Reinhold Käster und Albert Wolfram.
6. Bezirk: Eduard Bernstein und Richard Gabriel.

Die bürgerlichen Parteien sind sich in der dritten Abteilung noch nicht schlüssig geworden. Nur die Liberalen haben die Normierung ihrer Kandidaten vorgenommen. In der dritten Abteilung werden von dieser Seite gegenüberstehen: im 1. Bezirk: Stadt- verordneter Preß und Kräftest Denck; im 2. Bezirk: Stadt- verordneter Gottschalk; im 3. Bezirk: Stadtverordneter Freund; im 4. Bezirk: Oberpostdirektor Caspar; im 5. Bezirk: Stadtverordneter Dr. Vohberg und Sekretär Stylow; und im 6. Bezirk: Stadt- verordneter Gottschalk und Lehrer West.

Groß-Lichterfelde.

Ein unangenehmer Zwischenfall erfolgte bei einer Lichtbild- vorführung in der Petruskirche. Einem der Zuschauer wurde die Aussicht arg durch einen Damenhut versperrt, weshalb er in barschem Ton die Dame aufforderte, den Hut abzugeben. Als letztere dieser Aufforderung nicht nachkam, verlegte ihr der Ungebuldige einen Faustschlag in das Gesicht und verschwand. Bei der hierdurch ein- getretenen Aufregung und dem großen Gewühl konnte der freie Geleise nicht bingfest gemacht werden. Die verunglückte Frau wird über ihren christlichen Bruder nicht sehr erbaut sein.

Lankwitz.

Unter den Rädern eines Vorortzuges getötet wurde der 34-jährige Glasermeister Friedrich Roth aus der Kaiser Wilhelmstraße 49. Nachts war er bei dem Kilometerstein 8.3 in der Nähe von Groß-Lichter- felde über die Vorortgleise geschritten und dabei von der Maschine des um 1.25 Uhr von Lankwitz abfahrenden Zuges erfaßt worden. Der Körper des Unglücklichen wurde vollständig zermalmt und bis zur Unkenntlichkeit entsetzt. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt und in die nächste Friedhofshalle übergeführt worden. Ob es sich hier um einen Selbstmord oder um einen verhängnisvollen Unglücks- fall handelt, bedarf noch der Aufklärung.

Lichtenberg.

Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl scheint berufen zu sein, auch weiteren Kreisen der Wähler die Herren von „Reich und Bildung“ in ihrer Radtheit zu zeigen. Als Rivale des „Bürger- vereins“, der in der guten alten Zeit, d. h. ehe die bösen Sozials sich an dem kommunalen Leben am Orte beteiligten, die Mandate „ber- teilte“, tritt bei dem bevorstehenden „Wahlkampf“ der Grund- besitzerverein Lichtenberg-Df in die Schranken. Nun haben einzelne Interessengruppen sich an diesen neuen Schrittmacher für die Stadt- verordnetenwahlen gewandt und ersucht, gest. zu gestatten, an den- selben teilnehmen zu dürfen. So wenigstens macht der Verein durch das hiesige Ortsblatt der 1861. Einwohnerzahl kund. — In der Nr. 210 vom 8. September berichteten wir, daß auch der Verein der Gast- und Schankwirte von Lichtenberg und Umgegend sich nach dem Bericht im Ortsblatte an den Grundbesitzerverein gewendet habe mit dem Wunsche, sich mit dem Grundbesitzerverein hinsichtlich der demnächstigen Stadtverordnetenwahlen ins Einvernehmen zu setzen. Diefem „Wunsche“ habe der Grundbesitzerverein bereitwillig zugestimmt; auch dem Bunde der deutschen Militäranwärter wird die erbetene Unterstützung bei den Wahlen in der dritten Klasse bereitwillig zugesagt. Unwiderrprochen untersteht dann im Ortsblatt in einem Eingangsart. ein „Kollege“ das Vorgehen des Vereins der Gastwirte. Unter dem Datum des 21. September läßt nun der Vorstand des Vereins der Gastwirte von Lichtenberg eine Verdringung ergehen, nicht etwa an das „Ortsblatt“ sondern an uns. Es wird darin betont, daß es nicht wahr sei, daß der Verein sich an den Grundbesitzerverein gewendet habe, er habe absolut nichts zu tun mit der ganzen Angelegenheit! Der Reichslügenverband wird sich seiner Schüler freuen!

Grünau.

„Du sollst Deinen Vater und Deine Mutter ehren!“ so steht's in der Bibel zu lesen, so wird's in der Kirche gepredigt — und so lehrt's auch die Schule. Was aber tut die Schule, um ihre Bög- linge zur Befolgung dieses Gebotes anzuleiten? Wie der Lehrer Kirsten seinen Schülern das vierte Gebot durch ein anschauliches Beispiel beleuchtet hat, das verdient weiteren Kreisen bekannt zu werden. Ein Schüler G. aus seiner Klasse war von seiner Mutter für einen Tag zu Hause behalten worden, weil Frau G. erkrankt war und von Diphtheritis befallen zu sein fürchtete. Am andern Tage ging der Junge wieder zur Schule und übergab vor versammelter Klasse Herrn Kirsten einen Ent- schuldigungszettel, auf dem sein Vater den Versäumnisgrund mit- teilte. Herr Kirsten aber gerich den Entschuldigungszettel. Er legte dann aus nicht ersichtlichen Gründen den Jungen über und bewachte ihn mit dem Rohrtod. Als hierauf der Junge sagte, seine Mutter werde nach der Schule kommen, soll Herr Kirsten ihm angelächelt haben, daß er die Mutter mißhandeln werde. So ist von Schülern der Klasse diese Szene ausgeführt worden, und so haben sie sie zu Hause erzählt. Der Vater, der gleichfalls davon Kenntnis erhielt, hat sich bei dem Rektor beschwert und ihm eine Anzeige beim Kreis Schulinspektor in Aussicht gestellt. Herr G. und seine Frau waren der Meinung, daß ein solches Verhalten des Lehrers Kirsten doch wahrhaftig nicht geeignet sei, in ihrem Jungen die Achtung vor seinen Eltern zu steigern. Man schildert uns diesen Herrn Kirsten überhaupt als einen großschaligen Mann, der gegen seine Schüler rasch zum Stock greife und mit Eltern schon böse Austritte gehabt habe. Es wäre ihm vielleicht ganz dienlich, wenn tatsächlich einmal eine höhere Instanz ersucht würde, sich seine Amtsführung etwas genauer anzusehen.

Ober-Schönebeide.

Die Abneigung der Polizei vor der roten Farbe — diesmal in Gestalt von zwei Wagnern, welche beim Volksfest der hiesigen Arbeitervereine ein Straßmandat von 10 Mark eingebracht. Er soll großen Unfug verübt haben.

In der Bevölkerung ist man der Meinung, daß die Polizei wichtigere Aufgaben zu erfüllen hätte, als nach der roten Farbe zu spähen. Mit solchen kleinlichen Maßregeln kann man selbstverständ- lich die Parteibewegung nicht treffen. Im übrigen erscheint unsern Genossen die rote Fahne ebensowenig als grober Unfug, wie den „Herren der Ordnung“ die Schwarzweihrote.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Als Ersatz für drei aus dem Steuerausschuß ausgeschiedene Mitglieder wurden die Herren Reich- helm, Nicolaus und Rodrom gewählt. Sodann wurde über die schon vor einiger Zeit angeschnittene Forderung der Freibankordnung verhandelt. Die Verhandlungen in der Kommission mit den Schlächtern haben ergeben, daß es angebracht erscheint, die Freibank nach einem belebteren Orte zu verlegen. Da die Schlächtermeister sich bereit erklärt haben, die größeren Unkosten zu beden, hat die Kommission beschlossen, die Freibank nach der Provinzstr. 129 zu verlegen. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung betreffend Beschul- sorgung über die grundsätzliche Regelung der Unfallfürsorge für die Gemeindebedienten wurde nach lebhafter Diskussion, an welcher sich auch Genosse Schilling beteiligte, beschlossen, ein Ortsstatut auszu- arbeiten, ähnlich wie es die Stadt Varnen besitzt. Eine Versicherung unserer Beamten bei einer Privatversicherung würde, wie durch Nachfrage festgestellt wurde, mindestens 5000 M. pro Jahr kosten. — Das Ortsstatut der Gemeinden Reinickendorf und Wittenau in Schönebeide soll bis zur Zeit seiner endgültigen Veranlagung verpackt werden und sind bereits Angebote von 15 bis 21 Mark pro Morgen je nach Lage und Beschaffenheit angeboten worden. Nach kurzer Debatte wurde dem zugestimmt, ebenso dem Antrag, das übrige Land selbst zu bewirtschaften und es durch Herrn Pöfer, welcher letzterem für seine sonstigen Bemühungen 200 Mark bewilligt wurden, bestellen zu lassen. Außerdem soll eine Drillmaschine angeschafft werden. Zur Deckung der Kosten des Riesleigutes wurde beschlossen, eine Anleihe von 200 000 Mark bei der Kur- und Reumärktischen Darlehnskasse aufzunehmen. Die sehrzeit im Etat vorgesehene Summe zur Freisetzung der Unkosten für Dienstleistung der Ge- meindebedienten reicht infolge der Vermehrung der Beamten nicht aus, und wurden deshalb nach kurzer Debatte 12500 Mark nach- bewilligt. Zwei Oberlehrerstellen sollen zum 1. April 1908 am hiesigen Realprogymnasium neu begründet werden. Zum Schluß wurde noch die hypothekarische Belastung in Höhe von 76 000 Mark des von der Allgemeinen Häuserbau-Aktiengesellschaft erworbenen Grundstücks, auf dem die Gemeinde eine Gasanstalt zu errichten be- absichtigt, genehmigt. Es folgte eine geheime Sitzung.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher- Geheilen, Berlin. Heute abend 10 Uhr, Versammlung im Lokale Duden- straße 48.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Reichel. Heute abend 9 1/2 Uhr, Berlinerstr. 14 bei Schmidt: Mitgliederversammlung und Vortrag.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde

Findet vom 1. Oktober nicht mehr Friedrichstr. 16, sondern im Rindenkstr. Nr. 3, zweiter Hof, Eingang III, 4 Treppen, Fahrstuhl

wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen anzufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— H. 20. 1. Engländer 15. 2. Der Antrag ist bei dem Magistrat, Abteilung für Immobilienversicherung, Köllnischer Park, zu richten. Inwieweit es, den Antrag zu Protokoll zu erklären. — R. 2. Pächterfrage. Die Kündigung kann vorgenommen werden. Auf Widerspruchslage der Frau hin würde die Freigabe erfolgen. Die Frau hat aber den Beweis zu führen, daß die Sachen ihr gehören. — J. 2. 141. 1. Wenn nicht etwa der Vertrag gegenseitige Bestimmungen enthält, steht dem Väter dieses Recht nicht zu. 2. Ja. — H. 3. Wenn Sie sich an den Verein für Lebensversicherung, Bureau Weststraße 5. — 1000. Sie würden mit Erfolg reklamieren können. In der Beschwerde hätten Sie darzulegen, daß Sie hier Steuern bezahlen und dort nur vorübergehend weniger als 1/2 Jahr sich aufgehalten haben. — H. 21. Wegen das Urteil des Schiedsgerichts, das Ihnen zugestimmt wird, müssen Sie Refus an das Reichsversicherungsamt innerhalb eines Monats nach der Zustellung einlegen. — G. 2. 99. 1. Rein. 2. Wenn Bestimmungen des nicht bekannten Vertrages nicht entgegenstehen, ja. — Wissen 92 D. Rein. Sie können nur auf Zahlung klagen und dann in die Sachen Zwangsversteigerung vornehmen. — C. 2. 11. Nach Ansicht des Kammergerichts ist das ohne vollständige Genehmigung unzulässig, weil es eine nicht genehmigte Kette darstellt. — G. 2. 1. 1. Ja. 2. Ja. — W. 2. 23. Rein. — P. 2. 1. u. 2. Ja. Die Annahme hat bei der Hauptverteilung der direkten Steuer zu erfolgen. 3. Wenn mehr das Anlagekapital 3000 RM. noch der Jahresgewinn 1600 RM. übersteigt, haben Sie Gewerbesteuer nicht zu zahlen. — G. 2. 150. Das Institut ist nicht bekannt. — G. 2. 21. 1. Circa 50 bis 100. 2. Ja. Sie können aber mit Erfolg Stundung unter Vorlegung der Vermögensverhältnisse bei der Steuerdeputation beantragen. — Fering. Das Geschäft müßten Sie an die Reichsdeutsche Volksverwaltung und an die Korrespondenz richten. — W. 2. 14. Rein. — S. 2. 12. 1. Einen solchen Paragraphen gibt es nicht. 2. Eine gesetzliche Steuerbefreiung existiert nicht. 3. Rein. — R. 2. 101. 1. Ja. 2. Nein. Sie können aber Befreiung des Einkommens verlangen. — G. 2. 13. 1. Sie müßten dem Väter mitteilen, daß Sie auf seine Kosten das Hotel besichtigen lassen und Schadenersatz verlangen werden, und Ihre Drohung ausführen. Für berechtigt zum Fahren würde Sie der Richter nicht erachten. 2. Sie sind im Verzug. — G. 4. Falls Sie Denker sind: 1. bis 3. Ja. Sie würden außerdem nachweisen müssen, daß Sie sich dort niedergelassen haben. — P. 3. 19. Wegen des Arbeitsbuches wenden Sie sich an den Magistrat. — G. 30. 1. und 2. Ja. — St. 37. 1. Rein. 2. Rein, die vertraglichen Bestimmungen unterliegen das. — C. 2. 100. Das Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, ist zuständig. Der Antrag muß von einem Notar oder dem Gericht aufgenommen werden. Beglaubigung durch die Polizei genügt nicht. — G. 20. 75. Der Stempel ist richtig berechnet; der Briefstempel wird für die

Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar berechnet und ist auch für Teile des Jahres zu zahlen. — G. 2. 21. 1. Circa eine Mark. 2. und 3. Ja. — H. 2. 60. Wenn Sie sich an General von Baumgarten, Berliner Platz 17. — 37 23. 50. Der Direktor der hiesigen Handelschule gibt Ihnen bereitwillig die sachverständige Auskunft. — T. 30. Und nicht gefällig. — G. 2. 16. Im Fall einer Klage würden Sie nicht ablegen. Rechnen Sie den angebotenen Betrag an. — H. 2. 15. Leider nein.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthaus-Direktion. (Großhandel) Weizen Ia 70-72 per 100 Pfd., Ha 64-69, IIIa 59-62, Weizen Ia 63-65, Ha 51-60, Röhre, feil 50-53, do. mager 40-48, Pfeffer 54-62, Bollen, holl. 55-63, do. holl. 0.00, Raffinierter 100-115, Maistreiber Ia 75-85, Ha 65-73, Röhre ger. gen. 48-60, do. holl. 48-54, holl. 0.00, Hammelfleisch, Schlachtkammer 78-80, Hammel Ia 72-76, Ha 66-71, ungar. 0.00, Schafe 54-58, Schweinefleisch 57-63, Rindfleisch Ia per Pfund 0.70-1.05, Ha 0.60, Rindfleisch Ia per Pfund 0.45-0.52, do. Ha 0.00, Rindfleisch 0.50 bis 0.65, Wildschwein 0.51, Ferkel 0.55-0.70, Rindfleisch v. Eid. 0.50-1.00, Schlachten per Stück 0.70-1.00, Streden per Stück 0.70, Rindfleisch, junge große 1.10-1.40, mittel u. kleine 0.50-1.00, alte 0.75-0.88, Kalbenschmalz 2.00-2.50, Kalbenschmalz 2.00-2.50, Weidenschmalz 2.25, Krammetschmalz 0.52, Föhner, alte, per Stück 1.50-2.70, Ha 0.80-1.40, do. junge 0.50-1.25, Föhner 0.30-0.50, italienische 0.00, Anten per Stück 1.20-2.25, dito Hamburger per Stück 2.00-3.00, Gänse per Pfund 0.55-0.65, do. per Stück 2.00-3.50, do. Hamburger per Pfund 0.70, do. Oberbruder per Pfund 0.50-0.63, Boulets per Stück 0.80-1.25, Bouleten per Pfund 0.00, Döbste per 100 Pfd. 100-111, do. matt 0.00, klein 0.00, groß 0.00, do. groß und mittel 0.00, Zander 0.00, do. klein 0.00, dito mittel 0.00, Schleihe, groß 0.00, klein 152-177, do. unsort. 0.00, do. mittel 0.00, Kalle, groß 101, do. klein und mittel 74-77, do. mittel 0.00, do. unsortiert 0.00, do. groß-mittel 0.00, do. klein 0.00, Fische 63, do. unsortiert 0.00, Karpfen 0.00, do. Sser 0.00, do. 40-50er 0.00, 50-70er 70-73, Bunte Fische 0.00, Barbe, matt 78, do. klein 0.00, Karasch 93, Wels 0.00, Hele 0.00, Barbe 0.00, Aland 0.00, Quappen 0.00, Aal 0.00, Amerik. Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110-130, do. Ha neuer 90-100, do. IIIa 0.00, Seelachs 10-20, Hummer, Ruder, Siegel Ia 2-6, mittel Röhre 1-2, Humd. Siegel 4-6, halbe Röhre 3-3, pommer. Ia Schod 9.00, Ha 2-1, Badinge, Röhre per 100 Pfd. 2.00, Strahl. 2-3.50, Bornh. 0.00, Kalle, groß per Pfund 1.10 bis 1.40, mittelgroß 0.80-1.10, klein 0.60-0.80, Deringe per Schod 5-9, Schellfische Röhre 3-4.00, 1/2 Röhre 2.00-2.50, Sardellen 1909er per Kiste 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90-93, Schottische Böhleringe 1905 0.00, large 40-44, fall 38-40, mod. 36-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Röhre, per 1/2, To. 50-120, Sardinen, russ., Röhre 1.50-1.60, Praterlinge per 100 Pfd. 1.40, do. Böhre (4 Liter) 1.40-1.70, Reunagen, Schodung 11, do. kleine 5-6, do. Röhre 14, Krebse per Schod 18, große 0.00, do. mittelgroße 0.00, do. kleine 3.10-3.20, do. unsortiert 4-4.50, Galfir, groß 0.00, do. unsort. 0.00, Eier, Lende, unsortiert per Schod 3.60-3.80, do. große 4.40, Butter per 100 Pfd. Ia 122-124, Ha 112-118, IIIa 100-108, abfallende 90-95, Saure Gurken, neue, Schod 4.00, Pfeffergurken 4.00, Kartoffeln per 100 Pfd. Daberjche 2.75-3.00, weiche runde 2.25-3.00, blaue 0.00, Rosen 2.25-2.50, Nieren 0.00, Porree, Schod 0.50-1.00, Meer-

rettlich, Schod 5-12, Spinal per 100 Pfund 15-18, Sellerie, per Schod 2.00-3.00, Preiselbein per 100 Pfd. 2.50-3.20, do. Perl. 40.00-60.00, Schalotten 40.00-50.00, Petersilie, grün, Schodbund 1.00-1.25, Kohlraabi Schod 0.50-1.00, Rettich, bayr., neuer Stück 0.07-0.10, hiesiger Schod 2.50-3.50, Röhrrüben, 100 Pfund 2.00 bis 3.00, Karotten, hiesige, Schodbund 2.00-3.00, Kürbisschl per Schod 4.00 bis 10.00, Rotkohl, Schod 6-10, Weißkohl 2-2.50, Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 5-14, do. Hamburger 100 Stück 0.00, do. Bruxter 100 Stück 3.00-6.00, Petersilienwurzel, Schodbund 3.00-4.00, Schoten per 100 Pfd. 8-12, 20-35, Schnittlauch 1.00-1.25, Pfefferkörner per 100 Pfd. 8-12, Stachelbeere per 100 Pfund 15-25, Nadelbeeren per Schodbund 0.75-1.25, Salat per Schod 1.50-2.50, Gurken, Gummigurke, Schod 10-25, do. böhm. Schod 0.50, do. Pleguiger Schod 2.75-5.00, do. Kolbenburger 2-2.50, Bohnen, grüne, 100 Pfund 12-20, Bohnschoten, per 100 Pfund 18-35, Tomaten per 100 Pfund 8-12, rote Röhren, per 100 Pfund 2.50-3.00, Röhren, Beeliger, per 100 Pfd. 10-12, Kürbis 3-5, Preiselbeeren per 100 Pfd. 18-24, schwebeliche 27-28, Birnen, 100 Pfd., Italiener 8-17, Tiroler 10-25, hiesige 0.00, Salander 0.00, Röhrrüben 4-8, Zaisbirnen Ia 10-25, do. Ha 4-8, Kürbisse, hiesig, per 100 Pfd. 8-20, ital. in Röhren zu 12 Stück 1.50-1.75, do. in Röhren Ia per 100 Pfd. 18-25, do. Ha in Röhren per 100 Pfund 10-15, Kefel, italienische, per 100 Pfund 7-10, hiesige 0.00, Gravensteiner Ia 0.00, do. Ha 0.00, Kirschen Ia 20-45, Ha 15-30, Kirschen, hiesige, 3-4, Röhre 4-8, Zais Ia 15-23, do. Ha 7-12, Ballen per Schod 1.50-2.50, Kirschen, pr. 100 Pfd. hiesige 6-10, ungarische 0.00, Badener, Röhre, 0.00, kerbische 0.00, Weintrauben, ital., per 100 Pfd. 13-20, französische 17-20, türkische 16-18, Annas I, per Pfd. 0.85, do. II 0.40, Zitronen, Messina, 300 Stück 12.00-20.00, do. 500 Stück 12.00-16.00, do. 300 Stück, 12.00-16.00, do. 150 Stück 7.50 bis 9.00, Bananen, gelb, per 100 Pfd. 18.00-20.00, grün 0.00, Melonen, per 100 Pfd. hiesige 25-30, ital. 10-15, holl. 0.00, spanische 5-8, ungarische 10-12.

Witterungsübersicht vom 25. September 1907.

Table with columns: Stationen, Barometer, Wind, Temperatur, etc. for various locations like Ebnethode, Danzberg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 26. September 1907. Zunächst meist heiter und trocken, am Tage warm bei mäßigen südlichen Winden, später zunehmende Bewölkung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 26. September. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Tanzhäuser. Königl. Schauspielhaus. Die Rabensteinerin. Deutsches. Prinz Friedrich von Homburg. Kammerjule. Liebel. (Anfang 8 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Das Glas Wasser. Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Schmutzler. Schiller Charlottenburg. Das vierte Gebot. Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der blinde Passagier. Berliner. Die tanzenden Männchen. Freitag. Der Bund der Jugend. Neues. Der Dieb. Kleines. Vater und Sohn. Zentral. Unsere blauen Jungens. Komische Oper. Werther. Deutsches. Die lustige Witwe. Varietetheater. Hufarenfieber. Meridien. Haben Sie nichts zu verzollen? Trianon. Fräulein Josette — meine Frau. Uballa. Ihr Sechz-Uhr-Dintel. Carmen. Gertrud Hofe. Der Held des Tages. Theater an der Spree. Der Wittenbuder. Metropoli. Das muß man seh'n. Apollo. Schweizer Schiffer. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Bolles Caprice. Geteilte Liebe. Antiduellanten. Gunter Teil. Casino. Die wilde Jagd. Gebr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachleben. Passagier. Coma Nanfen. Spezialitäten. Wintergarten. Anne Daneray. Anne Dinkens. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Prater. Bühne und Welt. Urania. Tanzrevue 18/49. Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat. Sternwarte. Zwillingenstr. 67/62. Ferdinand Bonn. Berliner Theater. Anfang 8 Uhr. Die tanzenden Männchen. Freitag: Die Jungfrau von Orleans. Sonnabend: Die tanzenden Männchen. Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Der Dieb. Freitag: Abvatalche Liebe. Sonnabend, Sonntag: Der Dieb. Wahspiel von Johanna Dybwad aus Christiania. Montag, 30/9.: Baumeister Solneh. Dienstag, 1/10.: Rosmersholm. Mittwoch, 2/10.: Nora. Donnerstag, 3/10.: Gipsenher. Theater an der Spree. Köpenickerstraße 68. Täglich 8 Uhr: Der Aktienbudeifer. Mit Berliner Gesangsposse v. D. Kollisch. In Originalkostümen und Dekorationen der fünfziger Jahre.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat. Invalidenstr. 57-62; Sternwarte. Tägl. geöffnet von 7 1/2-11 U. abds.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachm. 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr zum 65. Male: Vater und Sohn. Freitag: Ein idealer Gatte. Sonnabend: Vater und Sohn. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl. Abends 8 Uhr: Vater und Sohn.

Theater des Westens.

8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingluft.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus

Anfang 8 Uhr. Der blinde Passagier. Freitag: Der blinde Passagier. Sonnabend: Die Abteilungen. Sonntag 8 Uhr: Jugend. 8 Uhr: Der blinde Passagier. Montag: Der blinde Passagier.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Haben Sie nichts zu verzollen? Schwanz in 3 Akten von Maurice Dennequin und Pierre Weber. Robert de Livelin: Rich. Alexander. Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Zentral-Theater.

Abends 8 Uhr: Unsere blauen Jungens. Vaudeville in 3 Akten.

Luisen-Theater

Anfang 8 Uhr. Carmen. Freitag zum 1. Male: Witterlegen. Sonnabend 4 Uhr: Abendvortragung: Prinzessin von Marsippan. Abends: Die beiden Reichenmüller. Sonntag nachm.: Carmen. Abends: Witterlegen. Montag: Amerikafest.

Walhalla Variete-Theater

Reinbergweg 19/20, Reinberg-Lor. — Anfang 8 Uhr. Das originale Sept. Programm. Haro Hiss, der Knieht hebt ein Automobil mit den Zähnen. Tunnel: Konzert I. Theaterbes. frel.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Schmutzler. Romdile in 4 Akten v. Arthur Dinter. Freitag, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Kosmischer Kosmos. Sonnabend, abends 8 Uhr: Monna Vanna. Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Das vierte Gebot. Selbstschad in vier Akten von Ludwig Angenruber. Freitag, abends 8 Uhr: Heimat. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Herr Senator.

Gesang-Verein „Norddeutsche Schleife“

(M. d. A.-S.-B.). Sonntag, 29. September 1907, in Louis Kellers Festsälen (Inhaber: Freyer), Koppenstr. 29:

Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert

unter Leitung des Chormeisters Herrn H. Bosch, unter Mitwirkung des „Berliner Sinfonie-Orchesters“ unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Maximilian Fischer.

Erster Teil. 1. Einszug der Gäste auf der Wartburg aus der Oper „Tannhäuser“ v. Wagner. 2. Ouverture zur Oper „Martha“ v. Flotow. 3. Zug der Frauen aus „Lohengrin“ v. Wagner. 4. Gesang: a) Alpenrose v. Dr. Leitner. b) Spielmannsfahrt J. Schwartz. Zweiter Teil. 5. Ouverture „Wilhelm Tell“ v. Rossini. 6. a) Traumverloren v. Bion. b) Loin du Bal v. Gillet für Streichinstrumente für Streichinstrumente Hogar. 7. Gesang: Totenwaise aus „Traviata“ v. Verdi. Dritter Teil. 9. Ouverture „Die schöne Galathé“ v. Suppé. 10. Cavatine für Cello Raff (Herr Fritz Groß). 11. Gesang: Tantalus Zöllner. 12. Ceardas „Der Geist des Wojwodon“ v. Großmann. Viertes Teil. 13. Potpourri aus der Operette „Die Florentiner“ v. Strauß. 14. Gesang: a) Abschied v. Neumann. b) Nachtsauber v. Storch. 15. Im Uhrenladen, Humoreske v. Orth. 16. Abschied der Gladiatoren, Marsch v. Blankenburg. Die mit einem * bezeichneten Piecen werden vom Verein gesungen. Während des Konzerts Rauchen verboten.

Von 6 Uhr ab im Neben-Saal, Tanz. Herrin, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Eröffnung 5 Uhr. [2055] Anfang 8 Uhr. Program an der Kassa gratis.

Zirkus Schumann

Heute Donnerstag, 28. September, abends prägte 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Galaprogramm. U. a.: Vierfache hohe Schule, geritten von den Damen Mathilde Renz, Dora Schumann und den Herren Ernst Renz, G. Hess. Herr Ernst Schumann auf dem „Schäfers“ „Abaca“.

Konferenz-Quadrille

von 16 Herren, dressiert und vorgeführt von Dr. Albert Schumann. Die phänomenalen Luft-Voltigeure George Bonhair-Truppe. Hierlich afrobalische Vorführungen. Außerdem die großartigen neuen Spezialitäten.

XIII. Saison Zirkus Busch

Heute abends prägte 7 1/2 Uhr: Gr. Gala-Vorstellung. Frau. Carol, Gattin. Herr Willy Mann Wunderleistungen. Herr: Herr G. Schumann mit den neuesten Dressuren. Frau. Neodora, Schulleiterin. Les Bastien. Afrobalica zu Pferde. Sonntag, den 29. September: 2 gr. Gala-Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 4 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise.

DERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurterstr. 132. Heute: Der Held des Tages. Von Herr Notak. Anfang 8 Uhr. — Wochenpreis. Sonnabend nachm. 4 Uhr: 1. Kinder-Vorstellung: Der geteilte Vater.

Die Regierungen in Deutschland

kümmern sich nicht um den Handel, wenn auch durch die Vernachlässigung desselben die offene Revolution in Deutschland heraufbeschworen wird. Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbst Flugschriften und Prospekte.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr: Hufarenfieber.

Prater-Theater

Kassanien-Allee 7-9. Bühne und Welt. Schauspiel in 4 Akten von P. Dantel. Anfang 8 Uhr. Freitag zum ersten Male: Die Legenbrüder.

Theater des Zentrum.

Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18. Bis früh um Fünfe. v. Aren u. Hippelsh. Musik v. V. Ende. Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147. Direktion: Julius S. Zurl. Sonntag, den 29. September 1907, abends 7 1/2 Uhr: Lumpacivagabundus oder: Das liebliche Kleeblatt. Theater Folies Caprice. Lindenstr. 132, Echo Friedrichstraße. Täglich 8 Uhr abends: Geteilte Liebe. Die Antiduellanten. Gunter Teil. Mortens, Fleischmann, Grünsocker in den Hauptrollen. Gewerl. Theaterkaffe 10-2 und bei Berthelm.

Trianon-Theater.

Fräulein Josette — meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Haben Sie schon die Deutschen Konzerthallen, An der Spandauerbrücke 3, besucht???

1882-1907 Nie wiederkehrende Gelegenheit! Hermann Pehl, Amt III, 5694, Berlin N., Schwedterstr. 10. 10. Haus von der Schönhauser Allee. 59L* Möbel sowie ganze Wohnungseinrichtungen von 200-10000 Mark stets a. Lager. Anlässlich des 25jährigen Bestehens meines Geschäfts gebe ich beim Kauf einer Einrichtung von 750 M. an 2 komplette Fensterdekorationen gratis. 5%, Rabatt bei jedem Einkauf. Kulante Zahlungsbeding.

Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher Gastwirts-Artikel. L. Katz & Co., Spandauerstr. 45, am Holkenmarkt. Filialen: Ecke Kaiser- u. Schillingstr. und Brandenburg a. H.

Metropol-Theater
Behrenstraße 55-57.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollander. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher a. D. F. Massary
B. Darmard a. D. E. Withney a. D.
Sender, Giampietro, Josephi.
Anfang präzise 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Opello
Theater
9 1/2 Uhr:
Das kolossale Programm!
9 1/2 Uhr:

Sylvester Schäffer jr.
der weltberühmte Universalkünstler.
Stadt-Theater Moabit.
Donnerstag, den 26. September:
Othello
der Mohr von Venedig.
Schauspiel in 5 Akten
von W. Schaferspeare.
Othello . . . Dr. Bernhard Rose.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Entree 40 Pf.

Nach der Bestellung: **Gr. Ball.**
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Die Rastelbinder.
Vollstück mit Gesang von Kallier.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Sonnabend: Zerstreutes Glück.
Nach dem Roman v. Berl. Meyerh.

Palast-Theater.
Burgstraße 21.
Gente 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das schwimmende Theater.
Die 5 Marnos
The Lunas
und zehn erstklassige Nummern.

Passage-Theater.
Lona
Nansen.
14 erstklassige Nummern.

WINTERGARTEN
Triumphierender Erfolg
des
Monstre-Eröffnungs-Programms
mit Anne Daneray, Olga
Preobrajensky, Le Roy,
Talma und Bosco und
anderen Glanznummern.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
27 Kommandantenstraße Nr. 67.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Die erfolgreichsten
Nach-Komödien
:: seit 17 Jahren ::
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske, Musik
von E. Thal.
Es lebe das Nachtleben!
Separee-Affäre in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Sahisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
27 Kommandantenstraße Nr. 67.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Die erfolgreichsten
Nach-Komödien
:: seit 17 Jahren ::
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske, Musik
von E. Thal.
Es lebe das Nachtleben!
Separee-Affäre in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Sahisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
27 Kommandantenstraße Nr. 67.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Die erfolgreichsten
Nach-Komödien
:: seit 17 Jahren ::
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske, Musik
von E. Thal.
Es lebe das Nachtleben!
Separee-Affäre in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Sahisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 29. September, nachm. 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus. Berliner Theater.
8./9. Abteilung. 1./2. Abteilung.
Fuhrmann Henschel **Freiwild**
Schauspiel in 5 Aufzügen von Gerhart Hauptmann. Schauspiel in 3 Akten von Artur Schnitzler.

Herbstfest im Mozartsaal
Sonnabend, den 19. Oktober, 8 1/2 Uhr
mit darauffolgendem Ball und Gesellschaftsabend.

Schumann-Abend
unter
Mitwirkung erster Solisten.
Festmarken a 90 Pf. inkl. Programm bei sofortiger Bestellung in allen Zahlstellen.

Der 24. Kunst-Abend

Marcell Salzer
über
Ludwig Thoma
findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses
am Freitag, den 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, statt (da
der Rathaussaal an diesem Abend von der Verwaltung
dienstlich verwendet wird).
Einlaßkarten a 30 Pf. in allen Zahlstellen bei sofortiger
Bestellung zu haben.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Möbel
zu staunend billigen Preisen
auch auf 91L*
Teilzahlung.
Riesenauswahl.
M. Landau
Oranienstraße 193.

Knorr's Hafermehl
Reismehl
Grünkernmehl
Tapioka-Julienne
Suppen-Würstchen
Hahn-Maccaroni.
Grösste Ergiebigkeit und höchster
Wohngeschmack als Folge sorg-
fältigster Fabrikation u. Verwendung
bester Rohprodukte sind die un-
bestrittenen Vorzüge der Knorr'schen
Fabrikate.
Koche mit „Knorr“.

CREDIT AnALLE
Möbel-Geschäft
Besonders leistungsfähig
für bürgerl. Einrichtungen
von 250-4000 M.
Keine Ladenmiete,
billige, aber feste Preise!
Kulante Bedingungen. Bar oder Teilzahlung.
Wilhelm Misch Berlin NO.,
Gr. Frankfurterstr. 45/46
I. und II. Stock.

Tischler-Verein zu Berlin
E. H. No. 89.
Am Montag, den 29. Septem-
ber, erschießt nach langem Leiden
unser Mitglied, der Tischler
Paul Hugo Ulm
Gräfstr. 32 wohnhaft,
im 65. Lebensjahre.
Ehree seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. September, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Heiligkreuz-Kirchhofes in Marien-
dorf, Eisenstr. 62 (früher
Feldstraße) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
1907/8
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau
Mathilde Schrot geb. Poltsch
am 23. d. M. nach langem schweren
Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag-
nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichen-
halle des Heiland-Kirchhofes aus
statt. 2006
Franz Schrot, Tischler.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin
Sonntag, den 29. September 1907,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Vortrag des Direktors der Herr Dr. F. S. Archenhold:
„Bildungsanstalten und Sternwarten in Amerika“
(mit zahlreichen Lichtbildern).
Eröffnung 7 Uhr. Beginn spätestens 8 Uhr. Eintritt 40 Pf.
Garderobe frei gegen Vorweisung des Billetts. Nach dem Vortrag:
Gemütliches Beisammeln und Tanz. — Billetts sind
bei Horsch, Engel-Ufer 15 und Gottfried Schulz, Kottbusser Tor, sowie
am Eingange des Saales zu haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin. 94/20
Donnerstag, den 26. September, bei Manschke, Blumenstr. 38:
Versammlung
aller in der Näh- u. Damenschreibstich-
branche beschäftigten Kollegen.
Tages-Ordnung:
1. Verbandsangelegenheiten. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kommission.

Genossenschaft Freier Bund
Freier Gast- u. Schankwirte Berlins u. Umg.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Donnerstag, den 3. Oktober 1907, nachmittags 5 Uhr,
beim Kollegen Litfin, Berlin, Remelerstr. 67:
Außerordentliche
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Be-
richt des Vorstandes und Aufsichtsrates. 3. Verschiedenes. 145/14
— Auch findet dort Aufnahme von Genossenschaftlern statt. —
Der Vorstand.
Matthes, Berlin.

Steinarbeiter!
Berlin I.
Am Donnerstag, den 26. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im
„Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, eine
Mitglieder-Versammlung
statt.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Johann Haß** über das Thema:
„Wissen ist Macht“. 2. Generalschaftliches.
Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Ortsverwaltung.**
Besonders dringend sind die Kollegen der Firmen **Schilling**
und **Zeidler** eingeladen. 181/7*

Achtung! Steinarbeiter! Achtung!
Berlin II.
Von Montag, den 30. September, ab befindet sich unser
Streikbureau
Krausenstraße 18
und sind alle Zuschriften usw. nach dort hin zu senden. (Tel. Amt I 3341.)
161/9
Die Streikleitung. S. A.: B. Doman.

Möbel
Komplette Wohnungs-Einrichtungen in
allen Stil- und Holzarten.
Einzelne Möbel als Ergänzungsstücke.
Wochenrate 1.00.
S. Dorn, Alte Schönhauserstr. 3
Am Schönhauser Tor. 752*
1012
Witwe Marie Kasulke.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Krankschanden
und Beweise herzlicher Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben Mannes,
des Klemmners **Paul Scholtz**, sage
ich allen Verwandten, Freunden sowie
dem Deutschen Metallarbeiterverband
und den Mitarbeitern der Firma **Hein-
rich, Rührostr. 6**, meinen innigsten
Dank. 2006
Eine **Kamilla Scholtz**
nebst Kindern, Faldensteinsir. 33.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meiner
lieben Frau sage ich allen Verwandten
und Bekannten, insbesondere dem Ver-
bande der Näh- und Damenschreib-
arbeiter und Arbeiterinnen Deutsch-
lands sowie dem Genossenschaftlichen
belden Dank. 2106
Max Schulze.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die überaus reichen
Blumenspenden bei der Beerdigung
meiner innigstgeliebten Tochter **Alma**
sage ich allen Verwandten und Be-
kanten, insbesondere den Hülfs-
arbeitern und Hülfsarbeiterinnen der
Firma **Sittensfeld** meinen innigsten
Dank. 2116
Frau Matschos nebst Kindern.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten zur Nachricht, daß
mein lieber Mann, unser guter
Vater, der Tischler 2125
Heinrich Oechler
nach langen schweren Leiden am
24. d. M. verstorben ist.
Die trauernde Witwe
Ida Oechler nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Rigsdorf, Hermannstraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Rösener Viertel.)
Stadtbezirk 108a.
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Genosse, der
Tischler 263/7
Heinrich Oechler
wohnhaft Oppenheimerstr. 30
gestorben ist.
Ehree seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung
ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Klavierarbeiter
Heinrich Oechler
am 24. September verstorben ist.
Ehree seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. September, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Rigsdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
95/1
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Nachruf.
Am 18. d. M. verstarben unsere
Mitglieder, der Schmied
Anton Gepp
Swinnenländerstraße 124
und der Fuhrer
Paul Kostmann
Ulrichstraße 13.
Ehree ihrem Andenken!
266/12
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kohlegeger
Josef Lisse
am 24. September an Lun-
genleiden gestorben ist.
Ehree seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. September,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des neuen Michaelis-
Kirchhofes in Mariendorf, aus statt.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Klempner
Richard Röseler
am 23. September an Herzleiden
gestorben ist.
Ehree seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. September,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Hans-Kirchhofes
in Nieder-Schönhausen, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
153/7
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Be-
kanten zur Nachricht, daß meine
liebe Frau, unsere gute Mutter,
nach überstandener Operation am
23. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
am 26. September, nachmittags
3 1/2 Uhr, vom Razareth-Kirchhofe
in Reinickendorf aus statt. 1022
Die trauernden Hinterbliebenen
Reinhold Busch und Sohn.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie Krankschanden bei
dem Begräbnis meines lieben Mannes
Wilhelm Kasulke
sage ich im Namen aller Angehörigen
den Kollegen, Freunden und Be-
kanten, sowie den Mitgliedern des
Wahlvereins, insbesondere dem 25.
und 26. Bezirk, herzlich auch Herrn
Paul Hill, welcher sich meiner so
herzlich angenommen, meinen herz-
lichsten Dank. 1012
Witwe Marie Kasulke.

Aus Industrie und Handel.

Internationale Bohrergesellschaft
500 Prozent Dividende.

Spiegelt die stolze Hoffnungen! Können diejenigen sich sagen, die eintreten dürften in den Kreis der Aktionäre der Internationalen Bohrergesellschaft. Diese Gesellschaft ist ein typisches Beispiel dafür, wie man reich werden kann durch Arbeit — anderer. Im Jahre 1895 wurde die Internationale Bohrergesellschaft mit einem Kapital von 400 000 Mark gegründet. Sie bezweckt nach dem Gründungsstatut: Ausbeutung, Verwertung und Verkauf des Bohrverfahrens...

In der Hauptsache bestanden die lukrativen Geschäfte der Gesellschaft im Verkauf der von ihr gemuteten Kohlenfelder. Sie ließ sich beim Verkauf des Vollbesitzes gleich einen ordentlichen Vorstoß auf die späteren Gewinne der Kohlenverkäufer zahlen. Die sogenannte Bergbaufreiheit hat einzelnen Leuten Millionengewinne in den Schoß geworfen. Im Jahre 1905 verkaufte die Gesellschaft aus ihrem Besitz an Kohlenfeldern 547 249 750 Quadratmeter an eine zu diesem Zwecke von einigen Kohlenkönigen gegründete Gesellschaft — Rheinisch-westfälische Bergwerks-Gesellschaft, Rülheim a. d. Ruhr. — Der Kaufpreis betrug 35 Millionen Mark. Selbst dann, wenn die Gesellschaft bisher noch keinen Pfennig Dividende verteilt haben würde, wären die Aktionäre mit diesem einen Geschäft reichlich entschädigt worden...

Table with 4 columns: Jahr, Dividende in Prozent, Jahr, Dividende in Prozent. Rows show data from 1895/96 to 1900/01 and 1901/02 to 1906/07.

Zu den letzten drei Jahren sind auf die eine Million Mark Kapital sechs Millionen Mark Dividenden — verdient worden. Mit diesen märchenhaften Dividenden hat die Gesellschaft sich aber nicht etwa erschöpft. Bei nur einer Million Aktienkapital hatte sie nach dem Geschäftsabschluss 1905/06 einen Wertbesitz an Geräten, Maschinen usw., Bohranlagen, Effekten von 21 340 000 M. Auf dem Passivkonto figurieren: Aktienkapital eine Million Mark, Ord. Reserve 100 000 M., Vorwärtsreserve 800 000 M., Dividendenreserve 100 000 M., Erneuerungskonto 250 000 M., Akzeptenkonto 8000 M., Gläubiger 4 510 616 M., Abgläubiger 68 141 M., Gewinn- und Verlustkonto 21 340 020 M. Tatsächlich ist der Verkaufswert der Anlagen bedeutend größer als der Buchwert. Es stehen z. B. zu Buche die Bohrkräne und Rotore mit nur 10 M., Bohrrohre und Geflässe ebenfalls mit nur 10 M., Robelle mit nur 5 M., Bureauinventar mit nur 10 M. usw. Die Abschreibungen für das genannte Geschäftsjahr beliefen sich auf 3 834 851 M. (380 Proz. des Aktienkapitals) und auf neue Rechnung konnten noch 6 056 794 M. vorgetragen werden. Nach Berichten an der Börse soll der letztjährige Ueberschuß 13 1/2 Millionen Mark betragen. Außer den 5 Millionen Mark, die im Vorjahre an Dividenden verteilt wurden, gelangten zur Ausschüttung: an den Aufsichtsrat 120 000 M. und an den Vorstand 1 176 469 M. oder im Durchschnitt pro Kopf 147 000 M. Selbstverständlich bekommen die Hauptnabare auch anständige Gehälter, so daß sie sich als Direktoren, Vorstandsmitglieder, Aufsichtsräte und Aktionäre die Hände in Gold waschen. Die Gläubiger haben alle Veranlassung, diese Ordnung als die beste, erhaltungswerte, gottgewollte zu verteidigen.

Kohlenpreise.

Am stärksten sind die Kohlenpreise für rheinisch-westfälische Steinkohlen und zwar nach den Notierungen am Düsseldorfener Markte gestiegen. Im Juli der beiden Vergleichsjahre stellten sich die Preise für eine Tonne Steinkohlen an den wichtigsten Marktplätzen auf:

Table with 4 columns: Location, Coal type, 1900 price, 1907 price. Locations include Breslau, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Saarbrücken.

Sehr viel weniger ansteigend als die Preise deutscher Kohlen war die Tendenz für englische Kohlen am deutschen Markte; die Preise für britische Kohlen stehen noch durchweg ganz beträchtlich unter denen des Jahres 1900; der Preisunterschied zwischen damals und jetzt beläuft sich hier sogar noch zum Teil auf 12 M. pro Tonne. Es gibt trotzdem immer noch Leute, die die Preistreibererei des Kohlensyndikats als — mäßig bezeichnen.

Der Stahlverband pfeift.

Der Vorsitzende der Rheinisch-Westfälischen Trägerhändler-Vereinigung hat nach der „N. Volksztg.“ neuerdings wieder ein Schreiben an die Mitglieder der Vereinigung gerichtet, in dem gesagt wird, daß vier Firmen bisher unterlassen hätten, die geforderten Mitteilungen an den Stahlwerksverband über Name, Menge und Verkaufspreise sämtlicher getriggter Abchliffe zu machen. Der Stahlwerksverband habe infolgedessen an den Vorsitzenden der Rheinisch-Westfälischen Trägerhändler-Vereinigung geschrieben, diese solle, wenn die geforderten Aufstellungen von jenen vier Mitgliedern nicht bis zum 8. Oktober eingereicht würden, als aufgelöst zu betrachten sein.

Der Stahlverband hat der Regierung die Auskunft über eine Reihe Fragen verweigert. Was der Verband als Geschäftsgeheimnis betrachtet wissen will, darf nicht bekannt werden, aber er selbst respektiert Geschäftsgeheimnisse anderer nicht. Wer nicht den Anordnungen des Verbandes sich fügen will, steigt, wird boykottiert, ruiniert. Nach der Gewerbeordnung gibt es bei uns Gewerbetreibende, die Verbände und Syndikate haben diese Freiheit längst franguliert.

Ein Alarmschuß.

Die Einstellung der Betriebe planen nach der „Rheinischen Volkszeitung“ die Rheinisch-Westfälischen Grob- und Feinblechwerke für eine näher zu vereinbarenden Zeit. Dieserhalb findet am 30. d. M. eine Verammlung statt. Alle beteiligten Werke scheinen diesem Vorhaben geneigt zu sein, weil die Preise im Inlande bereits einen Verlust von 5 bis 10 M. die Tonne, im Auslande einen solchen von 17 bis 20 M. ergeben, während die Halbzeugpreise fest bleiben. Vorläufig wird es sich ja wohl nur um einen Alarmschuß handeln, aber früher oder später kommt das Ende der meisten reinen Werke doch. Wahrscheinlich geht für diejenigen, die jetzt schon den Anschluß suchen und finden, die Operation am wenigsten schmerzhaft vorüber.

Zur Lage der Kohlen- und Eisenindustrie. In der Aufsichtsrats-sitzung der Selsener Bergwerks-Aktiengesellschaft stellte Herr Geheimrat Rirdorf dem Eisen- und Kohlenmarkt ein günstiges Prognostikon. Nicht nur die Kohlenindustrie, sondern auch die Eisenindustrie erfreue sich hochbefriedigender Aussichten. Das wird die reinen Werke, die bereits ihren Bankrott anfangen, jedenfalls trösten.

Soziales.

Eine Baugenossenschaft gegen die Wohnungsnot.

Seit mehr als einem Jahre herrscht in Nürnberg eine sich ständig verschärfende Wohnungsnot, die zuletzt zu ganz unwürdigen Zuständen geführt hat. Die freisinnige Stadtverwaltung verschloß demgegenüber solange konsequent die Augen, bis sie durch die allgemeine Empörung gezwungen wurde, zu der Frage endlich Stellung zu nehmen. In ihrem Bestreben, die Interessen der Hausgärtner nicht zu verletzen, glaubte sie ihre Schuldigkeit getan zu haben, indem sie — die Armenwohnungen vermehrte, die Bauvorschriften zugunsten der Hausbesitzer verschärferte und Hochblöcke der Straßenherstellungskassen usw. für den Bau von Kleinwohnungen gewährte, die auf ein Haus einige hundert Mark betragen und selbstverständlich weder zum Bau von kleinen Wohnungen anregen, noch geeignet sind, auf die Mietspreise einzuwirken. Da die Stadt nicht gewillt ist, eine wirksame Wohnungspolitik in die Wege zu leiten, hat sich die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe entschlossen und in einer großen Volksversammlung den Beschluß gefaßt, eine Baugenossenschaft zu errichten, die an den Konsumverein angeschlossen werden soll. Als Muster für das zur Annahme gelangte Statut diente das Statut der Hamburger Baugenossenschaft.

Kasino-Theater.

Die wilde Jagd. Ludw. Fulda. Sonntag 4 Uhr: Nie Garter.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Britton als Kute im Familienbad Wannsee. Sonntag 8 Uhr.

Sanssouci.

Hottmanns Nord. Sänger u. Tanzkränchen. Unterer Einzige, Lustspiel. Sonntag 8 Uhr.

Buggenhagen.

Die 7 Schwaben. Martin Bendix. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Dr. Simmel.

Spezial-Arzt für Haut- und Nervenleiden. Prinzenstr. 41.

Zum Umzuge

Möbel

- 1 Einrichtung mit 10 M. Anzahlung
1 Einrichtung mit 20 M. Anzahlung
1 Einrichtung mit 40 M. Anzahlung
1 Einrichtung mit 60 M. Anzahlung

5 Mark Anzahlung und 1 Mark wöchentlicher Abzahlung

S. Gottlieb

Rosenthaler Str. 54, I.

Singer Nähmaschinen.

Grand Prix Paris 1900. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstr. 92.



Advertisement for Josetti cigarettes. Text: 'Drei Dinge sind nötig zur Herstellung bester Cigaretten: 1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation. 2. Allerbeste Rohmaterialien. 3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.' Includes the Josetti logo and a list of factors for quality.

